

Streifzüge

Nummer 44 / November 2008

6,- Euro



Andreas Exner ölt Peaks und Blasen * Lorenz Glatz beißt Teilzeitidioten * Ernst Lohoff flambiert den Finanzmarkt * Norbert Trenkle schlachtet den Weltmarkt * Franz Schandl faschiert die Demokratie * Peter Klein tranchiert den Übergang * Paolo Lago mariniert den Zynismus * Birgit von Criegern rupft Kalauer * Erich Ribolits frittiert die Bildungsferne * Stefan Meretz spickt das Allgemeine * Roger Behrens dämpft den Fortschritt * Maria Wölflingseder schnetzelt die Penetranz * Karl-Heinz Lewed schält Bruder Al Banna * Christoph Wendler röstet Genossen Scheuringer * Ricky Trang düstet im Rausch * Coitus est. In dulci júbilo.

IMPRESSUM

ISSN 1813-3312

MEDIENINHABER UND HERAUSGEBER

Kritischer Kreis – Verein für gesellschaftliche Transformationskunde, Margaretenstraße 71-73/23, 1050 Wien.
E-Mail: redaktion@streifzuege.org
Website: www.streifzuege.org

DRUCK

H. Schmitz, Leystraße 43, 1200 Wien
Auflage: 1.500

COPYLEFT

Alle Artikel der *Streifzüge* unterliegen, sofern nicht anders gekennzeichnet, dem Copyleft-Prinzip: Sie dürfen frei verwendet, kopiert und weiterverbreitet werden unter Angabe von Autor/in, Titel und Quelle des Originals sowie Erhalt des Copylefts.

OFFENLEGUNG

Der Medieninhaber ist zu 100 Prozent Eigentümer der *Streifzüge* und an keinem anderen Medienunternehmen beteiligt.

Grundlegende Richtung: Kritik und Perspektive.

REDAKTION

(zugleich Mitglieder des Leitungsorgans des Medieninhabers) Christoph Adam, Andreas Exner, Lorenz Glatz, Severin Heilmann, Franz Schandl, Martin Scheuringer, Ricky Trang und Maria Wölflingseder.

Umschlaggestaltung: Pichl Peter.

KONTEN

Konto für Österreich: Kritischer Kreis, PSK, BLZ 60000
Kontonummer 93 038 948

Konto für Deutschland: Franz Schandl, Postbank Nürnberg, BLZ 760 100 85
Kontonummer 405 952 854

Konto für Abos in anderen EU-Staaten:
Verein Kritischer Kreis,
BIC: OPSKATWW
IBAN: AT87 60000 00093038948

ABONNEMENTS

Aborichtpreise für 3 Hefte pro Jahr:
1 Jahr 18 Euro, 2 Jahre 33 Euro,
3 Jahre 45 Euro.

Erstbeziehende bitten wir um schriftliche Bestellung, da seitens des grandiosen Bankservices den Kontoauszügen nicht immer die vollständige Adresse zu entnehmen ist.

Nachbestellende bitten wir um die Anführung der Postleitzahl.

Das Abo endet, wenn es nicht durch Einzahlung verlängert wird.

INHALTSVERZEICHNIS

Andreas Exner: Die große Illusion – Mega-Blase Weltwirtschaft	3
Lorenz Glatz: Wir Teilzeitdioten	4
Ernst Lohoff: Finanzmarktsozialismus	6
Andreas Exner und Christian Lauk: Die ökologische Krise des Kapitals	8
Andreas Exner: „Für einen Praktischen Sozialismus“	11
Peter Klein: Ein Hauch von Übergang	15
Norbert Trenkle: Weltmarktbeben – Über die tieferliegenden Ursachen der aktuellen Finanzmarktkrise (2. Teil)	18
Christoph Wendler: Rausch mit Rechnung! Thesen über die Dimensionen des Rausches im Kapitalismus	21
Paolo Lago: Zynismus und Gesellschaft – von den Alten zu den Zeitgenossen – Ein paar Bemerkungen gegen die „Moral“	26
Erich Ribolits: Wer bitte sind hier die Bildungsfernen?	28
Birgit v. Criegern: Der Slang der Versprecher	31
Franz Schandl: Demokratieversessen – Über einige neue Gebetsbücher der Demokratie	33
Karl-Heinz Lewed: Brüder, zum Gesetze, zur Freiheit – Über den Zusammenhang von Islamismus und westlichen Werten	37
Lorenz Glatz: Maseltoiv! Auf Besuch in Israel – Einige Randglossen	40
Kolumnen	
Immaterial World von Stefan Meretz	10
Rückkopplungen von Roger Behrens	24
Dead Men Working von Maria Wölflingseder	36
Unumgänglich von Franz Schandl	44
Rubrik 2000 abwärts	
Roger Behrens (R.B.)	7
Franz Schandl (F.S.)	19
Ricky Trang (R.T.)	20

Liebe Mitgenommene und Mitdenkende!

Unser Ziel ist, euch zu Mitredenden zu machen. Wir wollen mit euch in Verhandlung treten, um Einigungen über das anstehende Handeln zu erzielen. In ECHT!

Herzlich eingeladen seid ihr daher zur

„Fishbowl“ im Ost-Klub

Schwarzenbergplatz 10, 1040 Wien am

13. Jänner 2009 um 19 Uhr.

Als Thema schlägt die **Finanzkrise** zu.

Die große Illusion

MEGA-BLASE WELTWIRTSCHAFT

von Andreas Exner

Die „Regulierung der Finanzmärkte“ wird zum neuen *Mainstream*. Der CDU-Politiker Heiner Geißler erklärt, dass „die Marktideologie gescheitert“ sei. Das globalisierungskritische Netzwerk Attac fühlt sich bestätigt. Hat man es doch seit Jahr und Tag gesagt: Die „entfesselten“ Finanzmärkte sind instabil. Nun fühlt Attac seine große Stunde gekommen, so scheint's. Und man bläst zum Halali: „Die Krise ist die direkte Folge der Gier und der Skrupellosigkeit der Banker und Fondsmanager – und vor allem der Tatenlosigkeit der Politik“, tönt Attac Deutschland auf der Titelseite seiner Webpage.

Attac liegt falsch.

Die vermeintliche „Gier“ ist dem Kapitalismus eingebaut. In einer Geldwirtschaft macht Produktion nur Sinn, wenn mehr Geld dabei herauskommt, als investiert worden ist. Das erzwingt nicht zuletzt die Konkurrenz – wer keinen Profit macht, kommt darin um. Und weil am Markt niemand vor dem anderen sicher ist, wird der Profit auch nach Kräften maximiert. Attac fuchtelte daher zu Unrecht mit dem moralischen Zeigefinger herum. Mehr Moral hilft keinen Zentimeter weiter, wenn das Problem in der Struktur der Gesellschaft liegt. Skrupellos ist es, nur leben zu können, wenn man sich verkaufen kann. Dass Attac dagegen jemals aufgetreten ist, habe ich noch nicht gehört.

Darüber hinaus ist Spekulation kein Privileg der Finanzmärkte. Vielmehr ist jede wirtschaftliche Tätigkeit im Kapitalismus spekulativ. Kein Produzent kann sicher sein, dass sein Unternehmen auch erfolgreich sein wird. Wer keine Kristallkugel hat, muss also spekulieren – ob ein Betrieb nun Waren produziert oder ein Investmentfonds Unternehmen kauft.

Die „Gier“ der „Wallstreet“ anzuprangern ist aber nicht bloß falsch, sie grenzt an Heuchelei. Der globale Norden verbraucht ein Vielfaches des Südens an Ressourcen. Wir fressen der Welt buchstäblich die Zukunft weg. Dagegen sind die Eskapaden von Managern nichts als Peanuts. Die „Heuschrecken“ sind wir selbst.

Warum werden dennoch „die Spekulanten“ für die Krise einer Produktionsweise verantwortlich gemacht, für die letztlich alle die „Ursache“ sind, die Kon-

sumenten, Arbeiterinnen und Wähler? – Erstens ist es immer bequem, „die anderen“ zur Wurzel eines Missstands zu erklären. Weit unbequemer z.B. wäre es, eine militante Kampagne gegen den individualisierten Massenverkehr zu starten. Unbequem wäre es auch, Arbeitskämpfe zu kämpfen um die gesellschaftliche Kontrolle der Produktion zu radikalieren.

Zweitens aber zeigt sich im Sündenbock-Denken genau die Ohnmacht und Perspektivlosigkeit, die Attac eigentlich bekämpfen will. Doch anstatt zu versuchen, das eigene Leben in die Hand zu bekommen, vom Alltag bis zur Organisation der Produktion, stellt Attac Forderungen an „Vater Staat“. Der kann vermeintlich alles regeln, wenn man ihn mit guten Argumenten und gutem Willen überzeugt. Damit ist die Chance, das eigene Leben selbst zu gestalten, schon vertan.

Tatsächlich ist die Krise kein begrenzter Brand an der Wallstreet, den man mit ein paar Löschaktionen und besseren Gesetzen in den Griff bekommen wird. Es zeigt sich vielmehr eine historische Grenze des kapitalistischen Weltsystems. Wir nähern uns dem Zusammenfluss einer Krise des Wachstums und der Beziehung der kapitalistischen Gesellschaft zur Umwelt, die sich beide seit dem Ende der 1960er Jahre aufgebaut haben.

Der Ölschock 1973 machte erstmals natürliche Grenzen des Wachstums für die breite Masse vorstellbar. Schon ein paar Jahre vorher hatte die Profitrate global zu fallen begonnen. Die 1970er Jahre waren deshalb ein Jahrzehnt schwachen Wirtschaftswachstums und zunehmender sozialer Auseinandersetzungen. Umso mehr, als viele Arbeit und Geldverdienen satt hatten und gegen Bosse, Politik und Normen rebellierten.

Erst die neoliberale Politik von Thatcher und Reagan setzte einen wirksamen Gegenschlag. Sozialabbau, Reallohnsenkungen, Verschärfung von Arbeitsdisziplin und Arbeitszwang – zunehmende Kontrolle der Lohnabhängigen durch Staat und Kapital – ließen die Profitraten wieder steigen. Der globale Norden schrieb sein Konsummodell fort und trieb auch die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und die Vermüllung des Planeten mas-

siv voran. Als in den 1990er Jahren dann die Tigerstaaten sowie Indien und China die Bühne der Weltwirtschaft betraten, nahm der Druck auf die Produktionsgrundlagen weiter zu.

Gestiegene Rohstoffpreise, eine langfristige Teuerung bei Lebensmitteln und Energie zeigen ebenso wie der Klimawandel: Unsere Produktionsweise erreicht ihre Grenzen.

Viele Unternehmen haben schon vor dem vollen Ausmaß der Finanzkrise Gewinnwarnungen ausgegeben – und zwar aufgrund der steigenden Rohstoffpreise. Die Provimi-Gruppe etwa, einer der weltweiten Führer im Futtermittelsektor, meldete deshalb 2007 um 15 Prozent geringere Profite als im Vorjahr. Ebenso der Autobauer Toyota. Auch die Profite der indischen Wirtschaft litten zuletzt unter anderem aufgrund hoher Rohstoffpreise. Die Liste solcher Meldungen ist lang.

Die Steigerung der Inputkosten schlägt sich auch auf die Erdölbranche nieder. So werden etwa Bohrungen teurer – eine der Ursachen für die Stagnation der Erdölförderung in Nicht-OPEC-Staaten. Die großen Ölfelder der Welt sind bereits alt und immer schwerer auszubeuten. Auch beim Erschließen von neuen Reserven wird bei steigenden Energie- und Materialkosten das Verhältnis zwischen energetischem Aufwand und Ertrag immer schlechter werden.

Der Finanzblase geht vor den Augen der Welt die Luft aus. Doch beteiligen sich all jene, die wie Attac den Ernst der Lage verkennen und billige Rezepte verkaufen wollen, an der Bildung einer neuen Blase, die mindestens genauso gefährlich ist: der Illusion der „Regulierung“. Diese Blase freilich wird viel rascher als die Immobilienblase platzen, wenn das wahre Ausmaß der Krise erst einmal schlagend wird. Dann aber ist wertvolle Zeit bereits vertan.

Angesichts der Ressourcenverknappung und des Klimawandels ist die Weltwirtschaft bereits im Ganzen eine „Blasen-Ökonomie“, eine monströse Wette auf eine Zukunft, die nicht mehr kommen wird. Diese Realität gilt es zu erkennen. Und die Konsequenz daraus zu ziehen: Wir müssen selbst Auswege suchen, die tragfähig sind. Die Politik wird dabei schwerlich helfen.

Wir Teilzeitidioten

von Lorenz Glatz

Drei Jahrzehnte sind Rekord. So lange hat der Glaube und die Hoffnung durchgehalten, die deregulierte und liberalisierte Geldschöpfung mit Bankkrediten und Börsenspekulation werde irgendwann reale Wirtschaft werden, doch noch einmal Substanz bekommen. Nicht dass es keinen neuen Technologieschub mehr gäbe, bloß haben die Mikrochips von Anfang an durch dreißig Jahre mehr Arbeit eingespart, als durch neue Anwendungen noch zu schaffen war. Auch das ist Rekord. Glaube und Hoffnung stürzen ab, d.h. die Börsen und die Banken. Der Staat muss die Schulden übernehmen oder das Finanzsystem kollabiert und nichts geht mehr, der Kapitalismus jedenfalls nicht. Weltweit werden Staatsbillionen ins Roulette gesetzt, die Staatsschuld schießt nach oben, alle schreien nach Regulierung.

Hier waren wir schon vor dreißig Jahren, als just liberalisiert und privatisiert werden musste, damit die angeblich von Regulierung und Staatsschuld strangulierte Wirtschaft wieder wachse. Es geht so und so nicht, aus demselben Grund – siehe oben. Die Erde und die Menschen sind endlich und könnten gut damit leben, nur das Kapital muss immer wachsen, um sich zu erhalten – und lässt uns nicht leben, wenn es das nicht kann. Unnötig, überflüssig, aber sehr wirklich.

Daher muss die Staatsschuld für die Rettung der Banken und die anrollenden „Konjunkturpakete“ und Verstaatlichungen zum nächsten Bubble aufgeblasen werden, verheerender als alle anderen. Wir werden ihn zwar nie bezahlen können, wir werden aber zahlen müssen mit Steuern, Gebühren und dem Entfall sozialer Leistungen. Und alles ohne Aussicht, dass das Grundproblem sich löst.

Zusätzlich und zugleich kommt unsere famose Lebens- und Wirtschaftsweise nicht nur metaphysisch-finanziell, sondern auch ganz diesseitig-materiell bei den Ressourcen des Planeten an historisch letzte Grenzen. Mit Peak Oil, ja „Peak Everything“ wird das heute und in naher Zukunft schlagend. Der allumfassende Zwang, das Leben für die Geldvermehrung hinzugeben, hat schon weite Strecken Land und Meer verpestet, plündert die Natur aus bis zur Neige und hat eine Klimakatastrophe auf den Weg gebracht,

weltweit werden Milliarden Menschen körperlich, geistig und seelisch ruiniert, und all das wird das Leben auf der Erde auch weit über eine Beseitigung des Kapitalismus hinaus noch schädigen.

Kassandra kann sich bestätigt fühlen. Bleibt ihr nur noch, den eigenen Untergang zu prophezeien? Das ist nicht ausgemacht. Auf dem breiten „Highway to Hell“ (AC/DC ziemlich biblisch) platzen jetzt Illusionen, herrschen Unsicherheit und Ratlosigkeit, droht Panik auszubrechen. Die Zurichtung der Menschen bekommt hier und da Sprünge. Ein „window of possibility“ geht einen Spalt breit auf, ein anderes Leben wird ein wenig denkbar. Hölle und (gutes) Leben sind Alternativen am selben Ort. Die „breite und weite Straße, die ins Verderben führt“ (ganz biblisch), gehört demontiert, so weit möglich auch recycelt.

Ein Ich aus dem Prokrustes-Bett

Aber auf etwas anderes als auf Geld, Arbeit, Recht, Staat und dergleichen sind wir nicht vorbereitet. Die herrschende Gesellschaft dominiert uns nicht bloß äußerlich, sondern steckt tief in uns. Ein paar hundert Jahre Kapitalismus und gut zehnmal so lange Erfahrung mit Herrschaft und Unterdrückung formen vom Mutterleib an unser Verhältnis zu Mitmensch und Natur und damit zu uns selber. Die Moderne hat die Vorstellung vom souveränen, vernünftigen, freien Ich entwickelt, das seines Glückes Schmied sei. Bloß ist dieses Ich das Ergebnis der Nacht im Prokrustes-Bett von Wert und Verwertung. Gestreckt und verstümmelt nach falschen Maßen kommt es mit sich selbst und der Welt nicht zurecht. Verkrüppelt und indolent, menschlich isoliert und sachlich global verstrickt, grundsätzlich misstrauisch, bedroht von allem, worauf es verzichten und was es ins Unbewusste verdrängen muss, und gepeitscht von den introjizierten Normen der Herrschaft ist das nunmehr selbstbeherrschte Ich „nicht Herr im eigenen Haus“ (Freud). Und überhaupt ist zweifelhaft, wieweit nicht auch das „eigene Haus“ eine Wahnvorstellung ist; denn unser Dasein, unsere Selbstwahrnehmung, unser Wohl und Wehe hängt eng an, ja besteht aus den Beziehungen, die wir zueinander

haben, und unser (Un-)Glück ist das gemeinsame kulturelle Schicksal unserer Triebwünsche (Marcuse).

Schon klar, dass das keine Weltsicht für Checker ist, die sich im Komparativ des Immer-noch-besser-als einigermaßen eingerichtet und ihre „Blütenträume“ abgeschrieben haben. Schwerlich auch eine für Intellektuelle, die den Konnex ihres souveränen Denkens mit ihrem „beschädigten Leben“ als störend auszuklammern trachten.

Das zunehmende seelische Massenelend, die Gewaltphantasien und -ausbrüche allerorten, aber auch unser aller Momente, in denen wir hinter die „Matrix“ blicken, zeigen, wie schwer wir mit dem zurechtkommen, was unsere Zivilisation aus Menschen gemacht hat, und wie aussichtslos das Individuum den Verhältnissen auch noch im Denken ausgeliefert scheint. Indem das Kapital uns Stück um Stück weiter als Dinge vergesellschaftet, „spiegeln private Verwirrungen heute in viel unmittelbarer Weise die Verwirrung des Ganzen wider, und die Heilung persönlicher Störungen hängt viel direkter als ehemals von der Heilung der Gesamtstörung ab“ (Marcuse). Das „beschädigte Leben“ ist zu einer konkret-allgemeinen Bestimmung des Menschseins geworden. Und diese Beschädigung besteht in der Unterdrückung, Nichtbefriedigung und Deformierung unserer Bedürfnisse und Wünsche im Interesse der Herrschaft. Einer seit Jahrtausenden zunehmend rationalisierten und unpersönlich gewordenen Herrschaft.

Es ist sehr zweifelhaft, dass dieses Elend mit den Methoden – ja übersinnlicher Vernunft, die doch selbst eine Konstruktion genau dieser Verhältnisse ist, beseitigt werden kann. Die Figur der „sozialen Bewegung“, an welche die erhoffte Besserung gern ausgelagert wird, bleibt da notgedrungen eine Blackbox, mit der die Vernunft sich mittels Aufklärung Dreidimensionalität und Sinnlichkeit verschaffen soll. Die heraufziehende fundamentale Krise unserer Lebensweise wird ungeheure Angst auslösen, desto mehr, je weniger sie mit dem seelischen „Normalbetrieb“ zu handhaben ist. Die vorgezeichnete Aktiv-Lösung für die Stabilität der Verdrängung und Beherrschung der Angst

ist Aggression gegen „Schuldige“, die gegen vernünftiges Denken nicht bloß weitgehend resistent ist, sondern häufig dieses in ihren Dienst nimmt. Die Wahn-Geschichte der Neuzeit ist auch in ihren intellektuellen Erzeugnissen davon (blut)durchtränkt. Noch dazu, wo auch die Vernunft der seelischen Not der Denker nie wirklich entkommt, wenn diese – wie meist – verdrängt und verleugnet wird.

Wir können auch anders...

Unserer Lebensangst ist ins Auge zu sehen, wenn sie überwunden werden soll. Das setzt außer Wissen Hoffnung und Erinnerung voraus. Hoffnung, dass wir einen Zusammenhang unter uns herstellen, geeignete Methoden entwickeln können, um die Ansprüche der Herrschaft an konkreten aktuellen Punkten zu unterlaufen und ihnen schlussendlich Paroli zu bieten. Und Erinnerung daran, dass wir auch anders, besser leben können als nach den Vorgaben der Verwertung. Im Grund setzt schon die Hoffnung die Erinnerung voraus. Wenn es keine Erfahrung mehr gäbe, dass wir nicht bloß sachlich rechnend oder ausgerastet, sondern auch uneigennützig, freundschaftlich und einfach zum schönen Selbstzweck miteinander umgehen können, gäbe es auch keine Hoffnung mehr, je die herrschenden Zwänge zu brechen. Und das für deren Auflösung benötigte Wissen besteht keineswegs nur in der Erkenntnis und Benennung der inneren Struktur und Wirkungsweise der Wertbewegung. Es besteht ganz wesentlich in der kundigen Praxis der „Heilung“ jener Gesamt- und individuellen Störung der Menschen, die zugleich das Werk und die Grundlage der Herrschaft in den zwischenmenschlichen Beziehungen ist – und deren Gegenbild das „gute Leben“ ist, das es sozusagen ex negativo zu entwickeln gilt.

Hobbes hat Freundschaft nur als Kampfbund gegen Dritte für möglich gehalten, in dem gegenseitige Furcht jede Zuneigung überwiege. Tatsächlich ist solche „Kooperation für Konkurrenz“ für herrschaftsförmiges und damit auch aktuell kapitalistisches Leben konstitutiv und in ihren gegensätzlichen Anforderungen an uns nicht nur ein strenges Gebot, sondern auch immens pathogen.

Und doch schafft die Konstitution des von Hobbes geleugneten animal sociale – mit seiner eingeborenen menschlichen Verbundenheit – immer wieder eine emotionale wie intellektuelle Distanz zu

den ihm abträglichen Verhältnissen, die es verdinglichen und der Verwertung unterwerfen. Aus dieser Verbundenheit ergibt sich auch immer wieder und bisher unausrottbar widerständige „Kooperation statt Konkurrenz“, ein Zusammenwirken um seiner selbst willen. Auch die Kritik der herrschenden Verhältnisse macht nur Sinn, weil sie von der sinnlichen Erfahrung anderer, wenn auch notwendig fragmentierter und isolierter menschlicher Beziehungen motiviert ist. Platonische Kritik im Reiche der Ideen, die auf „soziale Bewegung“ als ein Anderes warten muss wie die biblischen Jungfrauen mit ihren Öllichtern auf den Bräutigam in dunkler Nacht, wird dem nicht gerecht. Intellektuelle Kritik und aufständische Menschlichkeit stehen in einem Verhältnis gegenseitiger Beeinflussung und Abhängigkeit, müssen von einander wissen, können nur miteinander vorankommen.

...aber leicht tun wir uns nicht

Wie tief die Knechtschaft der Menschheit sich in der Sprache ausdrückt, zeigt übrigens auch die Verwendung von „persönlich“ als Gegensatz zu „sachlich“. Person ist das lateinische Wort für Maske, Rolle und dokumentiert die Herrschaftsvorstellung, dass dem Individuum auferlegt ist, welchen Platz es unter den Mitmenschen auszufüllen hat. Die Freiheit der Moderne besteht dann darin, dass nicht mehr Gott und die Obrigkeit die Rollen zuteilt, sondern diese im Welttheater des Werts in freier Prügelei zu erringen und zu verteidigen sind. Kein Zufall, dass wenigstens im Englischen Theater auch Kriegsschauplatz heißt.

Es ist zu befürchten, dass einer so trainierten Menschheit angesichts der doppelten Krise der Wertvergesellschaftung die der Konkurrenz sowieso innewohnende Lösung zuzumuten ist: polizeiliche, militärische und „irreguläre“ Brachialgewalt. Auf ökonomischer und politischer Ebene sind die Weichen im Grunde schon gestellt. Den Norden führen die Geleise zum brutalen Ausbau der metropolitanen Festungen gegen die verelendeten Massen des Südens, zu ungeheurer Verstärkung der Überwachung, Repression und sozialen Segregation im Inneren und zu militärischer Sicherung der Ressourcenströme von Süden nach Norden. Samt der zugehörigen weiteren Brutalisierung der Mentalitäten und Diskurse. Und dies alles im Ambiente weiter zunehmender Ressourcenknappheit und ökologischer Katastrophen.

Dagegen, dass es so kommt, spricht nur, dass wir auch anders können. In Krisen

gibt es nicht nur Panik und ein „Rette sich, wer kann“, sondern wenn die Herrschaft schwächelt, zeigt sich auch weit mehr als sonst, dass unsereins doch auch noch miteinander kann. Weil es dringend nötig ist, weil es uns gut tut und uns nahe liegt. Wie weit wir damit kommen, entscheidet sich allerdings nicht nur vor Ort, sondern weitgehend schon vorher: daran, wie groß und kompetent unser theoretisches und sinnliches Wissen nicht nur über die Gesellschaft im Allgemeinen, sondern auch über uns selber ist und wie viel an gemeinsamer Handlungsfähigkeit wir daraus entwickeln können. Negativ formuliert: Es hängt davon ab, wie weit wir die Verdrängungen und Verdrehungen, in die uns unsere Lebensweise seit langem festbannt und uns gegeneinander stellt, miteinander diagnostizieren und „therapieren“ können – allein sind wir da chancenlos. Andernfalls werden jene unser Denken weiter schwächen bis wirkungslos machen – und wir werden es uns vermutlich nicht einmal selber eingestehen.

Es gibt drei Weisen, in denen sich Widerstand gegen die sprunghaft steigenden Zumutungen artikuliert. Intellektuelle Kritik, von der dieser Text vor allem handelt und ein Teil sein will, lebensweltliche Ausbruchsversuche aus dem „Mainstream“ in verschiedenster Art und Tragweite und praktische Aktion und Organisation. Die Art, in der diese Vorgangsweisen intern und miteinander prozessieren, ist schwer gezeichnet und geschädigt von Konkurrenz in allen ihren Facetten. Das ist für Menschen, die in dieser Gesellschaft leben, in gewissem Grade unvermeidlich. Schlimm daran aber ist vor allem, dass die Konkurrenz immer als Frage von Richtig oder Falsch daherkommt, als die Blöd- oder Bosheit der anderen und eigenes Rechthaben. Das souveräne Ich lässt grüßen – und die Ignoranz der eigenen Blackbox Seele gegenüber. In sorgsamem Umgang miteinander von allgemeiner Teilzeitidiotie auszugehen, wäre keineswegs ein die Differenzen verwischender, sondern ein durchaus realistischer Ansatz, der die Angst vor einander abbauen, Gemeinsames und Trennendes, Brauchbares, Nutzloses und Schädliches und vor allem, was denn zu einem gutem Leben für uns gehöre, leichter und klarer herausbringen und gemeinsam Neues zu Tage fördern könnte, wo die nach Rechthaben Gierenden es nie für möglich gehalten hätten. Vor allem Vorgangsweisen, welche die Marginalie Widerstand in eine Kraft verwandeln könnten.

Finanzmarktsozialismus

von Ernst Lohoff

Panik herrscht in Wirtschaft und Politik. Das Platzen der amerikanischen Immobilienblase hat eine Kettenreaktion ausgelöst. Eine Mega-Bankenpleite jagt die nächste. Weltweit befinden sich die Börsen im freien Fall und auch die Weltkonjunktur schmiert ab. Aus Furcht vor „dem Zusammenbruch des gesamten Zahlungsverkehrs“ (Bundesbankpräsident Axel Weber) fluten die Notenbanken die Weltfinanzmärkte mit Liquidität und leihen den privaten Geldinstituten das Geldkapital, das sie einander gegenseitig nicht mehr anvertrauen. Gleichzeitig schnüren die nationalen Regierungen zur Stabilisierung der Lage ein Rettungspaket nach dem anderen und übernehmen die aufgehäuften Verluste. Die USA machten den Vorreiter, mittlerweile haben alle anderen Staaten nachgezogen, auch die Bundesrepublik. Kaum hat Kanzlerin

Merkel für den Fall aller Fälle eine Garantieerklärung für Spareinlagen abgegeben, schon werden auf die Schnelle 480 Mrd. Euro Unterstützung für das hiesige Bankensystem aus dem Hut gezaubert. Allein diese eine Maßnahme lässt die aufgehäuften Staatsverschuldung mit einem Satz von 63 auf 83 Prozent des BIP nach oben schnellen.

Ökonomische Abwärtsspirale

Seitdem die Finanzmärkte Ende der 1970er Jahre zu ihrem historisch einmaligen Höhenflug ansetzten, gab es zwischenzeitlich immer mal wieder Einbrüche und Rückschläge, aber keine Erschütterung erreichte auch nur annähernd die Qualität und Reichweite des derzeitigen Kriseneinbruchs. Diesmal hat es nicht eine spezielle Weltregion erwischt wie bei der Asienkrise 1997 und auch nicht einen einzelnen Sektor wie beim Absturz der New Economy, vielmehr ist der gesamte, in drei Jahrzehnten aufgetürmte Finanzüberbau ins Rutschen geraten, und zwar weltweit gleichermaßen. Selbst wenn die gigantische Spontanverstaatlichung des notleidenden Finanzkapitals die „Kernschmelze“ erst einmal verhindern und die ökonomische Abwärtsspirale bremsen sollte, das Gesicht des Kapitalismus hat sich im Herbst 2008 irreversibel verändert. Ein Krisenmanagement, das kurzfristig „das Schlimmste“ abzuwenden versucht, schafft Fakten von langfristiger Tragweite, ja historischer Dimension. Dass die Staaten die Lasten, die sie gerade auf ihren Schultern auf türmen, später wieder loswerden könnten, ist pures Wunschdenken. Der Kulminationspunkt ist überschritten, der das Zeitalter des „fiktiven Kapitals“ in zwei Etappen scheidet. Das große private Reichrechnen, das die Aktienindizes zu immer neuen Rekordmarken trieb und dabei den Finanzmarkt der USA gegenüber 1980 auf das Fünfundzwanzigfache anschwellen ließ, ist Geschichte. Eine neue Ära hat begonnen, die im Zeichen langanhaltender Entwertungsprozesse und finanzmarktsozialistischer Notstandsverwaltung steht.

Was Marx schon für die zyklischen Krisen des 19. Jahrhunderts herausgearbeitet hat, gilt für das Weltwirtschaftsbeben un-

serer Tage umso mehr: Die großen akuten Krisenschübe nehmen zwar stets von den Finanzmärkten ihren Ausgang, die eigentlichen Ursachen liegen aber in den Widersprüchen der sogenannten Realökonomie. Das Abheben des Finanzüberbaus ist Symptom für tiefer reichende, die Realakkumulation betreffende Prozesse.

Der Kapitalismus – kein Problem

Die laufende Debatte lässt diese strukturellen Hintergründe schon aus Gründen der Legitimationsproduktion ausgeblendet. Die Finanzmarkteskapaden müssen das Problem sein, weil der Kapitalismus selber kein Problem sein darf. In den 1990er Jahren fiel der Glaube an das kapitalistische System mit dem Glauben an die Grenzlosigkeit der Finanzmarktdynamik zusammen. Mit dem Crash ist die einseitige Kritik von Finanzkapital und Spekulation zur alles beherrschenden Form der Kapitalismus-Apologie aufgestiegen. Bis tief ins liberale Lager hinein wird zur Verteidigung der „soliden bodenständigen Marktwirtschaft“ gegen das „verantwortungslose Finanzkapital“ getrommelt.

Der Mythos von der „gesunden Realökonomie“, die von einem hypertrophen Finanzüberbau in den Abgrund gerissen wird, stellt freilich den realen ökonomischen Zusammenhang auf den Kopf. Schon in den 1970er Jahren hatte die kapitalistische Produktionsweise mit einem fundamentalen strukturellen Problem zu kämpfen. Mit dem Auslaufen des fordistischen Booms und der einsetzenden flächendeckenden Rationalisierung im Gefolge der mikroelektronischen Revolution war ein selbsttragender Wachstumsschub, der auf realer Arbeitsverwertung und Kapitalakkumulation beruht, unmöglich geworden. An der ökonomischen Oberfläche ließ sich das am damals viel diskutierten Phänomen der „Stagflation“ ablesen. Sämtliche westliche Ökonomien wiesen Ende der 1970er Jahre gleichzeitig niedrige Wachstumsziffern und hohe, zum Teil zweistellige Inflationsraten auf. Die Entfesselung fiktiver Kapitalschöpfung war bereits die Reaktion auf diese fatale Lage und gleichzeitig deren provisorische Auflösung. Die Schaffung von Werten, die keine reale Verwertung mehr repräsentie-

Rotpunktverlag.



André Gorz

Der Verräter

Mit dem Essay »Über das Altern«

Aus dem Französischen von Eva Moldenhauer

Einführung von Thomas Schaffroth

Nachwort von Jean-Paul Sartre

448 Seiten, gebunden, 2008

ISBN 978-3-85869-379-2, Euro 27,50

ren, wurde zur neuen Basisindustrie des kapitalistischen Weltsystems. Damit hängt der kapitalistische Gesamtladen auf Ge-
deih und Verderb am Mechanismus der
Aufhäufung von Schulden und Besitzt-
iteln. Erst diese in immer neuen Schüben
erfolgte Aufblähung des spekulativen Fi-
nanzüberbaus eröffnete dem sogenannten
Realkapital die Wachstumsspielräume, für
die es aus eigener Kraft nicht mehr sorgen
konnte. Die nunmehr unisono geforderte
Schließung des Kasinos hätte zu keinem
Zeitpunkt die Befreiung der angeschlos-
senen globalen Schwitzbuden und High-
Tech-Firmen bedeuten können, sondern
immer nur deren Schließung.

Dieser Zusammenhang ist indes auch
für die gegenwärtige Entwicklung ent-
scheidend. Kein Zweifel: Der Kollaps der
Finanzmärkte belastet heute die Real-
ökonomie. Aber nicht in dem Sinn, wie
ein mitgeschlepptes Klavier jeden Spa-
ziergang zur Qual macht, sondern eher in
der Weise, wie die Explosion von zwei,
drei Triebwerken Flugzeugpassagiere be-
lastet. Auf dem heutigen Produktivitätsni-
veau wäre ein Kapitalismus, der ohne
aberwitzige Spekulationsbewegungen
auskommen soll, eine denkbar armselige
Veranstaltung.

Und wie reagiert die Politik? Die poli-
tische Klasse bedient sich derzeit einer
Sprache, als sei sie geschlossen Attac be-
getreten und selbst EZB-Chef Trichet fordert
vehement „strengere Regeln und mehr
Transparenz auf den Finanzmärkten“. Diese
Rhetorik hält sie freilich nicht davon
ab, ihre Praxis allein darauf auszurichten,
um jeden Preis die Entleerung der geplat-
zten Gesamtblase zu stoppen. Die Soziali-
sierung des astronomisch dimensionierten
Abschreibungsbedarfs und die Geldschöp-
fungorgien haben nur den Zweck, den un-
vermeidlichen Wertberichtigungsprozess
zu kanalisieren und so weit wie irgend
möglich in die Zukunft zu verschieben. In
den USA werden ganz offen Änderungen
in den rechtlichen Vorgaben für die Bilanz-
technik diskutiert, die den maroden Ban-
ken die Verschleierung des Umfangs ihrer
Verluste erleichtern sollen, und auch beim
bundesdeutschen Rettungspaket ist das ein
integraler Bestandteil.

Depression und galoppierende Inflation

Was die Krisenbewältigungsstrategien an-
geht, weist die heutige Situation gewisse
Parallelen zu der Entwicklung Japans in
den 1990er Jahren auf, als das Land nach
dem Kollaps der dortigen Immobilien-

Die Agentur für Hobbys

„Ich habe kein hobby.“ Th. W. Adorno

Ich bin seit einigen Wochen *arbeitslos*.
Seit geraumer Zeit heißt es: man
stehe dem Arbeitsmarkt zur Verfügung,
und: man sei arbeitssuchend. Das ist al-
lein schon deshalb gelogen, weil das,
was man Arbeit nennt, im Kapitalismus
ja genau umgekehrt organisiert ist: Die
„Arbeit“ verfügt über den Menschen-
markt – sie sucht den Menschen. Das
Arbeitsamt heißt heute Agentur für
Arbeit, hat aber noch immer dieselbe
Funktion, die es seit jeher hat: Men-
schen einerseits in Statistiken zu ver-
wandeln, sie andererseits aus den Sta-
tistiken herauszubekommen. Dafür
versuchen die – wie es wenigstens den
Verfahren in dieser Institution ange-
messenen heißt – *Sachbearbeiter* dem –
wie er dann wiederum idiotisch ge-
nannt wird – *Kunden* wahlweise eine
„Arbeit“ anzudrehen oder nachzu-
weisen, dass der Arbeitssuchende schon
längst welche in Form von selbststän-
diger Tätigkeit gefunden hat.

Interessant ist nun, wie hier „Ar-
beit“ im Verhältnis zu anderen Tätig-
keiten des täglichen Lebens verstanden

wird. Und dämlich ist es auch. So wie
bei meinem ersten Termin, bei dem es
um die Überprüfung der Unterlagen
ging, mit denen ich mich auf neue Jobs
bewerben soll. Jene sind, wegen der
akademischen Gepflogenheit, Veröf-
fentlichungen anzugeben, doch recht
umfangreich – zum Missfallen der für
Akademiker zuständigen Sachbearbei-
terin. Lange und etwas grimmig blät-
terte sie in den Zetteln, bis sie – einen
ihr bevorstehenden Triumph erwar-
tend – aufblickte: Publikationen, Vor-
träge, Seminare etc., das sei ja alles
schön und gut. „Was aber in jedem Fall
hier rein muss, das sind ihre Hobbys!
... Etwa ‚Lesen‘, ‚Fotografieren‘ oder
‚Internet‘ – da weiß ihr neuer Chef
gleich, dass Sie nicht teamfähig sind.
Anders natürlich bei ‚Handball‘...“

Hobbys wurden im bürgerlichen
Zeitalter ersonnen, um das lebendige
Tun in zweckfreie Sinnlosigkeit um-
zumodeln und somit die tatsächliche
Sinnlosigkeit der Arbeit vergessen zu
machen. Ich habe den Rat befolgt und
im Lebenslauf unter „Hobbys“ ver-
merkt: „Arbeit“.

R.B.

2000 Zeichen

abwärts

spekulation eine gut zehn Jahre währende
Depressionsphase durchmachte. Auch da-
mals kam die Kombination von rück-
sichtloser Geldschöpfung, Verstaatlichung
von Verlusten und kreativer Buchführung
zur Anwendung. Die dortige Zentralbank
ging soweit, jahrelang Geld mit negativem
Realzins, also mit Zinsen, die deutlich
unter der Inflationsrate lagen, zu verlei-
hen. Trotzdem zeigten die geldpolitischen
Maßnahmen damals kaum die erhoffte
Wirkung. Das war vornehmlich darauf zu-
rückzuführen, dass die geschöpften Gelder
über den Pazifik emigrierten und dort als
Anlage suchendes Geldkapital mit die
amerikanische Blase speisten. Auf die ja-
panische Realwirtschaft wirkte das nur in-
sofern positiv zurück, als dadurch die fern-
östliche Exportkonjunktur mitbefeuert
wurde. Das innerjapanische Geldschöp-
fungsprogramm wurde Teil des pazifischen
Defizitkreislaufes. Diesmal jedoch gibt es
kein Außerhalb, in dem die Selbstver-
mehrung fiktiven Kapitals ungebrochen
weiterläuft. Insofern dürften die jetzigen
staatlichen Interventionen spürbarere
Konsequenzen haben als im Japan der

1990er Jahre – allerdings weniger die er-
hofften. In dem Maße, wie die von Staats
wegen geschöpfte Liquidität sich nicht als
Rohstoff neuerlicher Blasenbildung in
fiktives Kapital verwandelt, bereiten die
staatlichen Rettungsmaßnahmen inflatio-
nären bis hyperinflationären Entwick-
lungen den Boden. Sicherlich hat die Politik
erheblichen Einfluss auf den weiteren Kri-
senprozess. Sie bestimmt jedoch nicht dar-
über, ob die große Entwertungsbewegung
der fiktiven Werte sich fortsetzt, sondern
nur über das Tempo und die Verlaufsform.
Die Alternative lautet: Werden in erster
Linie aufgehäufte Ansprüche und Besitz-
titel entwertet oder nimmt der Prozess die
Gestalt der Inflation an? Die Weltwirt-
schaft steuert jedenfalls schnurstracks wie-
der dem Zustand zu, aus dem sie die aber-
witzige Spekulationsbewegung einst er-
löst hatte, freilich auf wesentlich höherer
Stufenleiter. Die Stagflation der 1970er
Jahre, das Nebeneinander von Wachs-
tumsschwäche und stetiger Geldentwer-
tung droht als Ineinander von Depression
und galoppierender Inflation wiederzu-
kehren.

Die ökologische Krise des Kapitals

von Andreas Exner und Christian Lauk

Bis zur Jahreshälfte 2008 stiegen die Preise für Energie, Rohstoffe und Lebensmittel drastisch. Inzwischen geht die Teuerung zwar zurück, doch werden sich die Ressourcen auch in einer Rezession weiter verknappen.

Seit einem Tiefstand 1998 stiegen die Erdölpreise kontinuierlich. Bis 2007 hielt man diesen Trend zumeist für eine kurzfristige Marktverzerrung. Spätestens jedoch, als der Ölpreis im Jänner 2008 die magische Marke von 100 US-Dollar pro Barrel überschritt, begannen die Alarmglocken zu läuten. Die Preisralley setzte sich bis zum bisherigen Höchststand von 147 US-Dollar pro Barrel im Juli fort. Inzwischen ist die Ölnachfrage und damit der Ölpreis wieder deutlich gesunken. Das Grundproblem bleibt aber auf der Tagesordnung. Sobald die Nachfrage wieder anzieht, ist erneut mit einem Preisanstieg zu rechnen.

Oberflächlich betrachtet ergibt sich der Ölpreis aus dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Steigt die Nachfrage und hält das Angebot nicht Schritt, so ist ein Preisanstieg die Folge. Tatsächlich wuchs die Ölnachfrage in den letzten Jahre deutlich und überflügelte das Angebot. Was hinter der Angebotsentwicklung steckt, ist aber nicht ganz leicht zu eruieren. Dementsprechend wurde die Erdölteuerung höchst widersprüchlich debattiert. Während manche die Marktmacht der OPEC im Zentrum sahen, betonten andere die Rolle der Spekulation, der Ölkonzerne oder des Kriegs im Irak.

Studien weisen allerdings darauf hin, dass hohe Erdölpreise bereits Peak Oil widerspiegeln könnten, den Höhepunkt der Erdölförderung. Dieser Punkt markiert den Gipfel einer Glockenkurve. Sie beschreibt den Zeitverlauf der Förderung von einzelnen Ölfeldern, von ölproduzierenden Ländern, aber auch der Weltölförderung. Die Energy Watch Group datiert

Peak Oil auf das Jahr 2006, andere rechnen damit in naher Zukunft.

Tatsächlich bringt nicht erst der letzte Tropfen Erdöl die Krise. Sie beginnt weit früher: dann nämlich, wenn die Förderung aus geologischen Gründen zurückgeht und weder eine wachsende noch die bestehende Nachfrage mehr decken kann. Die Förderung nimmt nach dem globalen Peak der Ölproduktion mit einer Rate von mindestens einem Prozent jährlich, vielleicht aber auch weitaus schneller ab.

Inzwischen weist auch die Internationale Energieagentur auf die kommende „Versorgungskrise“ hin. Sogar der EU-Energiekommissar Andris Piebalgs warnte bereits vor Peak Oil. Dieser ist allerdings nur ein Teilproblem. So prognostiziert die Energy Watch Group den globalen Peak bei Erdgas und Kohle für 2025. Bei Erdgas dürfte der entscheidende regionale Peak für Europa früher eintreten. Jedenfalls werden auch die anderen fossilen Stoffe teurer, wenn sich die Nachfrage vom Erdöl auf sie verschiebt. Umso mehr, als der Aufwand für die Erdöl- und die Kohle-Förderung zunimmt.

Die fossilen Stoffe decken rund 80 Prozent des weltweiten Energiebedarfs. Dagegen bildet den Löwenanteil der „Erneuerbaren“, die in den übrigen 20 Prozent enthalten sind, die traditionelle Brennholznutzung im globalen Süden. Erdöl und Erdgas sind aber nicht nur Energieträger. Sie sind zudem die zentralen Ausgangsmaterialien der Chemie. Kunststoffe, Arznei- und Pflanzenschutzmittel werden auf Erdölbasis produziert, und die Herstellung von Stickstoffdünger ist auf Erdgas (oder Kohle) angewiesen.

Es gibt also mittelfristig auch ein Stoffproblem. Allein der Bedarf an Kunststoffen für Textilien zum Beispiel ist enorm. Will man ihn mit Baum- oder Schafwolle oder Hanf decken, so schränkt das die Flächen für die Ernährung weiter ein. Umso mehr, wenn der Klimawandel zu Produktionseinbußen führt und nach Peak Gas der Stickstoffdünger knapp wird.

Das Übergangsproblem

Wachstum des Kapitals heißt Wachstum des Energie- und Stoffverbrauchs. Denn abgesehen von Kurssteigerungen bei

Wertpapieren unterliegt der Kapitalverwertung immer auch ein Stoff- und Energieverbrauch. Das ist ökologisch höchst problematisch, doch bleibt der Wachstumskonsens davon weitgehend unberührt, auch in der Ökoszene. Dahinter steckt nicht allein Bornierung, sondern durchaus ein Faktum: Ein „ökologischer“ Umbau des Kapitalismus ist nur möglich, wenn es Profit und Wachstum gibt.

Diese Sicht freilich impliziert, dass das Kapital von selbst auf die „Erneuerbaren“ switcht, wenn die Preise der „Fossilen“ steigen. Demgegenüber wird nun aber sichtbar, dass mit steigenden Energiepreisen alle Preise steigen. Dies umso mehr, als neben den Erdölpreisen in den letzten Jahren auch die Metallpreise gestiegen sind. Denn einerseits gehen steigende Energiepreise in die Kosten der Förderung, der Verarbeitung und des Transports von Metallen ein. Andererseits aber sind die leicht ausbeutbaren Lagerstätten zusehends ausgeschöpft und die Produktion lässt sich nicht mit beliebiger Geschwindigkeit ausdehnen. Davon abgesehen sinkt die Arbeitsproduktivität in der Metallgewinnung tendenziell und die Preise steigen deshalb letztlich in jedem Fall. Die „Erneuerbaren“ werden also nicht von selber attraktiv, und in einer Rezession verschwinden auch die investiven Mittel für den „ökologischen“ Umbau.

Tatsächlich benötigt der Aufbau erneuerbarer Energiesysteme nicht nur Energie, sondern auch Metalle – und das in großen Mengen. So verwundert nicht, dass Hermann Albers, Präsident des Bundesverbands Windkraft in Deutschland, die hohen Metallpreise dafür verantwortlich macht, dass die Neuinstallation von Windkraftanlagen 2007 deutlich zurückging. Auch der Ausbau der Solarenergie wird durch diesen Trend gehemmt.

Erneuerbare Energiesysteme brauchen materielle und energetische Inputs. Bis auf Weiteres hängen deshalb auch die erneuerbaren Systeme von fossilen Energien ab. Die Grenzen der metallischen Ressourcen schließlich sind von Windparks und Solaranlagen grundsätzlich nicht zu überwinden. Nicht-erneuerbare Ressourcen sind für sie unersetzlich.

Solche Beschränkungen haben großes Gewicht. Nicht zuletzt deshalb, weil die

unsachlich
www.streifzuege.org

gesamte Distribution und Nutzung der Energie an die fossilen Energien angepasst ist: ob Pipelines, Öltanker, alle möglichen Motoren oder Heizungen. Nicht nur ein Umbau der Energieversorgung ist nötig, sondern auch ein gewaltiger Umbau der gesamten Technologie und Infrastruktur. Und auch diesen ermöglichen nur Profite und die Erwartung von Profiten – eine Beschränkung, der auch die Staatsausgaben unterliegen.

Außer dem Nadelöhr der Verwertung gibt es noch ein stoffliches Übergangsproblem auf dem Weg in eine erneuerbare Zukunft: Werden zu wenige fossile Ressourcen in zu langer Frist für den Aufbau erneuerbarer Stoff- und Energiesysteme investiert, so reichen ab einem gewissen Punkt die fossilen Ressourcen nicht mehr aus, um auch nur annähernd soviel Energie und Stoffe zu produzieren wie heute. Umgekehrt intensiviert sich die Verknappung und das Wachstum verlangsamt sich, wenn man in zu kurzer Zeit zu viele fossile (und metallische) Ressourcen in den Ökoubau lenkt. Im Extremfall würde man damit beginnen, auf breiter Front erneuerbare Systeme zu installieren, nur um auf halbem Wege zu erkennen, dass die erschöpflichen Ressourcen, die man für die Fertigstellung braucht, nicht reichen.

Vom Akkumulations- zum Entwertungsregime

Steigt der Wert der fossilen (und metallischen) Inputs, weil die Förderung immer aufwändiger wird und geringere Erträge bringt, so verändert das den Kapitalwert. Der Wert der Produktionsmittel vergrößert sich, Ausrüstungsgüter für die extrem kapital- und zunehmend energieintensive Erdölförderung mit inbegriffen. Aber auch der Wert der Ware Arbeitskraft vergrößert sich, wenn der warenförmige Lebensstandard konstant bleiben soll. Denn die Arbeitsproduktivität geht zurück.

Allgemein gesprochen verlängert sich jene Arbeitszeit, die eine Gesellschaft aufwenden muss, um all das herzustellen, was die Lohnabhängigen konsumieren. Dieser Teil der Arbeitszeit stellt die Reproduktion der Arbeitskräfte sicher. Umgekehrt verkürzt sich daher die unbezahlte Arbeitszeit, die sich letztlich im Profit ausdrückt.

Dieser Umstand hat weitreichende Konsequenzen. Konzentrieren wir uns dabei auf die Profitrate, d.h. das Verhältnis von Geldgewinn zu Kapitalvorschuss. Die Profitrate ist die zentrale Steuerungsgröße der Kapitalakkumulation. Sie bestimmt die Nachfrage nach Krediten, die der Er-

weiterung der Produktion dienen, entscheidet aber auch über die Kreditwürdigkeit eines Unternehmens. Die Größe des Geldrückflusses, aus dem das Unternehmen seine Kredite finanziert, hängt ebenfalls von der Profitrate ab.

Die Profitrate ist eine Geldgröße. Sie liest der Kapitalist in den Bilanzen ab. Werttheoretisch betrachtet wirkt auf diese Rate das Verhältnis mehrerer Faktoren ein, die empirisch nicht in Erscheinung treten, die Bewegung der Profitrate jedoch kausal bestimmen: das Verhältnis des Mehrwerts m zu den Wertmengen, die für Arbeitskräfte (variables Kapital v) sowie für Maschinen, Rohstoffe, Energie etc. (konstantes Kapital c) vorgeschossen werden müssen, um einen Produktionszyklus starten zu können.

Der Wert der Produktionsmittel – das konstante Kapital c – geht unverändert in den Produktwert ein. Das variable Kapital hingegen setzt den Produkten mehr Wert zu, als es selber verkörpert, weil die Arbeitskraft mehr Wert produziert, als sie selber hat (und als Lohn vergütet bekommt).

Der kapitalistische Arbeitstag teilt sich daher in einen bezahlten und einen unbezahlten Teil. Mehrwert (m) wird, gesamtgesellschaftlich gesehen, durch unbezahlte Arbeitszeit gebildet. Bleiben die Länge des Arbeitstags und die Intensität der Arbeit gleich, so schrumpft der Mehrwert, wenn sich die bezahlte Arbeitszeit, die dazu dient, die Arbeitskraft zu reproduzieren, ausdehnt. Das ist die erste Konsequenz einer Wertsteigerung bzw. Verteuerung von Energie und Rohstoffen.

Die zweite ist, dass sich der Kapitalvorschuss ($c + v$) vergrößert. Wird mehr lebendige Arbeit (v) und tote Arbeit (c) benötigt, um z.B. Erdöl zu produzieren, so steigt dessen Wert; damit aber auch der Wert aller Produktions- und Konsummittel, in die das Erdöl direkt oder indirekt eingeht. Dasselbe gilt auch für andere Energieträger oder Rohstoffe, wenn sie aufwändiger gewonnen werden müssen; und es gilt umso mehr, wenn der Mengenertrag zugleich zurückgeht. Sinkt bei steigendem Wert des Kapitalvorschusses der Mehrwert, so fällt die Rate des Profits, die das Verhältnis $m / (c + v)$ ausdrückt.

Sinkender Mehrwert könnte durch sinkenden Wert des konstanten Kapitals, also der Maschinen, Energie und Rohstoffe wettgemacht werden, was unter den Bedingungen der Ressourcenkrise ausgeschlossen ist. Selbst wenn das variable Kapital (v) gleich bleibt, der warenförmige Lebensstandard also sinkt, so würde sich

ein steigender Wert von Energie und Rohstoffen in größerem Wert von c niederschlagen. Der Mehrwert bleibt dann unangetastet, und doch fällt die Rate des Profits.

Das einzige Gegenmittel wären längere Arbeitszeiten, intensivierte Arbeit und eine starke Absenkung des Lebensstandards durch Reduktion von v – einzeln oder in Kombination. Der Mehrwert (m) würde steigen, aber auch das relative Gewicht von (c), weil v abnimmt. Also müsste m schneller steigen als c . Ansonsten fällt auch unter diesen Annahmen die Rate des Profits.

Freilich riskiert eine solche Akkumulationsstrategie, die nicht die Produktivität vorantreibt und damit den Reallohn steigert, sondern stattdessen den Arbeitstag verlängert und den Konsum reduziert, in Hinblick auf soziale Kämpfe ihren Kopf. Vor allem aber kann sie das fossil betriebene Kapital nicht in existierendem Umfang verwerten: Raffinerien stehen still, Transportmittel bleiben in den Garagen und die Auslastung von Fabriken sinkt, wenn sich die fossilen Ressourcen verknappen.

Diese ökologische Krise des Kapitals bereitet nicht mehr wie bisherige Krisen den Boden eines neuen langen Schubs der Akkumulation. Anders als bei Kapitalkrisen üblich, vernichtet sie nicht allein den Wert, sondern auch den Gebrauchswert der betroffenen Kapitalien. Während in einer herkömmlichen Krise Unternehmen bankrottieren, die dann billig gekauft werden können, so kann ein Teil der vernichteten Kapitalien in der ökologischen Kapitalkrise nicht mehr für eine erneute Verwertung in Gebrauch genommen werden. Selbst wenn es regional oder sektoral zu einem neuen Aufschwung kommt, so begrenzen ihn die Peaks. Und er findet auf geringerem Niveau des Outputs statt.

An die Stelle eines neuen Regimes der Akkumulation tritt damit ein globales Regime der Entwertung. Vom Standpunkt des Kapitals aus wäre dabei der beste mögliche Fall eine „Akkumulation auf dem Rückzug“, die von metropolitanen Bastionen aus die übrige Welt für den Wechsel der Ressourcenbasis in Form eines Erdöl- und Biomasseimperialismus funktionalisiert. Gesellschaftlicher Widerstand muss das verhindern.

jenseits
www.streifzuege.org

Über Allgemeines

von Stefan Meretz

Nach dem „Logischen“ in der letzten Ausgabe der Kolumne gab es nettes Feedback und den Wunsch, es möge in der „Immaterial World“ mit philosophischen Grundbegriffen weitergehen. Nun ist das wahrlich nicht meine Domäne, aber einen dem Logischen sehr nahen Begriff will ich dann doch noch dranhängen: *das Allgemeine*.

Den Begriff des Allgemeinen verwenden wir alltäglich, denn es gibt immer etwas zu *verallgemeinern*, im Denken und im Handeln. Dies tun wir zumeist auch, ohne dass wir den *Begriff* des Allgemeinen explizit denken: die CD-Sammlung sortieren, Preise vergleichen, Gruppen von irgendetwas bilden usw.

In der Regel verwenden wir beim alltäglichen Verallgemeinern eine bestimmte Vorgehensweise: die Abstraktion. Beim Sortieren machen wir ein Merkmal zum Sortierkriterium und sehen von anderen Kriterien ab, beim Preisvergleich tritt der Gebrauchswert in den Hintergrund und beim Bilden von Gruppen verfolgen wir die formal-logische Regel des „A oder nicht A“. Wir bilden gedanklich jeweils ein *Abstrakt-Allgemeines*.

Damit ist es jedoch nicht getan. Wie schon beim Satz des ausgeschlossenen Dritten des „A oder nicht A“, bei dem sich A und nicht A äußerlich gegenüberstehen, wird von der vollen inhaltlichen Qualität des A abgesehen, um entscheiden zu können, ob es zum Allgemeinen gehört oder dem Allgemeinen gegenüber ein *Besonderes* darstellt. Entweder Besonderes oder Allgemeines, aber beides zugleich geht nicht, denkt der Alltagsverstand, und zumeist reicht dieser hin.

Ein wissenschaftlicher Begriff des Allgemeinen muss jedoch weiter gehen, muss die Verbindung von konkretem Besonderem und Allgemeinem herstellen, benötigt also einen Begriff des *Konkret-Allgemeinen*. Das Konkret-Allgemeine ist das den „Reichtum des Besonderen in sich fassende Allgemeine“, erklärt G.W.F. Hegel (Wissenschaft der Logik). Das Besondere fällt hier also nicht aus dem Allgemeinen heraus, sondern ist in ihm eingeschlossen, ist Repräsentant des Allgemeinen. Wie kann man sich das veranschaulichen?

Nehmen wir das Beispiel des Menschen. Nehme ich bestimmte Merkmale –

tatsächliche oder zugeschriebene –, so kann ich Menschen in Gruppen einteilen: Männer und Frauen, Sportliche und Unsportliche, Dicke und Dünne, Kleine, Mittelgroße und Große, Kapitalisten und Arbeiter/innen, Spekulanten und ehrlich Arbeitende, Volk und Fremde usw. Solche Einteilungen erfolgen aufgrund abstrakt-allgemeiner Kategorisierungen: Von allem Konkreten wird abgesehen und das Besondere sowie die jeweiligen Handlungsgründe werden ausgeblendet, bis nur noch die Zugehörigkeit zu einer Gruppe übrig bleibt.

Einige der genannten Beispiele zeigen sehr anschaulich, wie gefährlich die durch sie transportierten Personalisierungen und Ressentiments sind. Die Bildung eines Abstrakt-Allgemeinen bedeutet *immer*, den Ausschluss des nicht Dazugehörenden implizit mitzuformulieren. Bist du nicht drin, bist du draußen. Rassistische, sexistische und antisemitische Ideologeme funktionieren nach diesem Deutungsmuster.

Will ich den Menschen dagegen als konkret-allgemein fassen, so brauche ich einen Begriff, der das Besondere der so unterschiedlichen wirklichen Menschen einschließen kann. Das ist etwa ein Begriff des Menschen, dessen Natur die Gesellschaftlichkeit ist und der seine Lebensbedingungen in vorsorgend-kollektiver Form herstellt. Diese hier nur angedeutete Grundbestimmung erreiche ich durch einen Prozess der wissenschaftlichen Klärung. Verfüge ich über diesen konkret-allgemeinen Begriff, so ist nun *jeder* individuelle Mensch dieser allgemeine Mensch und *gleichzeitig* ein besonderer, eben: konkreter Mensch.

Ein konkret-allgemeiner Begriff des Menschen schließt aus, ihn einzig als Unterworfenen zu verstehen. Es wird erkennbar, dass tatsächliche Unterworfenheit Ergebnisse wirklicher struktureller und sozialer Unterwerfungsprozesse – einschließlich der Selbstunterwerfung – sind, die damit auch als veränderbar begriffen werden können.

Bis hierhin waren Abstrakt- und Konkret-Allgemeines Bestimmungen der Erkenntnis, also des Denkens. Nun gibt es aber auch entsprechende Realprozesse, also Prozesse, die entweder tatsächlich eine

praktische Abstraktion vollziehen oder aber andererseits Konkretes unmittelbar als Allgemeines zur Geltung bringen. Diese Prozesse real-abstrakter und real-konkreter Verallgemeinerung gilt es nun ihrerseits als solche zu erkennen.

Bekanntes Beispiel für eine Realabstraktion ist die Warenproduktion und der Warentausch. Bei Produktion und Tausch von Waren wird nicht nur gedanklich, sondern tatsächlich von ihrer sinnlich-nützlichen Seite abstrahiert. Die Waren werden auf ihr bloß quantitatives Verhältnis reduziert. Marx erkennt: „Die Arbeit, die sich im Tauschwerth darstellt, ist vorausgesetzt als Arbeit des vereinzelt Einzelnen. Gesellschaftlich wird sie dadurch, daß sie die Form ihres unmittelbaren Gegenteils, die Form der abstrakten Allgemeinheit annimmt.“ (Zur Kritik der politischen Ökonomie)

Marx hatte damit aufgedeckt, dass „konkrete Privatarbeit“ nur in Form ihres Gegenteils, nur als *abstrakt-allgemeine Arbeit* gesellschaftliche Gültigkeit erlangen kann. Dies gilt ausschließlich für den Kapitalismus, nicht aber für vorkapitalistische Produktionsweisen, wie Marx klarstellt: „Hier ist der gesellschaftliche Charakter der Arbeit offenbar nicht dadurch vermittelt, dass die Arbeit des Einzelnen die abstrakte Form der Allgemeinheit, oder sein Produkt die Form eines allgemeinen Äquivalents annimmt. Es ist das der Produktion vorausgesetzte Gemeinwesen, das die Arbeit des Einzelnen verhindert Privatarbeit und sein Produkt Privatprodukt zu sein, die einzelne Arbeit vielmehr unmittelbar als Funktion eines Gliedes des Gesellschafts-Organismus erscheinen läßt.“

Gibt es nun Güter im Kapitalismus, die dem Abstraktionsvorgang nicht unterliegen und direkt gesellschaftlich Geltung besitzen? Ja, diese gibt es: freie Universalgüter. Beispiele sind Freie Software und Wikipedia. Freie Universalgüter werden von vornherein als gesellschaftliche Güter produziert und verteilt. Sie stehen mit dem Akt ihrer Herstellung der Menschheit frei zur Verfügung. Im Gegensatz zu Waren unterliegen sie keinem Abstraktionsvorgang, sondern besitzen als Resultate *konkret-allgemeiner Arbeit*, als je besondere Produkte, unmittelbar gesellschaftliche Geltung. Sie weisen damit über den Kapitalismus hinaus.

„Für einen Praktischen Sozialismus“

von Andreas Exner

So lautet der Titel einer Broschüre, die das Hans-Jürgen-Krahl-Institut im Oktober 2007 einer internen Diskussion hat folgen lassen. Der Untertitel verspricht eine „Antwort auf die Krise der Gewerkschaften“, was zugleich das ursprüngliche Motiv der kleinen Schrift benennt: gesellschaftskritischen Menschen, die in Gewerkschaften tätig sind, einen „allgemeinen Strategievorschlag zur gesellschaftlichen Transformation“ zur Diskussion zu stellen.

Die Broschüre rückt dabei die „historische Produktion“, die „Produktion der Verkehrsform selbst“, ins Zentrum der Betrachtung. Nicht also die Produktion von allerlei Gebräuchlichem ist das Thema, sondern die gebräuchliche Art der Produktion als solche. Es geht, kurz gesagt, um die Produktions- und Lebensweise dieser Tage und darum, was die Gewerkschaften dazu tun könnten, um diese zu verändern. Keine kleine Aufgabe, in der Tat. Ein „obskures und monströses Projekt“, meinte dazu ein Kritiker vorab.

Seiner Aufgabe nähert sich das Krahl-Institut mit Bedacht. Was es offensichtlich von allem Anfang dabei umtreibt, benennt es ganz am Ende seiner Schrift: „Die scheinbare Alternativlosigkeit des dekadenten Kapitalismus ist seine schärfste ideologische Waffe, weil sie Anklang findet in der alltäglich erfahrenen Ohnmacht der von der Gesellschaft entfremdeten Einzelnen und deren Resignation“. Folglich wäre die „eigentliche Aufgabe“, heißt es weiter, „eine neue, eine andere Kulturidee“ zu entwickeln und diese dem „System der Bedürfnisse“, auf dem das Kapitalverhältnis beruhe, entgegenzustellen. Was das Institut jedoch in seiner Broschüre, neben jener eigentlichen Aufgabe, versucht, ist, „der Überwindung des Kapitalverhältnisses eine Verlaufsform zu geben“.

Die Argumentation, die es zu diesem Zweck entwickelt, nimmt zwei Einsichten in sich auf. Sie reflektiert zum einen, dass den Kapitalismus bestimmte Strukturen kennzeichnen. Allerdings, so die andere Einsicht, beruhen diese darauf, dass „die sie konstituierenden Praxisformen und deren Implikationen von den Individuen beibehalten werden und so einen bestimmbareren Modus Operandi der ge-

gesellschaftlichen Entwicklung [...] abgeben“. Privateigentümliche Produktion, geldvermittelter Warenaustausch und Lohnarbeit – darin erkennen die Autoren die wesentlichen Strukturen des Kapitalismus – sehen auf den ersten Blick nicht so aus, als wären sie ein Produkt des menschlichen Handelns. Umgekehrt scheinen diese Phänomene vielmehr das Handeln zu bestimmen. Sie nehmen die Form von festen Strukturen an, gelten als unveränderlich, prägen als Sachzwänge den öffentlichen Diskurs. Tatsächlich aber liegen diese Strukturen keineswegs jenseits allen Handelns, sondern sind nichts anderes als Folge dessen, was die Einzelnen fortlaufend tun und was sie akzeptieren, dass andere tun.

Von hier aus wird es möglich, das bis zu einem gewissen Grad theoretisch zu behandeln, was häufig als eine Frage gilt, die allein die Praxis, das Handeln selber lösen könne. Die Frage nämlich, wie wir kapitalistisches Handeln aufgeben und so den entsprechenden Strukturkomplex überwinden können. Dies führt uns zu der unmittelbaren Aufgabenstellung der Autoren: Wie muss eine Antwort auf die Gewerkschaftskrise aussehen?

Gewerkschaft und Staat

Zu diesem Zweck versucht der erste Teil der Broschüre eine Wesens- und Begriffsbestimmung der Gewerkschaft. Welche Strukturen bestimmen eine Gewerkschaft, was ist sie ihrer Natur nach eigentlich? „Gewerkschaften sind Angebotskartelle von Arbeitskraftbesitzern“, stellen die Autoren gleich zu Anfang fest und leiten daraus eine allgemeine Entwicklungslogik der Gewerkschaft ab. Erstens, so der Schluss, könne keine Gewerkschaft ein Interesse daran haben, die Lohnarbeit zu überwinden, ja sie müsse, zweitens, jeden Versuch, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse (und damit auch die Arbeitsverhältnisse) substanziell zu verändern, als organisationsfeindlich bekämpfen.

Nun ist freilich augenfällig, dass sich Gewerkschaften selbst häufig in Widerspruch zum Kapital empfinden, Kapitalvertreter behaupten das oft genug. Die beiden Parteien existieren offensichtlich nicht in Eintracht. Allerdings, der gewerk-

schaftliche „Widerspruch gegenüber dem Kapital überschreitet nicht den allgemeinen Interessenkonflikt von Vertragsparteien“. Beide Parteien sind am Vertrag interessiert, wenn auch in gegensätzlichem Sinn. Möchte die eine Vertragspartei (der Unternehmer) die Ware Arbeitskraft möglichst billig kaufen, so achtet die andere (die Gewerkschaft) darauf, diese Ware so teuer wie möglich zu verkaufen. Damit fungiere die Gewerkschaft „objektiv als Regulator des Kapitalverhältnisses“. Sie stabilisiere das Lohnverhältnis, „das ansonsten an seinen immanenten Widersprüchen zugrunde ginge“. Das Kapital würde die Löhne andernfalls unter das Niveau reduzieren, das notwendig ist, um die Arbeitskraft zu erhalten, das heißt sich selbst zerstören.

Den Staat begreifen die Autoren als „Teil des kapitalistischen Produktionsverhältnisses“. Die Vertragsform der bürgerlichen Beziehungen, die wechselseitige Anerkennung als formell gleiche Vertragsparteien erfordere eine Gewalt, die garantiert, dass diese Form auch eingehalten wird. Diese Gewalt dürfe selbst in keinem Widerspruch stehen zur Vertragsform, die sie garantiert. Sie muss daher von beiden Vertragsparteien gleichermaßen entfernt agieren. Daraus werde verständlich, dass der Staat die Gestalt eines Gewaltapparates hat, der sich von der Gesellschaft trennt. Nur in dieser Gestalt verkörpere er das allen gemeinsame Interesse daran, dass die Vertragsbeziehungen aufrechterhalten bleiben, wie gegensätzlich diese im Besonderen auch sein mögen. Darin sieht das Krahl-Institut die erste Bestimmung des Staates.

Die zweite komme ihm zu als *Steuerstaat*. Damit ist gemeint, dass der Staat von der Akkumulation des Kapitals abhängt, woraus er die Mittel seiner Existenz und Aktion bezieht. Beide Bestimmungen begründen eine *strukturelle Selektivität* des Staates hinsichtlich der an ihn herangetragenen Forderungen, insofern er ein genuines Interesse an der Aufrechterhaltung des Kapitalverhältnisses (der Beziehung zwischen Kapital und Arbeit) hat. Der politisch wichtige Schluss lautet den Autoren zufolge, dass es nicht möglich sei, die Produktionsweise substanziell mit Hilfe des Staates zu verändern.

Dass der Staat gewerkschaftliche Forderungen wie etwa jene nach einer Arbeitslosenversicherung institutionalisiere, widerspreche dieser Einsicht nicht, gehe es ihm dabei doch wesentlich um die politische Stabilität des Kapitalverhältnisses, woran er nicht zuletzt ein ökonomisches Interesse haben muss. Dies bedeutet umgekehrt, dass der institutionalisierte Klassenkompromiss von bestimmten ökonomischen Grundlagen abhängt. Werden diese Grundlagen brüchig, so auch der ihnen entsprechende Klassenkompromiss.

Arbeiterpartei und staatliche Intervention

Die Parteien der Arbeiterbewegung versteht das Krahl-Institut als den „organisatorische[n] Ausdruck der notwendigen staatlichen Einbindung der gewerkschaftlichen Interessen“. Notwendig sei diese Einbindung deshalb, weil, anders als ein Kartell der Unternehmer, das gewerkschaftliche Arbeitskraftkartell seine Grenze an der persönlichen Freiheit der Lohnabhängigen findet. Zwar ist die wesentliche Funktion der Gewerkschaft, die Konkurrenz unter den Arbeiterinnen zu unterbinden. Doch bleibt der individuelle Arbeiter die reelle Partei jedes Vertragschlusses zwischen Kapital und Arbeit. Damit ist ein Machtgleichgewicht gegeben, das die Gewerkschaft alleine nicht überwinden kann. Es ergibt sich daraus die Notwendigkeit, auf den rechtlichen Rahmen der Verträge einzuwirken. Die Instanz dafür ist der Staat.

Im politischen Bewusstsein der Arbeiterparteien steht nun die staatsbürgerliche Gleichheit im Widerspruch zur Ungleichheit der Klassenlage. Übersehen werde dabei, dass die staatsbürgerliche Freiheit lediglich die andere Seite der Verdinglichung darstelle, die der Arbeiter im Produktionsprozess erfährt. Ob die Arbeiterin ihre Ware Arbeitskraft an einen Kapitalisten verkauft, der sie als Produktionsinstrument anwendet, oder ob sie die bürgerliche Freiheit genießt, sich ganz im Besitz ihrer selbst und niemandes sonst zu befinden – beide Male verhielten sich die Arbeiter in Beziehung auf sich selbst wie zu einem ihnen äußerlichen Ding. In der politischen Praxis folge aus der staatsbürgerlichen Orientierung der Arbeiterparteien, dass Befreiung nur als verallgemeinerte Proletarisierung denkbar sei, dass also alle zu Arbeiterinnen und Arbeitern, dass alle Menschen im gleichen Maß zu Dingen werden; zu Anhängseln des Kapitals, ohne über die Mittel zur Produktion ihres

Lebens zu verfügen. Die Politik der Arbeiterparteien ist nicht zuletzt davon bestimmt, die Verdinglichung der Arbeiterinnen aufrechtzuerhalten. Das ist ihr institutionelles Eigeninteresse, denn sie existiert auf dieser Basis.

Der Staat ist nicht nur Steuerstaat, sondern auch *Interventionsstaat*, insofern sein Bemühen aktiv darauf abzielt, die Kapitalakkumulation zu sichern. Die Akkumulation des Kapitals ist für das Krahl-Institut nicht eine Wirkung der Konkurrenz, sondern wesentlich darin begründet, dass private Produktion für einen gesellschaftlichen Bedarf erfolgt. Dieses widersprüchliche Verhältnis erfordere die Vermittlung der Produktion durch Geld. Arbeit und Produktion für Geld erzeugen schließlich ein Bedürfnis, das an keinen endlichen Gegenstand gebunden ist (sondern an Geld). Maßlosigkeit der Produktion sei die Konsequenz, politische Regulierung eine Notwendigkeit.

Dies deshalb, weil die maßlose Ausdehnung der Produktion von Mehrwert, der einzige Zweck der kapitalistischen Produktionsweise, unter Einsatz technischer Mittel erfolge, die zugleich dem Zweck, Mehrwert zu produzieren, zuwiderlaufen. Die einzelbetriebliche Strategie der Mehrwertsteigerung reduziere die Mehrwertproduktion gesamtgesellschaftlich. Das Krahl-Institut schließt sich darin dem Marx'schen Theorem vom tendenziellen Fall der Profitrate an. Die Tendenz zum Fall der Profitrate provoziere die notwendige Wiederkehr von *Überakkumulationskrisen*, in denen Kapital im Verhältnis zu den Möglichkeiten, es profitabel anzulegen, im Überschuss vorhanden ist.

Der Staatsinterventionismus versuche genau dieser Tendenz entgegenzuwirken. Er vernichte Kapital auf kontrollierte Weise, indem er es kapitalistisch unproduktiven Zwecken zuführe und reduziere so den Überhang von Kapital. Den Abzug desjenigen Kapitals, das mangels Rentabilität brachliegt bzw. nach Anlage drängt und so die Profite weiter drückt, vermittelt die staatliche Kreditaufnahme. Insoweit dieses Kapital investiert werde, ohne Profit abzuwerfen, das heißt ohne zu akkumulieren, werde es (als Kapital) quasi vernichtet. Damit vermindert sich die Überakkumulation. Die Zinsen der Staatskredite bilden allerdings einen Profit für das Finanzkapital, das die Kredite an den Staat vermittelt. Für diese Profite müssen die Besteuernten aufkommen, letztlich die Arbeiter, an die die Zusatzkosten weitergegeben werden. Der springende Punkt: Der Staatsinterventionismus könne die Über-

akkumulationskrise nicht lösen, nur verschieben. Ihre Ursachen lässt er bestehen, sie bleiben staatlichem Zugriff entzogen.

Dies gelte auch dann, wenn der Staat versucht, durch Sozialleistungen den Massenkonsum zu stützen und auf diesem Weg die Akkumulation des Kapitals. Der Massenkonsum, so das Institut, ist für die Akkumulation nur so lange funktional, als es Potenziale der inneren Landnahme gibt, Bereiche also, die noch nicht der kapitalistischen Produktionsweise unterworfen sind. In der Nachkriegszeit handelte es sich dabei vor allem um die Sphäre der Reproduktion (Wiederherstellung) der Ware Arbeitskraft. Früher oder später stößt eine Strategie des Binnenmarkts jedoch an Grenzen und muss sich dem Vergleich mit der Rentabilität einer Exportorientierung stellen. Dies umso mehr, als die Zentralisation und Konzentration des Kapitals dazu führen, dass die Produktionsvolumina der einzelnen Betriebe die Grenzen der Aufnahmekapazität der Binnenmarkts erreichen. Das sei historisch auch der Fall gewesen. Das Kapital kündigte den institutionalisierten Klassenkompromiss auf und der Staat revidierte in der Folge seine binnenmarktzentrierte Beschäftigungspolitik.

Soweit die Argumentation des Krahl-Instituts. Anzumerken bleibt an dieser Stelle, dass der tendenzielle Fall der Profitrate, den die Autoren als Ursache der Überakkumulation angeben, keine strikt allgemeine Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus sein kann (M. Heinrich, Kritik der politischen Ökonomie, 2004, S. 148ff.). Allerdings ist umgekehrt ebenso wenig garantiert, dass die Profitrate im Zuge der Produktivkraftsteigerung auf längere Sicht stabil bleibt. Dies kann nur zufälliges Ergebnis sein (D. Harvey, Limits to Capital, 2006, S. 189). Sehen wir von dieser allgemeinen kapitalismustheoretischen Ebene ab, bleibt der Sachverhalt, dass die durchschnittlichen Profitraten am Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre tatsächlich deutlich fielen (R. Brenner, Boom & Bubble, S. 53f.; P. Armstrong et al., Capitalism since 1945, 1991, S. 248ff.; M. Husson, in: Die globale Enteignungsökonomie, 2004, S. 128).

In diesem Sinn macht die Argumentation des Krahl-Instituts die historische Funktion des Staatsinterventionismus der 1970er Jahre also durchaus verständlich und zeigt auch seine prinzipiellen Grenzen auf. Dieses Ergebnis ist wichtig, herrscht doch in Gewerkschaftskreisen die Ansicht vor, dass der Staat die ökonomischen Grundlagen eines Klassenkompro-

misses hätte garantieren können (woraus gefolgert wird, er wäre nach wie vor in der Lage, diese herzustellen). Das können staatliche Investitionsprogramme oder ein Ausbau des Massenkonsums jedoch nicht bewerkstelligen.

Gewerkschaftliche Krise

Die Ursachen für die gewerkschaftliche Krise machen die Autoren des Instituts vorrangig an zwei Momenten fest: an der Differenzierung der Arbeitsverhältnisse und der Internationalisierung der Produktion. Damit einher gehe eine vermehrte Konkurrenz der Nationalstaaten um die Anlage internationalen Kapitals. Die Unternehmensstrukturen gleichen sich dem *Shareholder-Value*-Modell an, womit sich das Kapital von einzelnen Betrieben unabhängiger mache. (Die Profite der Kapitalgeber zu steigern, steht deshalb im Fokus des betrieblichen Managements.)

Vor diesem Hintergrund erkläre sich die Strategie der Sozialdemokratie, Investitionen in die Bildung zu forcieren. Die Autoren sehen darin den Versuch, den Wert der Ware Arbeitskraft unter den Bedingungen einer internationalisierten Konkurrenz zu sichern. Eine Perspektive für die Modernisierungsverliererinnen der unteren Beschäftigungssegmente, die Arbeitslosen und die vielen Opfer des Leistungsdrucks erkennen sie darin freilich nicht.

Für die Gewerkschaften ergebe sich somit ein doppeltes Organisationsproblem: Prekarisierte und gering qualifizierte Arbeiterinnen entziehen sich der traditionellen gewerkschaftlichen Organisation tendenziell und verfügen aufgrund ihrer schwachen Stellung im Produktionsprozess nur über eine geringe Durchsetzungsmacht. Hoch qualifizierte Lohnabhängige dagegen sind aufgrund von Gewinnbeteiligungen für die Gewerkschaften immer weniger ansprechbar.

Eine Strategie der Transformation

Diese theoretischen Ausführungen sind im Grunde eine Vorrede für das Herzstück der Broschüre. Darin widmet sich das Institut nun der Frage, wie die Gewerkschaften in Anbetracht ihrer strukturellen Krise und des Scheiterns traditioneller Sozialismen sich strategisch neu orientieren können. Seine diesbezüglichen Überlegungen knüpft es an das Konzept eines *radikalen Reformismus* (Joachim Hirsch): Ein

Projekt der grundlegenden Veränderung von gesellschaftlichen Verhältnissen müsse sich „innerhalb der von diesen Strukturen gesteckten Rahmenbedingungen entwickeln und zugleich als Gegenmacht selbst konstituieren“.

Ihrer Struktur nach sind Gewerkschaften nicht in der Lage, das Lohnverhältnis und damit den Kapitalismus zu überwinden. Darin ist dem Krahl-Institut sicher Recht zu geben. Wie aber ist angesichts dieser Ausgangslage überhaupt an eine antikapitalistische, emanzipative Funktion gewerkschaftlicher Organisation zu denken? Die Rückführung von Strukturen auf gesellschaftliche Praxisformen heißt umgekehrt, dass Strukturen durch neue Praxisformen verändert werden können. Um diese Perspektive theoretisch auch entwickeln zu können, ist es, so die Autoren, legitim, den Modus Operandi der kapitalistischen Praxisformen zu negieren „und in den Widersprüchen der kapitalistischen Entwicklungslogik Ansätze für die praktische Verwirklichung dieser Negation zu benennen“.

Der grundsätzliche Ansatzpunkt ist dabei für das Krahl-Institut, dass sich die realen Beziehungen der Menschen unter der Herrschaft des Kapitals verkehren. Gegenständlich betrachtet produzieren die Menschen unter dieser Herrschaft *füreinander*. Die kapitalistische Verkehrsform (der Tausch von Ware gegen Geld) allerdings abstrahiert von dieser gegenständlichen Realität. In ihr ist die Produktion auf einen anderen, von konkreten menschlichen Bedürfnissen entkoppelten Zweck gerichtet, das Geldeinkommen und den Profit.

Gesellschaftliche Verkehrsformen einzurichten, die dieser gegenständlichen Verbundenheit entsprechen, ist, so die Autoren, nicht die Frage einer bestimmten gesellschaftlichen Komplexität, denn „[d]ie bestehenden Kollektive könnten in der bewussten Übernahme der bestehenden gesellschaftlichen Verantwortung, die objektiv ohnehin auf ihren Schultern lastet, ihre bestehenden Verbindungen zu anderen Kollektiven nach dieser Maßgabe neu gestalten, auch ausgehend von den gegebenen realen Verhältnissen als Bedingungen der Neugestaltung, neue Kollektive schaffen und alte auflösen, anderes und anders produzieren“.

Voraussetzungen des strategischen Wechsels

Um die Möglichkeit einer solchen Neugestaltung auch realisieren zu können,

wären freilich einige Voraussetzungen zu erfüllen.

Zuerst einmal sei unabdingbar, dass „die Linke der Versuchung widerstehen [muss], ihr politisches Bewusstsein als sozialen Distinktionsgewinn zu missbrauchen“. Wichtig wäre dagegen, „in den anderen Proletarisierten ebenfalls ‚bewusst handelnde kompetente Akteure‘ zu sehen“. Der zentrale Schluss, den das Krahl-Institut aus dieser Prämisse zieht, scheint mir darin zu bestehen, dass diese Akteure, wie es heißt, „nur mit einer praktischen Alternative für das alltägliche Leben zu gewinnen sind“.

Wie ist eine solche praktische Alternative zu entwickeln? Im Kontrast zur abstrakten Begriffsbestimmung der Gewerkschaft als eines Arbeitskraftkartells, verweist das Krahl-Institut bei seinen strategischen Überlegungen nun auf den realen, widersprüchlichen Doppelcharakter der Gewerkschaften. Dieser Doppelcharakter zeige sich im „Forminhalt derjenigen Praxis, die den gewerkschaftlichen Forderungen ihre Durchsetzungskraft verliehen hat“, das heißt im Streik. Im gewerkschaftlichen Protest bestätigen und behaupten die Arbeiter, die formell nach Abschluss des Arbeitsvertrags auf den Stellenwert von Instrumenten reduziert sind, ihre Menschlichkeit, ihre Autonomie gegen das Kapital. Sie machen praktisch mit ihrer Verdinglichung Schluss.

In der Verdinglichung meint das Krahl-Institut etwas zu erkennen, was die Proletarisierten real verbindet, was uns allen, über alle Lohnunterschiede und Lebenslagen hinweg, gemeinsam ist. Dies gelte auch für die dagegen gerichtete gewerkschaftliche Praxis. Die Aufhebung der Verdinglichung im Produktionsprozess sei also keineswegs utopisch. Sie stelle, ganz im Gegenteil, einen konstitutiven Bestandteil der Arbeiterbewegung dar. Damit ist jedoch noch nicht gesagt, dass diese Praxis auch auf eine emanzipatorische Weise begriffen wird. Ein solches Verständnis ist erst zu entwickeln.

In der realen Gewerkschaftspraxis sieht das Krahl-Institut auch eine mögliche Entwicklungslinie angelegt, die, entsprechende Bewusstseinsbildung vorausgesetzt, den Anspruch einzulösen in der Lage wäre, eine Antwort auf die Gewerkschaftskrise zu finden, indem sie gesellschaftliche Emanzipation nicht als Eroberung oder Reform der Staatsmacht begreift, sondern als eine „Kulturrevolution“, die zugleich „klare, eindeutige Distinktionen setzt, um sich in einem antagonistischen Umfeld erhalten zu können“.

Diese Entwicklungslinie wurzelt nach Ansicht der Autoren in der Notwendigkeit, gewerkschaftliche Streikfonds zu bilden. Um die Streikrisiken zu minimieren, werden diese Fonds nicht nur als Reserve gehalten, sondern wird „das Vermögen vermögensmehrend“ eingesetzt. Aus dieser Überlegung heraus entstehe die gewerkschaftliche Konsumgenossenschaft. Sie dient der Anlage von Geldern aus den gewerkschaftlichen Streikfonds und garantiere, dass die Streikkasse nicht dem Gegner in die Hände falle. Damit läge nach Meinung des Krahl-Instituts auch prinzipiell in Reichweite, eine solche gewerkschaftliche *Gemeinwirtschaft* auf Produktionsgenossenschaften und auf Banken auszudehnen und erwerbslose Menschen darin zu integrieren. Das liefe zugleich darauf hinaus, die industrielle Reservearmee zu demobilisieren und der Konkurrenz unter den Proletarisierten einen effektiven Riegel vorzuschieben. Nur wenn es gelingt, die Konkurrenz nicht nur zwischen den Arbeiterinnen zu reduzieren, sondern auch zwischen den Arbeitern und den Erwerbslosen und zwischen den Erwerbslosen untereinander, können Arbeitskämpfe mit Erfolg geführt werden.

Dazu wäre freilich eine neue organisatorische Basis der Gewerkschaften notwendig. Der gegenwärtige Trend geht, wie wir wissen, in die Gegenrichtung.

Der alles entscheidende Punkt, ich stimme darin mit den Autoren überein, ist in dieser Hinsicht, die „Abschaffung des Lohnsystems“ als eine gewerkschaftliche Basisforderung zu etablieren. Der Ausstieg des Deutschen Gewerkschaftsbundes aus der *Gemeinwirtschaft* 1987 illustriert nach ihrer Meinung genau diesen Zusammenhang. Die *Gemeinwirtschaft* weiter aufrechtzuerhalten, oder sie gar auszubauen, hätte an diesem Punkt vorausgesetzt, sich perspektivisch vom Kapitalverhältnis abzulösen.

Völlig klar ist in der Sicht des Krahl-Instituts, dass auch eine gewerkschaftliche *Gemeinwirtschaft* vorderhand ein vom Kapital abhängiges Produktionsverhältnis bleibt. Allerdings unterläge es schon nicht mehr dem Zwang der Rentabilität, würde es durch Mitgliedsbeiträge und Steuerabgaben finanziert. Und noch etwas käme ihr dann zugute: die vom Kapitalstandpunkt aus veralteten, jedoch funktionsfähigen Produktionsanlagen und die ungenutzten, jedoch lebendigen menschlichen Potenzen, die das Kapital verwirft, weil es sie nicht profitproduktiv einzusetzen weiß. In einer gemeinwirtschaftlichen Produktionslogik wären Brauchbarkeit

und konkrete *Effektivität* – im Gegensatz zu einer abstrakten Effizienz – entscheidend. Rentabilität ist nicht erforderlich. So könnte vieles in Gebrauch genommen werden, was dem Kapital nicht mehr dienen kann.

Mit dieser strategischen Zielvorstellung propagiert das Krahl-Institut keinen unvermittelten Exodus. Vielmehr plädieren die Autoren dafür, die *Gemeinwirtschaft* auf enge, ja integrale Weise damit zu verbinden, die Arbeitskämpfe in den kapitalistischen Betrieben selbst neu auszurichten. Ganz richtig identifiziert das Institut, „[d]as wesentliche Hemmnis in den Arbeitskämpfen [...] bisher in dem gemeinsamen Interesse von Kapitalist und Arbeiter am Erhalt des Unternehmens, das Voraussetzung des Erhalts der Arbeitsplätze war“. Ohne die Drohung des Arbeitsplatzverlusts könnten dagegen die Unternehmen direkt mit dem Ziel bestreikt werden, sie zu sozialisieren und in die *Gemeinwirtschaft* zu überführen. Jeder erfolgreiche Arbeitskampf würde seinerseits die *Gemeinwirtschaft* unterstützen, wenn die Gewerkschaftsmitglieder ihre finanziellen Transferleistungen erhöhen.

Diese Organisationsweise, meinen die Autoren, könnte sich entlang der existierenden Produktions- und Verwertungsketten ausdehnen und so „über die nationalen und kontinentalen Grenzen hinweg einen praktischen proletarischen Internationalismus begründen“. Zu Recht schränken sie aber ein, dass sich eine solche Organisationsweise grundsätzlich nicht darauf beschränken kann, das zu übernehmen, was das Kapital an Technologien nach seinem Ebenbild geschaffen hat. Nicht nur die Organisationsweise, sondern auch die Technologien müssen neu gestaltet werden – nicht zuletzt aus ökologischen Gründen.

Den Status quo überschreiten

Nun ist freilich offensichtlich, dass die Gewerkschaften in jetzigem Zustand von einer solchen Perspektive weit entfernt sind. Und auch das Krahl-Institut hält fest, dass keinesfalls klar ist, ob die gegenwärtigen Organisationen überhaupt in der Lage sind, eine solche Transformation zu vollziehen, oder ob es notwendig sein wird, neue Gewerkschaften für einen neuen Zweck zu bilden. Dies wird nur praktisch zu entscheiden sein.

Die Verschleuderung von Gewerkschaftsvermögen und zentralen Ressourcen wie dem Streikfonds durch den Österreichischen Gewerkschaftsbund sind

jedenfalls ebenso ernüchternd wie die organisatorischen Konsequenzen, die der Apparat bis dato daraus gezogen hat – sie rangieren an der Wahrnehmbarkeitsschwelle. Davon abgesehen ist derzeit keine irgendwie geartete gewerkschaftliche Perspektive ersichtlich, an die eine Strategie der *Gemeinwirtschaft* anknüpfen könnte. Wenn ein Gewerkschaftsdachverband seine Streikkassa verbubelt, nicht, weil er damit besonders fahrlässig umgegangen wäre, sondern deshalb, weil seine Bank die übliche Fahrlässigkeit praktizierte und sich verspekuliert hat, so weist das immerhin darauf, dass es sogar in einem recht bornierten Gewerkschaftsinteresse gelegen hätte, die hauseigene Bank gemeinwirtschaftlich zu führen.

Das gilt freilich nicht für eine Strategie, die eine Abschaffung des Lohnsystems ins Auge fasst. Ganz richtig stellt das Krahl-Institut diese Zielrichtung als die entscheidende heraus. Wie dahin zu gelangen sei, dass diese auch in einiger Breite geteilt werden könnte, ist in der Tat die „eigentliche Aufgabe“, die die Autoren aus ihrer Broschüre ausklammern. Die Grundeinkommensdebatte bietet eine Möglichkeit, hierin einige Schritte weiterzukommen. Vielleicht verlöre das Grundeinkommen etwas vom Geruch einer „Stilllegungsprämie“, würde es im Zusammenhang mit einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Perspektive diskutiert.

Schließlich bietet das Grundeinkommen als ein Geldeinkommen, das sich von der Kapitalverwertung ableitet, tatsächlich keine langfristig sinnvolle Option. Sinn macht es nur dann, wenn es Freiräume für weitergehende Bewegungen eröffnet. Im Kontext einer Strategie, wie das Krahl-Institut sie vorschlägt, könnte das Grundeinkommen eine so abwegige, um nicht zu sagen „obskure und monströse“, Vorstellung, wie es die Abschaffung des Lohnsystems für eine Gewerkschaft ist, zumindest einmal in den Horizont des Aussprechbaren rücken.

Dabei dürfte es nicht bleiben. „Die vielleicht wichtigste Voraussetzung der Strategie“, schreibt das Institut, ist ein „massenhaftes strategisches Bewusstsein“. Im Unterschied zu einer „komplexen politischen Theorie“ verstehen die Autoren darunter „die Kenntnis der wesentlichen Unterschiede kapitalistischer und gemeinwirtschaftlicher Vergesellschaftung“. Dem Ziel einer Befreiung von den Zwängen der Geldform und damit von Tausch, Warenproduktion, Kapital und Staat würde unter gewissen Umständen ein „taktisches Produzieren für den Austausch

bzw. den Markt, wenn es dem Aufbau der Organisation insgesamt dienlich ist“, nicht widersprechen. Entscheidend ist, dass eine große Zahl von Menschen ihr eigentliches Ziel vor Augen hat, das freilich darin bestehen muss, dass „das Produkt nicht wieder als Ware in den Markt eingeht, die Kooperation also keine Waren produzierende Genossenschaft darstellt“, wie Robert Kurz dazu bemerkt.

Ein solcher Versuch, „der Überwindung des Kapitalverhältnisses eine Verlaufsform zu geben“, provoziert den Einwand, dass er nicht mit dem postfordistischen Typus des flexiblen Einzelkämpfers (weniger der Einzelkämpferin) rechnet, der ein Projekt, das eine dauerhafte Organisationsleistung abverlangt, schwerlich attraktiv findet. Und in der Tat stehen breiter gefächerte soziale Aktivitäten, die aus freien Stücken koordiniert sein wollen, vor der Schwierigkeit der Kooperation, der Kohärenz und davor, dass die Fähigkeit, sich für anderes als die unmittelbaren Überlebens- oder Karriereziele langfristig zu engagieren, schwindet.

Dafür gibt es keine einfachen und schon gar keine theoretischen Lösungen. Der Ansporn, solche praktisch zu entwickeln, eben eine Kulturrevolution zu entfalten, deren materielle Bewegung eine gewerkschaftliche Gemeinwirtschaft dann wäre, ist jedoch um vieles größer als jene Schwierigkeit: Denn „wer auf die Beantwortung organisationspraktischer Fragestellungen verzichtet, für den wird diese Frage von den naturwüchsigen Strukturen der Wertvergesellschaftung beantwortet“, schreibt das Krahl-Institut auf seiner Homepage (www.hjki.de) – und das heißt: von Markt, von Kapital und Staat.

Langfassung auf www.streifzuege.org

Feiertagsangebote

zu Euro

33,-

55,-

77,-

99,-

unter

www.streifzuege.org

Ein Hauch von Übergang

von Peter Klein

Verhärmte, abgerissene Gestalten, die sich als eine finstere, drohende Masse auf den Regierungssitz zu bewegen; Barrikadenkämpfer, die sich mit primitiven Waffen gegen die scharf schießenden Ordnungskräfte zur Wehr setzen; Arbeitertrupps, die mit aufgesteckter roter Fahne per Lastwagen zu einem Kampfeinsatz am Bahnhof oder Telegraphenamtfahren – solche und ähnliche Bilder dürften bei dem Wort Revolution auch heute noch durch viele Köpfe geistern. Es ist zwar schon oftmals geschrieben worden, dass diese Epoche, in der sich die armen Schlucker dieser Welt unter den Parolen der Französischen Revolution erhoben, vorbei ist. Dass es über die bürgerliche Epoche hinaus auf andere Weise weitergehen müsse. Nicht im Namen von zu verwirklichenden Prinzipien, sondern gleich direkt im Namen realer Lebensbedürfnisse, die eben gerade als solche festzustellen und zu organisieren wären. Schwerlich wird aber jemand behaupten wollen, dass sein Denken von den Bildern der Vergangenheit ganz und gar unbeeinflusst ist.

Umso mehr ist es angebracht, sich das eigenartige Schauspiel, das uns die letzten Wochen geboten haben, noch einmal vor Augen zu führen. Dass die kapitalistische Krise jetzt endlich akut und zum Ernstfall geworden ist, bestreitet wohl niemand mehr. Aber in welchem krassem Missverhältnis steht dazu das Verhalten der breiten Bevölkerungsmehrheit, die das historische Ereignis geradezu als ein Non-Event behandelt! Auf der einen Seite ein Finanz-Crash von unvorstellbaren, noch nie da gewesenen Ausmaßen – auf der anderen Seite eine Masse von Menschen, die ungerührt und zum Teil sogar uninformatiert in ihrem alltäglichen Kleinkram fortwurstelt. Natürlich braucht es eine gewisse Zeit, bis sich die Krise in die reale Wirtschaft vorgearbeitet hat. Gut möglich, dass es in ein oder zwei Jahren Hungerrevolten gibt. Vorläufig wird man unwillkürlich an einen Spruch erinnert, der bei den Friedensbewegten der achtziger Jahre sehr populär war: „Stell’ dir vor, es ist Krieg – und niemand geht hin.“ Abgewandelt würde man heute vielleicht sagen: Stell’ Dir vor, der Turmbau zu Babel bricht zusammen, ein nach Billionen Dollar zählender

Kreditüberbau – und niemand fühlt sich getroffen.

Jedenfalls fanden die Bewegung und das Bewegtsein ganz überwiegend in den oberen Rängen der kapitalistischen Welt statt, bei den Architekten und Ingenieuren des Turmbaus sozusagen. Sehr im Kontrast zu ihren Worten, die allesamt auf Ruhe, Sicherheit und Vertrauensbildung hinausliefen, machten die Manager in Politik und Wirtschaft, indem sie von Konferenz zu Konferenz, von Interview zu Interview eilten, einen eher unruhigen Eindruck. War die Rede vom Weltuntergang, vom jüngsten Gericht und von der Strafe Gottes in den früheren Zeiten eher eine Spezialität der Unterschichten, so bekam man die apokalyptischen Töne jetzt plötzlich von der anderen Seite zu hören. In der sonst als überaus seriös geltenden *Süddeutschen Zeitung* war etwa zu lesen, dass „alles untergeht“, wenn die Banken nicht „gerettet“ werden. Panik und Aufregung oben – unten dagegen, wo die Wertpapierdepots nicht gar so dicht gestreut sind, blieb alles ruhig.

Es liegt nahe, diese Beobachtung mit dem Hinweis abzutun, dass die stürmischen Tage eben noch vor uns liegen. Wenn die Arbeitslosigkeit sich verdoppelt oder verdreifacht haben wird, wenn das Massenelend durch die Städte kriecht, werden die Leute schon merken, dass die Krise der Banken auch ihre Krise ist. Wer so redet, hat Recht – im Rahmen der herrschenden Logik. Die aber befindet sich unübersehbar in der Krise. Das in der Krise befindliche Kapital behauptet natürlich, dass alle in seinem Boot sitzen. Wenn ich keine auskömmliche Rendite erzielen kann, weil auf allen Seiten das Geld knapp wird und sich sogar in Luft auflöst, kann ich Euch keine Arbeitsplätze anbieten und keine Löhne bezahlen, so lauten seine Worte. Auf sie aber lässt sich die Bevölkerung mental bislang nicht ein. Was immer man an ungünstigen Vermutungen in diese Haltung hineinprojizieren mag: Unwissenheit, Gleichgültigkeit, Schicksalsergebenheit – sie bedeutet zunächst einmal, dass sich die Menschen nicht von vornherein und automatisch mit im Boot sitzen sehen. Und darin liegt auf jeden Fall ein Moment von Berechtigung, vielleicht sogar von unbewusster

Klugheit und Weisheit. Die Möglichkeit deutet sich an, dass der Sturz in den „Abgrund“, an dessen Rand uns der Finanzminister mit einiger Berechtigung stehen sieht, deutlich glimpflicher ausfallen könnte, als dieses dramatische Bild es vermuten lässt. Der Übergang vom Kapitalismus zu einem gesellschaftlichen Zustand, der sich den Imperativen der Wertverwertung zunehmend widersetzt und entzieht, könnte sich mit mehr Ruhe, Nüchternheit und Unaufgeregtheit vollziehen, als die Apokalyptiker aller Parteien sich auszumalen pflegten. Die „geordnete Transformation“, die Rudolf Bahro einstmals gefordert hat, liegt jedenfalls nicht außerhalb jeder Vorstellbarkeit. Auf diesen Aspekt will ich mit den folgenden Bemerkungen hinaus.

„Helden der Finanzkrise“

Man muss die „Ruhe der Bürger“ nicht geradewegs „souverän“ nennen, wie es Heribert Prantl in einem kürzlich erschienenen Kommentar getan hat. Prantl versteigt sich so weit, dass er die brav und ordentlich weiter funktionierenden Bürger um dieser zweifelhaften Tugend willen als die „Helden der Finanzkrise“ bezeichnet (SZ vom 16.10.08). Schöne Helden, möchte man sagen, bei denen ein großer Teil des Heldentums auf Unwissenheit und Ahnungslosigkeit beruht. Auf der anderen Seite hat aber gerade diese Ahnungslosigkeit etwas für sich. Es steckt darin eine gewisse Widerständigkeit und Dickfelligkeit Sorgen gegenüber, die zunächst einmal bloße Zahlen betreffen. Im Hinblick auf diese Zahlen wäre sogar zu fragen, ob man nicht geradezu ahnungslos sein *muss*? Bewegen sich die Summen, die von den öffentlichen Krisenmanagern genannt werden, nicht in Dimensionen, die jenseits aller Vorstellbarkeit liegen? Spricht es nicht für die Bodenhaftung des Alltagsverstandes, dass er keine Ahnung besitzt

von dem gigantischen Ausmaß, das die virtuelle Reichtumserzeugung angenommen hatte? Und schon gar nicht davon, wie diese Reichrechnung durch das Hin- und Herschieben von Werttiteln und Renditeversprechen hat entstehen und ernsthaft als „Finanzindustrie“ oder „Ökonomie“ hat betrieben werden können? Ist die Beschränktheit jetzt nicht zu einem Qualitätsmerkmal geworden? Ein Zeichen dafür, dass es immer noch viele Leute gibt, die ihre fünf Sinne beieinander haben? Und sind nicht diejenigen verrückt, die – angeblich – den Überblick über das Ganze besitzen und deshalb (?) meinen, es mit der Verkündung von irgendwelchen Phantasiezahlen „retten“ zu müssen? Mir scheint es ausgeschlossen zu sein, dass man sich zu den genannten Zahlen in ein Verhältnis der Anteilnahme oder des Interesses setzen kann. Soll ich etwa, nachdem die erste Billion durchgewunken worden ist, mir Sorgen machen, ob nicht noch eine zweite oder dritte Billion „erforderlich“ sein könnte? Es geht nicht! Mehr als Kopfschütteln und Mitden-Schultern-Zucken ist nicht drin. Das Missverhältnis zwischen den Zahlen und der handgreiflichen Realität ist derart grotesk, dass es keine Verhaltensweise mehr gibt, die dazu in einer irgend adäquaten Proportion stehen könnte.

Damit ist aber auch dem traditionellen Neidreflex, der in den sozialen Krisen früherer Zeiten eine bedeutsame Rolle gespielt hat, Boden entzogen worden. Das Gefühl, ausgeschlossen zu sein, der Wunsch, an dem „geschaffenen“ Reichtum angemessen beteiligt zu werden, hält sich bei diesem „Nullenrausch“ (Ulrich Beck) in Grenzen. Der Impuls nach Teilhabe funktioniert hier nicht mehr so recht. Auf der Klaviatur von Neid und Ressentiment ist zwar gespielt worden. Der eine oder andere Sozialdemokrat hat sich der alten Melodie „Ihr da oben – wir hier unten“ erinnert. Die Banker hätten sich in ihrer unermesslichen Gier verzockt – und jetzt müsse der „Steuerzahler“ in Anspruch genommen werden, um das System zu retten. Wie ungerecht! Die Banker sind schuld, sie sollen haften, sie sollen an die Kandare genommen werden. Aber wer glaubt schon, dass dies ein Heilmittel ist? Wer kann sich die Hände reiben, wenn der eine oder andere Banker ohne Abfindung zum Rücktritt gezwungen wird, wenn Ackermann und Co. auf karge 500.000 Euro Jahresgehalt gesetzt werden oder gar, wie Peter Sodann es sich wünscht, im Gefängnis landen? Kann man neidisch sein auf die Verrücktheit und die

Unzurechnungsfähigkeit? Der Impuls, der sich einstellt, geht eher in die andere Richtung. Man will mit dieser Absurdität nichts zu tun haben, man will sie los haben, man will vor allem nicht davon in Mitleidenschaft gezogen werden.

Und das scheint mir das historisch Neue an der gegenwärtigen Situation zu sein. Der Reichtum in Gestalt der gebuchten Billionen ist zu einer Absurdität und Lächerlichkeit geworden. Die Bewegung, die sich derzeit abzeichnet, geht nicht „hin“ zu diesem Reichtum, sondern „weg“ davon. Wir haben es mit einer Abkehrbewegung zu tun. Man zeigt, was noch nie da war, dem Reichtum die kalte Schulter und hält sich lieber, vielleicht mit etwas mehr Nachdruck als bisher, an die bescheidenen Dimensionen des Alltags. Wenn der durch elektronische Buchungsimpulse entstandene Reichtum in den letzten zwanzig Jahren hochgeschossen ist wie eine Rakete, dann möge diese Rakete, so wünschen sich viele, doch bitteschön weiter im Bild bleiben und dementsprechend im Weltraum verschwinden.

So sehr unrealistisch, wie es sich im ersten Moment vielleicht anhört, ist dieses Bild noch nicht einmal. Die als bloßes Buchgeld in den Depots und Konten geführten Wertsummen sollen sich zu dem weltweit in realer Produktion engagiertem Kapital in einem Verhältnis von 97 Prozent zu 3 Prozent befinden! Verglichen mit den Summen, die als „Kreditkrise“ im Feuer stehen, ist die reale Produktion also bloß ein Fingerschnippen, eine Angelegenheit der Portokasse. Liegt da nicht der Gedanke nahe, dass es sehr gut auch ohne diese 97 Prozent gehen könnte? Wenn das Geldhecken sich in einem solchen Ausmaß von der realen Produktion abkoppeln konnte, warum sollte diese den Spieß nicht umdrehen und sich ihrerseits, orientiert an realen Bedürfnissen, vom Geldmotiv freimachen können?

Für die meisten Menschen ist das Geld, das sie verdienen (oder durch den Beschluss einer von Frau Merkel angeführten revolutionären Körperschaft zugesprochen erhalten), bloßes Mittel, die mehr oder weniger nützlichen Dinge des täglichen Lebens zu erwerben. In dieser Funktion wird es nicht von heute auf morgen verschwinden. Die Millionen, die an den täglichen Einkauf gewöhnt sind, werden weiterhin „Geld“ ausgeben für Milch und Honig, Brot und Wein, Weißwurst und Bier. Die Frage ist, ob diese Dinge vorhanden sind. Dafür sorgt, so behauptet die Volkswirtschaftslehre, das Geld in seiner Kapitalfunktion, indem es die

Transformations- club der Streifzüge

120 Euro pro Jahr.

Details auf
www.streifzuege.org
oder auf Anfrage.

Ressourcen von Mensch und Natur in jene Zweige der Produktion lenkt, die unter dem Aspekt der Vermehrung des Geldes als lohnenswert erscheinen. Aber genau unter diesem Aspekt ist die Produktion von Dingen, die nichts weiter als real sind, in den letzten Jahrzehnten zum Problem geworden. Dank der ungeheuer gestiegenen Produktivität der menschlichen Arbeit sind solche Dinge nämlich im Übermaß vorhanden. Der Mensch als real existierendes Wesen hat den Fehler, dass er nicht mit fünf Autos gleichzeitig fahren und nicht mit zehn Handies gleichzeitig telefonieren kann. Seine *Multitasking*-Fähigkeiten sind beschränkt. Schon die Säuglinge bringen es nicht fertig, so oft in die Windeln zu machen, wie es das in der Windelproduktion angelegte Kapital für erforderlich hält. Für Geld, das die Pflicht hat, mehr zu werden, immerzu mehr, handelt es sich bei der Realität um einen Zustand von erstickender Enge. Mit dem Ruf nach *Freiheit* drängte es seit den achtziger Jahren hinaus aus der spießigen Welt der realen Bedürfnisse und wandte sich, je länger, je lieber, dem Kreditgeschäft zu, bei dem die bloße Fähigkeit des Glaubenschenkens den Eindruck macht, eine wertsteigernde Eigenschaft zu sein. Nachdem nun 97 Prozent des weltweit zur Verfügung stehenden Kapitals in dieser Anlagensphäre „beschäftigt“ sind, sich also damit zufrieden geben, in ihrer angeblich immer zunehmenden Werthaltigkeit *geglaubt* zu werden (lat. *creditum* = das Geglaubte), ist die Botschaft eigentlich klar. Das Kapital ist eine Phantasmagorie geworden. Es hat sich von all den produktiven Funktionen, die laut Adam Smith dem „Reichtum der Nationen“ dienlich sind, verabschiedet. Der seidene Faden ist gerissen, die Rakete ist der Schwerkraft der realen Produktion entkommen. Der Tatbestand muss sich nur noch herumsprechen und sozusagen offiziell eingestanden bzw. anerkannt werden.

Genau vor diesem Schritt, der eigentlich nahe liegt, scheuen die Regierungen der kapitalistischen Welt aber zurück, als sei er gleichbedeutend mit dem Weltuntergang. Dabei sind sie, und zwar nicht erst mit den kürzlich beschlossenen „Retzungspaketen“, längst schon selbst dabei, ihn zu tun. Nur eben heimlich, uneingestandenmaßen, indem sie behaupten, dass es sich bei dem von ihnen geschöpften Geld um „Schulden“ handelt – ein Wort, das der Alltagsverstand bekanntlich mit dem Gedanken der Rückzahlung verbindet. Weil das Geld anscheinend der Sinn schlechthin und als solcher ist, muss es der oberste Gesichtspunkt bei allen

Maßnahmen und Entscheidungen bleiben. Unsummen werden aufgewendet, nur um den Glauben aufrechtzuerhalten, dass die im Finanzsektor gebuchten Billionen tatsächlich Kapital und werthaltig sind. Aber woher kommen diese Unsummen? Welche Sicherheit steht hinter den staatlichen Garantieerklärungen und Bürgschaftversprechen? Keine andere als der bislang noch verbreitete Glaube, ein Meta-Glaube gewissermaßen, dass die gewohnten Einrichtungen und Handlungsmuster auch weiterhin funktionieren werden. Wir haben es mit einem Glaubenssystem zu tun, das uns versichert, auch weiterhin funktionieren zu können, sofern wir nur alle weiterhin daran glauben. Münchenhausen lässt grüßen. Genau genommen lautet die fromme Botschaft: Der Gegenstand Eures bis dato bewährten Glaubens, das Geld als Kapital, existiert – sofern Ihr nur weiterhin vertrauensvoll an seine unendliche Vermehrbarkeit in Gestalt von Zins und Rendite glaubt! Man kann es dem Papst nicht verdenken, wenn er den kapitalistisch beherrschten Menschen angesichts dieser Glaubensanstrengung, die ihnen abverlangt wird, den Rat gibt, sie möchten doch, wenn schon, dann richtig glauben – unter Einschluss des Ewigen Lebens.

Der Klotz ist ein Luftballon

Wer dagegen den Standpunkt des Diesseits einnimmt, wird diese Glaubensorgie als einen Klotz empfinden, als einen höchst überflüssigen Klotz am Bein der realen Produktion. Nehmen wir an, die reale Produktion verlangt nach einem Traktor. Der Bauer, der sich den Traktor auf die bislang übliche Weise beschaffen will, hat einiges Geld, benötigt aber zusätzlich einen Kredit von, sagen wir 10.000 Euro. Damit ihm die Bank auf seinen guten Ruf hin die 10.000 Euro vorstrecken kann, muss aber zuvor der Staat für das mehr als Dreißigfache an Einlagen (die 97 Prozent!), die die Bank in ihren Büchern stehen hat, „gebürgt“ haben! Denn ohne diese Bürgschaft gäbe es die Bank nicht mehr. Ohne Bank aber, so will es der Katechismus, kann der Bauer nicht zu seinem Traktor kommen – und um die Ernte im nächsten Jahr steht es schlecht. Sollte sich die Beziehung des Bauern zu seinem Produktionsmittel, dem Traktor, nicht einfacher gestalten lassen? Ist es wirklich so, dass wir die Produktion von jener in den Weltraum entschwundenen Rakete abhängig machen müssen? Dass wir mit dem Produzieren und Konsumie-

ren gar darauf warten sollten, bis sie zwecks Wiedererlangung der „Bodenhaftung“ aus dem luftleeren Raum der Phantasmagorie zurückgekehrt ist – die Zwischenzeit mit einer „Depression“ bringend, „die durch verlassene Werkbänke, verödete Vorortsiedlungen und ausgehöhlte Shopping-Center kraucht“, wie Gustav Seibt schreibt (SZ vom 21.10.08)? Nichts gegen das Veröden von Shopping-Centern oder das Abschalten des einen oder anderen Fernseh-Kanals – aber es sollte sein Maß doch an realen Bedürfnissen und nicht an irgendwelchen Phantasie-Renditen haben!

Momentan sieht es wahrhaftig so aus, dass ein ganzes Gebirge von Versprechungen und Glaubenssätzen aufgetürmt wird, nur um die Illusion aufrechtzuerhalten, dass die handgreifliche Realität immer noch mit jener Rakete in Verbindung steht. Damit die 3 Prozent zustande kommen können, müssen die 97 Prozent davor bewahrt werden, sich in Luft aufzulösen. Was für ein Aufwand! Was für ein gigantischer Klotz wird da zum Kreißen gebracht, bloß damit er uns gnädig die Maus der realen Produktion gebärt! Es ist höchste Zeit, dass endlich jenes Kind aus Andersens Märchen in Erscheinung tritt, das seinerzeit in aller Unbefangenheit feststellen konnte: „Aber der König ist ja nackt!“ Heutzutage wird es sagen: Aber in diesem Klotz ist ja nichts, das irgend von Wert wäre! Der Klotz ist ja ein Luftballon!

Ich denke, dass die Aufgabe der antikapitalistischen Opposition darin besteht, dieses Kind zu sein.

Drei weniger

Anfang November 2007 hatten wir 308 Abos, Anfang November 2008 305. Drei weniger also. Deswegen stürzt die Welt nicht zusammen und der Kapitalismus leider auch nicht, aber zweifellos hätten wir gerne mehr. Wir bitten unsere LeserInnen dieses Ergebnis entsprechend zu korrigieren und auch auf die allfälligen Spenden nicht zu verzichten. Die nicht unbedingt atemberaubende Dynamik an der Abfront ist auch mit ein Grund, warum wir (erstmal seit Herbst 2005) die Abogebühren wieder erhöhen müssen. Wir bitten dies nicht nur zu entschuldigen, sondern ausdrücklich zu unterstützen. F.S.

Weltmarktbeben

ÜBER DIE TIEFERLIEGENDEN URSACHEN DER AKTUELLEN FINANZMARKTKRISE (2. TEIL)

von Norbert Trenkle

Eine sichere Prognose darüber, welchen weiteren Verlauf der Krisenprozess nehmen wird, lässt sich nicht abgeben. Momentan ist unklar, ob die Zentralbanken und Regierungen mit vereinten Kräften den Mega-Crash an den Finanzmärkten samt seinen verheerenden Auswirkungen auf die gesamte Welt noch einmal werden aufschieben können. Sollte es gelingen, ginge dies jedoch nur über das Aufblasen einer neuen Finanzblase. Das wäre allerdings der blanke Hohn auf all diejenigen, die in der Kontrolle der Finanzmärkte die Lösung des Problems sehen. Zwar wird diese Forderung inzwischen von allen Seiten aufgegriffen, auch von bisherigen neoliberalen Hardlinern, frei nach dem Motto: Was schert mich mein Geschwätz von gestern. Doch in der Praxis wird der staatliche Eingriff auf das genaue Gegenteil hinauslaufen: im Wesentlichen darauf, die direkten Schäden zu begrenzen, die sich aus dem Platzen der Immobilienblase ergeben. Es ist bezeichnend, dass selbst der sozialdemokratische Populist Lafontaine dafür plädiert, kriselnde Banken staatlicherseits aufzufangen, weil er weiß, dass ein Zusammenbruch des Bankensystems verheerende Folgen für die gesamte Gesellschaft hätte. Natürlich schiebt er pflichtschuldig die Forderung hinterher, es müssten danach aber die Banken und Finanzmarktakteure besser kontrolliert werden. Doch ist das eine bloße Floskel, denn die faulen Kredite der Gegenwart können unter den gegebenen Umständen – wenn überhaupt – nur durch zukünftige Finanzmarktgewinne kompensiert werden. Dabei macht es dann keinen prinzipiellen Unterschied, ob ein Finanzmarktakteur staatlich oder privat ist, denn beide unterliegen gleichermaßen dem Zwang, „ihr“ Kapital gewinnbringend anzulegen und das geht unter den Bedingungen permanenter Überakkumulation nur in der Sphäre des Kredits und der Spekulation, weil die Spielräume für eine realökonomisch fundierte Kapitalverwertung beschränkt bleiben. Egal ob man diesen Zusammenhang nun erkennt oder nicht, in der Praxis setzt er sich durch. Deshalb wird den Regierungen und Zentralbanken gar nichts anderes übrig bleiben, als die monetären Schleu-

sen wieder weit zu öffnen. US-Regierung und Fed fahren ja bereits diesen Kurs.

Grundsätzlich gilt natürlich immer, dass Politik in ihrem Handeln durch den Zwang begrenzt wird, die kapitalistische Funktionslogik als solche nicht antasten zu dürfen. Ihrem Wesen nach bleibt jene auf die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten innerhalb dieser Logik beschränkt. Allerdings verändern sich die politischen Spielräume im geschichtlichen Verlauf. Sie werden geprägt und eingeschränkt durch einen historisch je spezifischen Möglichkeitsraum, der seinerseits von der blinden kapitalistischen Entwicklungsdynamik abhängt. Innerhalb dieses Möglichkeitsraums sind politische Entscheidungen und Weichenstellungen nicht determiniert, sondern ergeben sich aus dem Zusammenspiel verschiedener Faktoren, wie gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, internationalen Machtkonstellationen oder dem Konkurrenzgefälle am Weltmarkt; der mit dem Möglichkeitsraum gesetzte Rahmen jedoch liegt außerhalb des Zugriffs der Politik. Das gilt auch für den heute häufig verkündeten Fordismus. Trotz des relativ großen Regulierungspotentials in dieser Epoche hat die Politik den fordistischen Boom als solchen genauso wenig erzeugt, wie sie in der Lage war, sein Ende zu verhindern. Allerdings konnte sie bis zu einem gewissen Grad seine innere Verlaufsform beeinflussen und die vor allem in den Metropolen vorhandenen Verteilungsspielräume für den Aufbau einer ausgedehnten gesellschaftlichen Infrastruktur nutzen. In der Epoche der krisenkapitalistischen Globalisierung bietet sich ein spiegelverkehrtes Bild. Die Politik kann dem fiktiven Kapital nicht substantiell zu Leibe rücken, denn die beständige Aufblähung der Kredit- und Spekulationsblase ist Voraussetzung für den prekären Krisenaufschub und daher der unhinterfragbare Möglichkeitsraum ihres eigenen Handelns. Daher muss sie alles tun, um diesen Rahmen möglichst lange aufrechtzuerhalten; und dazu gehört neben geldpolitischen Maßnahmen auch der fortschreitende Raubbau an den „öffentlichen Gütern“, die ins Feuer der privaten Verwertung geworfen werden, um die kapitalistische Maschine noch eine Weile am Laufen zu halten.

Allerdings kann diese Politik die kapitalistische Krisendynamik als solche nicht stoppen. Vielmehr führt sie zu einer beständigen Reproduktion der ihr zugrunde liegenden Widersprüche auf immer höherem Niveau. Während die Masse an fiktivem Kapital, das vor der Entwertung geschützt werden muss, exponentiell anwächst (wie ein Blick auf das Wachstum der Finanzmärkte zeigt), steigt mit jeder Stufe des Krisenaufschubs der Druck auf die Gesellschaft und die große Masse der Bevölkerung, die gezwungen ist, sich unter immer prekäreren Bedingungen zu verkaufen. Dementsprechend werden die gesellschaftlichen Kosten einer erneuten Vertagung des großen Finanzkrachs erheblich sein. Zum einen ist mit einem gehörigen konjunkturellen Einbruch zu rechnen, der im Gegensatz zum aktuellen „Aufschwung“ mit Sicherheit „unten ankommen“ wird. Zum anderen wird die Aufblähung der Geldmenge eine zusätzliche Beschleunigung der Inflation und damit eine weitere Entwertung der ohnehin schon ständig schrumpfenden Massenkaukraft bewirken. Und schließlich wird sich die nächste Spekulationswelle vermutlich auf Rohstoffe, Nahrungsmittel und Agrartreibstoffe beziehen und deshalb ganz unmittelbar katastrophale Konsequenzen für weite Teile der Weltbevölkerung haben. Schon die horrenden Preissprünge bei Nahrungsmitteln in den letzten beiden Jahren sind zu einem erheblichen Teil darauf zurückzuführen, dass immer mehr institutionelle Anleger ihr Kapital in die Warenterminbörsen lenken. Wenn dieser Trend sich fortsetzt, ist eine regelrechte Preisexplosion, die den Hunger in der Welt vervielfacht, unvermeidliche Folge.

Nun wäre zwar auch hier die Aufblähung des fiktiven Kapitals nicht eigentliche Ursache der Katastrophe, doch würde sie (wie schon im Fall der Privatisierungswelle) als Vermittlungsinstanz und Transmissionsriemen des Krisenprozesses und der ihm inhärenten Ausschluss- und Prekarisierungstendenz fungieren. Die Gefahr ist daher groß, dass sich der dadurch erzeugte Unmut wieder nur gegen das Feindbild eines „gierigen“ Finanzkapitals richtet, dem die Schuld an der ganzen Misere zugeschoben wird. Umso wichtiger

bleibt es, gegen diese invertierte „Kapitalismuskritik“ mit ihrer offenen Flanke zum Antisemitismus Position zu beziehen. Das aber setzt neben der notwendigen Ideologiekritik auch eine fundierte Krisenanalyse voraus, die der verkehrten Wahrnehmung des kapitalistischen Funktionszusammenhangs den Boden entzieht. Freilich sollen damit die Finanzmärkte und die Spekulation nicht von der Kritik ausgenommen werden. Doch müssen sie stets als Teilmomente der fundamentalen kapitalistischen Krise verstanden werden, die als *Gesamtprozess* auf eine breitflächige Zerstörung der sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen hinausläuft.

Diese Kritik ist auch gegen die teils nostalgischen, teils populistischen Konzepte zur Wiederbelegung der keynesianischen Wachstums- und Regulationspolitik zu richten. Im Grunde wissen auch die Propagandisten dieser Konzepte selbst, dass es dafür unter den gegebenen Bedingungen keinerlei reale Spielräume mehr gibt. Denn das beweist sich regelmäßig dort, wo „linke“ Parteien mit entsprechenden Programmen an die Regierung kommen und dann genau das Gegenteil des Versprochenen in die Tat umsetzen; das gilt für die Berliner Stadtregierung nicht anders als für die verflossene „Mitte-Links-Koalition“ in Italien oder etwa die Lula-Regierung in Brasilien. Verrückterweise ist auch das Wählerpublikum größtenteils nicht einfach leichtgläubig und wird „betrogen“, sondern *will* mangels anderer Perspektiven daran glauben, dass eine Rückkehr zum keynesianischen Sozialstaat der Nachkriegszeit noch einmal möglich sein soll, obwohl es auf einer anderen Bewusstseinsebene durchaus weiß, dass dies nicht mehr geht. Das macht im Kern die schizophrene Stimmungslage aus, die sich etwa in einer breiten Zustimmung für klassische sozialdemokratische Forderungen (allgemeiner Mindestlohn, keine Bahnprivatisierung etc.) und hohe Sympathiewerte für die Merkel-Regierung äußert. Das Problematische an dieser Stimmung ist, dass sie in ihrem Schwanken zwischen immanent uneinlösbaren Wünschen und einer unkritischen Akzeptanz der kapitalistischen Strukturlogik, deren Überwindung undenkbar erscheint, höchst anfällig für die Identifikation von Sündenböcken ist, seien es nun die Hedgefonds, die US-Regierung, die Großkonzerne oder – in letzter wahnhafter Konsequenz – „die Juden“.

Es mag paradox klingen, aber gerade wenn man sich nicht der „Realpolitik“ und ihrem Sachzwangcredo ausliefern will, ist

Coitus non est

Die Leute bumsen nicht. „94 Prozent sind zu faul für den Sex“, heißt es in der U-Bahn-Gazette *Heute* vom 29. Oktober 2008. Das ist wohl wahr. Aber sind sie nun wirklich zu faul? Die Leute verzichten doch wohl nicht deswegen, weil sie nicht wollen, sondern weil sie nicht können. Ihr kapitalistischer Alltag macht das Selbstverständlichste unmöglich. In der Jugend vermag man sich mit einiger Energie noch darüber hinwegzusetzen, aber je älter man wird, desto schwieriger wird es, seinen Lüsten in befriedigender Weise zu frönen. Der Geschlechtsverkehr erscheint ganz einfach als zu anstrengend. Reifer Sex braucht Zeit um zelebriert zu werden, braucht ein Ambiente, braucht Muße, letztlich ist er ein Kunstwerk. Kein Wunder, dass unter solchen Voraussetzungen viele zu Surrogaten greifen und manche überhaupt ihre Bedürfnisse verdrängen und vergessen. Sie sind ihnen nicht gegönnt.

Der Großteil der Einschränkungen und Störungen ist aber nicht *dem* All-

es unerlässlich, die Grenzen der Politik in der gegenwärtigen krisenkapitalistischen Periode deutlich zu benennen. Nicht, um sie anzuerkennen, sondern als notwendige Orientierung für soziale Bewegungen und jene Teile der Gewerkschaften, die sich gegen den systematischen sozialen Raubbau, die fortschreitende Inwertsetzung aller Lebensbereiche, die zunehmende Prekariisierung und die damit verbundene Repression zur Wehr setzen. Lassen sie sich auf illusorische politische Perspektiven festlegen und in die Parteipolitik einspannen, bedeutet das nichts anderes als ihre Neutralisierung. Konzentrieren sie sich hingegen darauf, ihre Gegenwehr über die Grenzen partikularer Interessen, fragmentierter Lebensverhältnisse und diversifizierter Identitäten hinweg zu verbinden und so die durch den Krisendruck vorangetriebene Entsolidarisierung zu überwinden, können sie sich der parteiübergreifend betriebenen Abrisspolitik sehr wohl erfolgreich entgegenstellen.

Sollte allerdings die Politik des neuerlichen Krisenaufschubs scheitern, droht eine Weltwirtschaftskrise gewaltigen Ausmaßes, in der sich das in dreißig Jahren aufgestaute Krisenpotential entlädt. Massen-

tag an sich geschuldet, sondern der spezifischen Beschaffenheit ebendieses. Wenn die Leute permanent auf Trab gehalten werden und gestresst sind, sich als Leistungs- und Karriereidioten gegeneinander betätigen, dann bringen sie füreinander keine lustvolle Sinnlichkeit mehr zustande. Ihre Phantasien können sich nicht entwickeln, sie selbst wirken träge und müde. Anstatt dass sie es fröhlich treiben, sind sie Getriebene. Abzuschalten wird immer schwieriger.

Das Ficken, falls das schon aufgefallen ist, ist in seiner Grundbeschaffenheit kein Akt der Konkurrenz, sondern einer des Schenkens, gemeinhin Hingabe genannt. Wer dauernd hergenommen wird, kann sich freilich nicht mehr hingeben. Das ist übrigens auch eine der allerwichtigsten Motivationen, den Kapitalismus abzuschaffen, und zwar weil er das Sexuelleben systematisch zerstört. Gerade dessen Potenzen werden weit unter ihrem substanziellen Level gehalten. Diese fortwährende Erniedrigung der Menschen ist zweifellos eine veritable Katastrophe.

F.S.

2000 Zeichen

abwärts

hafte Unternehmens- und Bankenzusammenbrüche, vermutlich begleitet von einem gewaltigen Inflationsschub, wären die unmittelbare Folge. Es braucht keine große Phantasie, um sich die verheerenden Auswirkungen dieser Mega-Stagflation auf Staatsfinanzen, Sozialsysteme und die Lebensbedingungen der großen Bevölkerungsmehrheit auszumalen. Durchaus wahrscheinlich ist, dass unter diesen Bedingungen die Ideologie einer nationalpopulistischen Krisenverwaltung, wie sie ja schon lange nicht nur auf der rechten Seite des politischen Spektrums propagiert wird, an Zuspruch gewinnen wird. Wenn etwa der Publizist Jürgen Elsässer (derzeit bei der Zeitung *Neues Deutschland*) zur „nationalen Volksfront“ gegen das globalisierte Kapital und vor allem gegen das Finanzkapital (das er – wen wundert's – vorwiegend in den USA verortet) aufruft, dann mag das momentan noch etwas überdreht klingen. Doch steht es für eine Tendenz, die auf aggressive, nationalistische Abschottung nach außen und autoritäre Disziplinierung nach innen bei gleichzeitiger Mobilisierung antisemitischer Affekte hinausläuft. Freilich ist selbst unter Aspekten bloßer Krisenverwaltung angesichts

der ausgeprägten transnationalen Wirtschaftsverflechtungen eine Rückkehr zum weitgehend abgegrenzten Nationalstaat kaum denkbar. Wahrscheinlicher ist ein Zerfall der Weltwirtschaft in kontinentale Blöcke, ein Szenario, das in den politischen Machtapparaten und Think Tanks schon seit längerem durchgespielt wird. Ein starker Triebmechanismus in diese Richtung dürfte der absehbare Absturz des US-Dollars und der damit einhergehende Verlust seiner Weltgeldfunktion sein.

Eine Krisenlösung im eigentlichen Sinne des Wortes stellt ein solches mögliches Szenario allerdings auch nicht dar, sondern nur eine Form der Notstandsverwaltung. Keinesfalls hätte nämlich der Entwertungsschub den Charakter einer „Reinigungskrise“, in der durch das Hinwegfegen von Überkapazitäten und faulen Krediten die Grundlage für einen neuen selbsttragenden Akkumulationschub geschaffen würde. Denn die eigentliche Ursache der Krise, die Verdrängung lebendiger Arbeitskraft aus der unmittelbaren Produktion durch die Verlagerung der Produktivkraft auf die Ebene des allgemeinen gesellschaftlichen Wissenskomplexes und die damit einhergehende Untergrabung der Wertproduktion, wäre ja nicht beseitigt. Auch weiterhin müsste jede Produktion auf dem durch die neuen I+K-Technologien gesetzten Produktivitätsniveau ansetzen oder sich an diesem messen lassen, während gleichzeitig der Produktivitätswettbewerb weiterginge. Auf niedrigerem Niveau von Wertproduktion würde sich also die Situation permanenter Überakkumulation sofort wiederherstellen, einschließlich des Zwangs zur erneuten Aufblähung des fiktiven Kapitals. Somit käme es zu einer Reproduktion der Widersprüche des bisherigen Krisenverlaufs unter erheblich verschärften ökonomischen und sozialen Bedingungen. Die entscheidende Frage wird dann sein, ob es gelingt, aus dem Widerstand gegen die Schwerkraft des Krisenprozesses heraus eine emanzipatorische Gegenmacht zu entwickeln, die eine Aneignung des gesellschaftlichen Zusammenhangs jenseits der kapitalistischen Verwertungslogik zum praktischen Programm erhebt.

Anmerkungen

- 1 Lafontaine hat Josef Ackermann ironisch die Mitgliedschaft in der Linkspartei angetragen, weil dieser angesichts der Finanzkrise einen staatlichen Eingriff in das Bankensystem gefordert hat (Netzeitung, 20.3.2008).
Tatsächlich verweist das aber nur darauf, dass

in der Krisenverwaltung letztlich alle Parteien an einem Strang ziehen.

- 2 Deshalb ist es auch lächerlich, wenn nun den Landesbanken ihre Verluste aus der Immobilienspekulation vorgeworfen werden. Sie haben nur das gemacht, was im Boom jeder von ihnen erwartete: „ihr“ Geld möglichst gewinnbringend anzulegen. Hätten sie dies nicht getan, wären sie mit Sicherheit von den gleichen „Experten“ für ihre „falsche Übervorsicht“ angegriffen worden, die nun angesichts der hohen Verluste „Skandal“ schreien.
- 3 Allerdings zeichnet sich auch ein Interessenkonflikt zwischen den USA und der EU ab, der die Krisendynamik möglicherweise beschleunigen könnte. Während die USA in gewohnter Weise die Zinsen herunterprügeln und in Windeseile ein staatliches Konjunkturprogramm in Höhe von rund 150 Mrd. US-Dollar aufgelegt haben, stellen die europäischen Regierungen und die EZB den Aspekt der Inflationsbekämpfung in den Vordergrund und weigern sich daher die Zinsen abzusenken. Dabei wird das einigermassen alberne Argument bemüht, die Krise finde ja wesentlich in den USA statt, in Europa hingegen sei die Konjunktur stabil, ganz so, als hinge beides nicht engstens zusammen. Im Effekt

könnte dies dazu führen, dass der Dollarkurs noch weiter abstürzt und damit die USA ihre Rolle als Konsummotor der Weltwirtschaft verlieren. Dann freilich würde sich der jetzt von EZB und EU-Regierungen verdrängte Zusammenhang gewaltsam durchsetzen.

- 4 Zur Analyse dieses Mechanismus vgl. Ernst Lohoff: Out of Area – Out of Control, in: Streifzüge Nr. 31 und 32, Wien 2004.
- 5 So haben sich beispielsweise große Teile der italienischen Anti-Globalisierungsbewegung und Sozialforen in die „Rifondazione Comunista“ einbinden lassen und sind durch deren Beteiligung an der Prodi-Regierung ganz erheblich geschwächt worden.
- 6 In Wirtschaftskreisen wird mittlerweile sogar die Rückkehr zum Goldstandard wieder ernsthaft diskutiert, was u.a. auf eine völlige Entwertung der in den letzten Jahrzehnten aufgehäuften Dollarforderungen hinausläufe: „Wenn nichts mehr geht und niemand mehr den weichen Dollar haben will, macht Amerika einen Schnitt und koppelt seine Währung an das in Fort Knox aufgehäuften Gold. Der Rest der Welt, der durch den Kauf von US-Devisen die US-Schuldenmacherei finanziert hat, schaut in die Röhre“ (Wirtschaftswoche 18.2.2008, S. 134).

2000 Zeichen

abwärts

Frühstück mit Debord

War, wie hätte es anders sein können, immer etwas Besonderes. Trotzdem, es gibt Vormittage, wie er sagte, die ergreifend, aber mühsam sind. Denn, wenn ihm nichts blieb als die Pflicht, allen seinen Vorlieben ohne Einschränkungen nachzugehen, so erfüllte er diese getreulich. Von Anfang an im Bewusstsein, dass wir nie wieder so jung trinken würden, sagte er. Und so ging unsere Jugend so unwiederbringlich verloren, sagte er, als wir einige Gläser tranken und es gewiss war, dass wir niemals etwas Besseres tun würden. Weder er noch die, die mit ihm tranken, haben sich auch nur einen Augenblick lang ihrer Exzesse geschämt. Wir hatten an der Festtafel des Lebens Platz genommen, sagte er.

Was ich, sagte er, von den wenigen Dingen, die ich mochte und auch beherrschte, am besten beherrschte, war das Trinken. Obwohl ich ausgesprochen viel gelesen habe, habe ich noch mehr getrunken. Ich habe zwar viel weniger geschrieben als die meisten, die schreiben, sagte er, aber viel mehr

getrunken, als die meisten, die trinken. So sagte er, der auch sagte, was nun dieses Ding, die Gesellschaft des Spektakels, betrifft, so wird man, wenn man es zu lesen geruht, sehen, dass ich die fünfzehn Jahre, die ich mit dem Studium über die Vernichtung des Staates zugebracht habe, weder verschlafen noch vertändelt habe. Es ist eine Tatsache, sagte er, dass ich oft mehrere Monate lang ständig betrunken war und auch in der übrigen Zeit viel trank.

Er war es auch, der vom unausweichlichen Zusammenbruch der Städte der Illusion sprach. Die Tage dieser Gesellschaft sind gezählt; sagte er, ihre Gründe und Verdienste wurden gewogen und für zu leicht befunden; ihre Bewohner haben sich in zwei Lager geteilt, von denen eines will, dass diese Gesellschaft verschwindet. Und ich habe jedenfalls bestimmt so gelebt, wie ich gefordert habe, dass man leben müsse, sagte er.

Doch genau so, wie es keinen tiefen Grund für den Beginn dieser schlecht gestalteten Botschaft gab, gibt es auch keinen für ihr Ende.

R. T.

Rausch mit Rechnung!

THESEN ÜBER DIE DIMENSIONEN DES RAUSCHES IM KAPITALISMUS

von Christoph Wendler

Mühsal prägt das Leben des *homo oeconomicus*. Nur zwischendurch wird dem doppelt freien Individuum eine Verschnaufpause gegönnt, ohne die es die Ware Arbeitskraft nicht regenerieren, geschweige denn erneut auf dem Markt verkaufen könnte. Und doch ist diese Freizeit nicht frei. Sie, die vermeintliche Untätigkeit, ist, wie einst Guy Debord betonte, „mitnichten von der Produktionstätigkeit befreit: sie hängt von ihr ab, sie ist unruhige und bewundernde Unterwerfung unter die Erfordernisse und Ergebnisse der Produktion; sie ist selbst ein Produkt von deren Rationalität. Außerhalb der Tätigkeit kann es keine Freiheit geben, und im Rahmen des Spektakels wird jede Tätigkeit verneint, genauso wie die wirkliche Tätigkeit vollständig für den globalen Aufbau dieses Ergebnisses aufgefangen worden ist. Daher ist die heutige ‚Befreiung von der Arbeit‘, die Ausdehnung der Freizeit, keineswegs Befreiung in der Arbeit oder Befreiung einer durch diese Arbeit geformten Welt.“ (Debord 1996; 24f.)

Auch die Betätigung in der Freizeit ist nicht unabhängig vom gesellschaftlichen Ganzen. Selbst der wie auch immer gearbete „Rausch“ stellt keine Ausnahme dar. So wie die Freizeit zur Reproduktion der Arbeitskraft und zur Konsumtion dient, so ist auch die Berausung kein bloßer Gegenpart zum öden Arbeitsalltag, sondern ihm im Grunde dienlich; mit Horkheimer und Adorno gesprochen: „Amusement ist die Verlängerung der Arbeit unterm Spätkapitalismus.“ (Horkheimer/Adorno 2003; 158) Dies zu zeigen, ist mein Anliegen: „Rausch“ und „Rechnung“, die zwei zentralen Begriffe des Aufsatzes von Martin Scheuringer („Rausch ohne Rechnung“, in: *Streifzüge* 43), auf den sich meine Kritik bezieht, sind keineswegs zwingende Gegensätze, sondern zwei Seiten ein und derselben Medaille, nämlich: der kapitalistischen Konstitution.

„Es ist erschreckend aber wahr / Die Dürftigkeit in die wir Jahr für Jahr / In allen Lebenslagen lebenslanglich / sozusagen eingeschlossen sind // Wird mehr und mehr und mehr und

mehr / Wird mehr und mehr und mehr und mehr / Und unerträglicher“ (Tocotronic, 1999: „Das Unglück muss zurückgeschlagen werden“)

Die Funktionalität des beschädigten Rausches...

Die Anforderungen, die einem der gesellschaftliche Zusammenhang tagtäglich stellt, die Monotonie des Alltags, aber auch die Events des Spektakels ziehen nicht spurlos vorüber. Ihnen entwächst die Sehnsucht nach einer Auszeit. Als besonders verlockend entpuppt sich eine Situation, die sich ganz allgemein als „Rausch“ charakterisieren lässt. Dessen Ausprägungen sind uns allen bekannt, weshalb ich vorerst auf einer allgemeinen Analyseebene verweilen möchte, um ein paar seiner grundsätzlichen Dimensionen im Kapitalismus darzulegen. Nähern wir uns der Berausung entsprechend abstrakt an, dann erkennen wir Folgendes:

Der Reiz des Rausches ist seine Unreflektiertheit, seine Blauäugigkeit. Oft mündet er in ein Sich-Gehen-Lassen, bei dem dann kein Gedanke mehr an die Umstände verschwendet wird, schließlich will der Moment in vollen Zügen genossen werden, die Person um sich herum „alles vergessen“ (Scheuringer, S. 11), um sich von Kopf bis Fuß „dem lustvollen Bann“ (S. 8) hinzugeben. Das gleicht einer Kapitulation – trotz aller Euphorie jedoch in keinem erfreulichen Sinne.

Die Sehnsucht, blindlings einem Gefühl zu folgen, ist bezeichnend. Hier kommt die verquere Subjektconstitution in der Warengesellschaft zum Vorschein: das Erfordernis immer rational kalkulieren zu müssen, um zu überleben, und zugleich dabei materiell, ideologisch usw. massiv beschränkt zu sein. Dieses Auseinandertreten von Wollen und Können wird als Mangel erfahren. Das betroffene Individuum versucht – bewusst oder unbewusst – die Enge seiner Existenzbedingungen abzustreifen; ohne jedoch auf die Idee zu kommen, an den ihr zu Grunde liegenden gesellschaftlichen Verhältnissen zu rütteln. Das „stahlharte“, „faktisch unabänderliche Gehäuse“ (vgl. Weber 2004; 203f.) bleibt dank Verblendungszusam-

menhang unreflektiert. Vielmehr soll der Rausch im Hier und Jetzt, und sei es auch nur für einen kurzen Augenblick, Abhilfe schaffen. Aus diesem Grund gibt es allzu viele, die sich allzu gerne in ihm (auf)gehen lassen; zumindest solange seine trügerische Wirkung dauert. Kurzum, die Berausung erscheint als Einlösung eines Glücksversprechens; ist sie aber nicht.

So irrational Rausch sein kann, als so funktional kann er sich erweisen. Er erfüllt im Kapitalismus eine gewisse Aufgabe: Er hilft das „beschädigte Leben“ (Adorno 2008) zu überstehen. Er gibt den Individuen für einen Moment das Glücksgefühl zurück, das ihnen sonst laufend verwehrt wird. Außerdem – so ließe sich angelehnt an Wilhelm Reichs Überlegungen sagen – dient er der Sublimierung unterdrückter Bedürfnisse und sexueller Triebe (vgl. Reich 2004). So ist in diesem Kontext der Verweis auf Sexualität, der häufig als Vergleich herangezogen wird, alles andere als ein bloßer Zufall. Auch zeigt er, dass es notwendig ist zu differenzieren: Rausch ist nicht gleich Rausch!

Jede Berausung hat andere Qualitäten und Quantitäten, sprich Form, Maß und Art divergieren. Zum Beispiel lässt sich Ficken mit dem „begeisterten Zuschauen“ (Scheuringer, S. 8) auf der konkreten Ebene nicht vergleichen oder gleichsetzen. Das, was beides nur vergleichbar macht, ist quasi der abstrakte „Tauschwert“ des Rausches, da dieser eine gewisse Funktion erfüllt. Dank seiner diversen Ventilfunktionen hält er die Individuen am Laufen und stabilisiert damit gleichzeitig die gegebenen Verhältnisse. Kurzum, er ist von Nutzen; und als *funktional* zu bezeichnen. Ist dies nicht der Fall, so wird die Berausung gesellschaftlich entsprechend sanktioniert. Dies ist nicht zuletzt vor allem dann der Fall, wenn sie der kapitalistischen Verwertung schadet. *Dysfunktionaler* Rausch ist ungünstig für die vorherrschende Produktions- und Lebensweise. Infolgedessen ist insbesondere auf Ebene des Einzelkapitals eine übermäßige Berausung unerwünscht. Alkoholkonsum stellt bspw. so lange kein Problem dar, solange er sich in der Freizeit bzw. in kontrollierten oder kontrollierbaren Bahnen bewegt. „Koma-Saufen“ gilt hingegen als

maßlos übertrieben, Alkoholismus gar als zu heilende Krankheit.

Anhand von weiteren Fallbeispielen ergibt sich sodann ein differenzierteres Bild. Viele Formen der Berausung sind gesetzlich verboten oder gänzlich verpönt. Selbst die Verwendung von leistungssteigernden Mitteln wird nur selten geduldet, wie im Musik- und Showbusiness (vgl. Dany 2007). Der aktive Einsatz derselben beschränkt sich auf den Ausnahmezustand. Manche Formen des Rausches sind also ins Private abgedrängt. Werden sie öffentlich, so ist eine Skandalisierung nur mehr eine Frage der Zeit; von „Rauschgift“ ist dann die Rede.

Zum legalistischen Diskurs kommt noch die gesundheitliche Dimension hinzu. Mancher Rausch ist schädlich und somit kontraproduktiv, sowohl für das vernunftbegabte Individuum als auch in Hinblick auf dessen Verschleiß am Arbeitsplatz. Genau hier setzt der aktuell um sich greifende Gesundheitswahn in Zeiten zunehmender Prekarisierung an. Er weist den Rausch schon von vornherein in seine Schranken, denn warum sollte ausgerechnet in der Freizeit die eigene Selbstvermarktung dermaßen leichtsinnig aufs Spiel gesetzt werden, schließlich ist die schrittweise Zerstörung des Körpers der Arbeitswelt vorbehalten!

Wie unschwer zu erkennen ist, wäre daher in den meisten Fällen wohl eher von einer *gradueller Funktionalität des Rausches* zu sprechen, die je nach Blickwinkel variiert. Darüber hinaus sind die gesellschaftlichen Funktionen keineswegs mit den individuellen identisch. Gewisse Rausche können den reibungslosen Ablauf stören, die konformistische Unterordnung, den Verkauf der Ware Arbeitskraft, das Abpressen von Mehrwert und in Folge die Akkumulation von Kapital beeinträchtigen, weshalb sie staatlich reglementiert werden. Die kulturindustrielle Bearbeitung der Bedürfnisse entschärft die Widersprüche, lenkt sie in harmlose Bahnen und bietet entsprechende Surrogate des Glücks an.

Der Rausch und sein Bedarf sind folglich keine ahistorischen Größen; Beschaffenheit und Ausdrucksform ebenso wenig. Von entsprechender Bedeutung ist gegenwärtig daher die kapitalistische Vergesellschaftung. Das ist trivial, soll aber erwähnt werden, um damit der Verklärung des Rausches einen ersten Riegel vorzuschieben. Es ist die vorherrschende Lebensweise, also die Art und Weise, *wie* der Mensch als bürgerliches Konkurrenzsubjekt sein Leben fristen muss, die das *heutige* Bedürfnis nach

solch berauschten Situationen überhaupt erst hervorbringt. Wer daher ein emanzipatorisches, befreiendes Potenzial im Rausch zu erkennen meint (Scheuringer, S. 11), lässt diesen Aspekt außer Acht. Damit möchte ich weder jede Form des Rausches diskreditieren, noch irgendwem das „Recht auf Rausch“ oder eine berauschte Auszeit absprechen. Auch heißt das nicht, dass jeder Rausch und sein zugrunde liegendes Bedürfnis automatisch und ausschließlich dem Kapitalverhältnis entspringt oder von ihm zur Gänze determiniert ist. Es gilt lediglich im Hinterkopf zu behalten, dass Rausch per se weder gut noch schlecht ist, sondern im Hier und Jetzt affirmativ sein *kann*, sofern er ein Mindestmaß der besagten Kriterien erfüllt.

Rausch ist weder zwingend ein störender Faktor noch ein unberührter Ausdruck irgendeiner individuellen Leidenschaft. Er wird nicht bloß von irgendeiner „Rechnung“ (der Geldvergesellschaftung) usurpiert, die sich gleichsam parasitär auf ihn stürzen würde. Rausch entspringt ebenso dem Status quo! Die Kulturindustrie bedient sich nicht bloß an vorhandenen Bedürfnissen, sie bringt diese selbst immer wieder erneut hervor, wohlweislich in genehmer Art und Weise und stabilisiert so die strukturellen Bedingungen. Das Spektakel wiederum kanalisiert die Sehnsüchte und ermöglicht dadurch ihre systemkonforme Entladung. Die Berausung lässt sich daher nicht so ohne Weiteres gegen gesellschaftliche Zwänge und Normen ausspielen. Auch hebt ihre gewisse Irrationalität die bürgerliche Rationalität nicht einfach auf. Der Rausch ist und bleibt Teil des falschen Ganzen, solange dieses fortbesteht!

... und seine konkreten Erscheinungsformen

Rausch lässt sich also zum einen von seiner potenziellen Funktionalität her bestimmen. Zum anderen hat er sehr heterogene Inhalte. Ich werde nun auf ein konkretes Beispiel eingehen, auf das „Mitfiebern“ beim Fußball, das gemeinhin als positives Erlebnis wahrgenommen wird, ohne seine konkrete Beschaffenheit jenseits des unmittelbaren Glücksgefühls zu analysieren.

Hier findet nicht nur das berauschte Mitgehen alleine statt, sondern zugleich die irrationale Identifikation mit einem Kollektiv, der Mannschaft, an deren Erfolg sich der fanatische Fan entweder aufgeilt oder an deren sportlichen Niederlage er/sie mitleidet. Im speziellen Fall des

Ländermatches repräsentiert das Kollektiv sogar die Nation, für die dann die Daumen gedrückt werden. Dabei wird nicht zu vielleicht – sportlich gesehen – besseren SpielerInnen gehalten, die konsequentere Spielpraxis und dgl. beurteilt, sondern mit der „eigenen“ Mannschaft mitgefiebert, also aufgrund nationalistischer Ressentiments in primitiven In- und Exklusionsschemata gedacht. Selbst die Sprache nimmt dann entsprechende Züge an. Sie wird dabei nicht nur narzisstisch – eine Schicksalsgemeinschaft wird konstruiert. Phasenweise mutiert die Sprache gar zum Jargon, wenn bspw. in Ekstase hinausposaunt wird, dass „unser“ Stürmer das Führungstor erzielt. (S. 8)

Wie aus dem Text ebenfalls hervorgeht, spielt hier der Wunsch des Ineinander-Aufgehens eine Rolle. Ein Bedürfnis also, das sonst beim Lieben stark präsent ist. (Daher mein Verweis vorhin auf die diesbezügliche Sublimierungsfunktion des Rausches.) Doch abgesehen von der sexuellen Energie, die sich hier teils versteckt widerspiegelt, gilt es die Identifikation selbst zu beleuchten. Im Unterschied zum Sex, wo sich die Sehnsucht nach dem Eins-Sein auf ein einzelnes Individuum oder auch auf mehrere (zugleich aber auf ihre Individualität) richtet, ist sie hier, im Falle einer Großveranstaltung auf etwas völlig anderes fixiert: auf eine Masse. Ihr möchte der Fan sich hingeben; und tut es auch. Nicht nur in ihr, sondern schon bei ihrem bloßen Anblick macht sich, wie Freud in der „Massenpsychologie“ festhält, eine „bei jedem Einzelnen hervorgehobene Steigerung der Affektivität“ (Freud 2005; 47) bemerkbar. Die Unmittelbarkeit und gemeinsame Emotionalität wird hypostasiert. Daraus speist sich die Libido, denn für die Beteiligten ist es eine gennussreiche Empfindung, „sich so schrankenlos ihren Leidenschaften hinzugeben und dabei in der Masse aufzugehen, das Gefühl ihrer individuellen Abgrenzung zu verlieren“. (ibid; 48)

Das Mitfiebern mit der Masse stellt im Vergleich zum direkten Involviert-Sein eine abgemilderte Form der Berausung dar. Die Faszination zielt ebenso auf den Wunsch auf Verschmelzung (mit dem Kollektiv und seinen Emotionen) ab, bleibt jedoch aufgrund räumlicher Distanz imaginär. Nichtsdestotrotz sind die Vorgänge im einzelnen Individuum sehr ähnlich. Eine Gefühlsansteckung ist das bezweckte Resultat. „Dann schweigt die Kritik des Einzelnen, und er lässt sich in denselben Affekt gleiten.“ (ibid; 48) Die betroffene Person taucht in den neuen berauschten

Aggregatzustand ein. Das *Es* gewinnt folglich die Überhand und das *Ich* sagt: „Ich will voll und ganz im Geschehen stehen, nicht aber eine reflexive Position außerhalb des Banns einnehmen.“ (Scheuringer, S. 8) Kein Wunder, dass der verbliebene Rest an Vernunft dann als störend empfunden wird. Das ist nur konsequent; und eine logische Folge der affektiven Aufladung. Dementsprechend eng liegen rascher Rausch und Raserei beisammen. Denn dort, wo das Reflexionsvermögen aufhört, fängt ihr Potenzial an. Nachrennen statt Nachdenken lautet die Devise.

In der Masse kommt der Affekt dann erst so richtig zu sich und wird unkontrollierbar. Unter anderen Bedingungen kann er kaum zu solcher Höhe anwachsen (vgl. Freud 2005; 48). Im Extremfall wird die Masse zum Mob, zu einer gefährlichen „Hetzmasse“ (Canetti 2006; 54). Doch angelegt ist diese bereits im Wunsch nach dem Abschalten der Selbstreflexion. Das *Sich-Gehen-Lassen-Wollen* deutet den ersten Schritt in diese Richtung, den Anfang vom Ende des reflexiven Denkens an. Wer daher den „Jubel ohne Dazwischentreten [sic!] einer freien Entscheidung“ affirmiert und „solche von der schweren Last des reflexiven Denkens erleichterte Momente“ (Scheuringer, S. 8) feiert, die einem angeblich die böse „Aufklärung und vorher schon das Christentum madig machen wollten“ (S. 11), gießt so gesehen Öl ins Feuer. Schmerzlich sticht die Nähe zur gegenaufklärerischen Ideologie ins Auge, wenn eine Regression auf einen mutmaßlich natürlicheren und vermeintlich von Zwängen freieren Zustand herbeigesehnt wird.

Um Missverständnissen zuvorzukommen: Fühlen und Denken sind deshalb noch lange kein zwingender Gegensatz, und im Gegenzug darf nicht einfach die „instrumentelle Rationalität“ beschworen werden. Sie und nicht der bloße Affekt machte damals die industrielle Massenvernichtung erst möglich. Im Falle des Mitfiebers aber droht die Emotion über die Vernunft zu triumphieren und in Barbarei umzuschlagen, schließlich verspricht sie in den Augen des Berauschten „den wunderbaren animalischen [sic!] Genuss: das Eintauchen in das Objekt, die Ausschaltung der nervenden [sic!] Rationalität.“ (S. 11) Er, der mit den Wolf tanzt, fällt hinter Hobbes zurück!

Bezeichnenderweise führt die Sehnsucht nach dem Rausch so wie das Verlangen nach Identifikation (ob mit einer Masse oder einer idealisierten Persönlichkeit) die Einsamkeit und Vereinzelung des

Individuums in der kapitalistischen Gesellschaft deutlich vor Augen; jedoch nicht dem betroffenen Subjekt selber, da es zum Objekt seiner eigenen Begierden wird. Ansonsten würde es andere Wege wählen als primär den berauschten, sprich: nicht nur begehren, sondern aufbegehren.

Anyway. Es ist wichtig, das eigentliche Ziel nie aus den Augen zu verlieren, nämlich gesamtgesellschaftlich, also für jedes einzelne Individuum gleichermaßen (und nicht in egoistischer Manier), ein glückliches Leben anzustreben. Darüber hinaus gilt es, den Rausch in keinsten Weise zu idealisieren, sondern ihn nüchtern als das zu betrachten, was er in dieser Gesellschaft in Wahrheit überwiegend ist: eine Ausflucht, keine Lösung. Der schwache Trost, der vielleicht bleibt, ist, dass es im Grunde „kein richtiges Leben im falschen“ (Adorno 2008; 19) geben kann und sich dieses gelegentlich mit Rausch leichter überstehen lässt als ohne. Damit ist freilich im Umkehrschluss keineswegs jeder Form des Rausches ein Persilschein ausgestellt, denn zwischen ihnen zu differenzieren, bleibt einem nie erspart: Manche sind und bleiben objektiv reaktionär, wie z.B. das Mitfiebern mit einer Nation. Weiters entlässt die frustrierende Realität noch lange nicht die handelnde Person, die sich dem Rausch hingibt, aus ihrer Verantwortung. Zum anderen stellt die Berauschung immer eine prekäre Gratwanderung dar, bei der permanent das Abrutschen in eine Apologie der vorherrschenden Totalität droht, denn: „Vergnügtsein heißt Einverständnis. Es ist möglich nur, indem es sich gegenüber dem Ganzen des gesellschaftlichen Prozesses abdichtet, dumm macht und von Anbeginn den unentrinnbaren Anspruch jedes Werks, selbst des niedrigsten, widersinnig preisgibt: in seiner Beschränkung das Ganze zu reflektieren. Vergnügen heißt allemal: nicht daran denken müssen, das Leiden vergessen, noch wo es gezeigt wird. Ohnmacht liegt ihm zu Grunde. Es ist in der Tat Flucht, aber nicht, wie es behauptet, Flucht vor der schlechten Realität, sondern vor dem letzten Gedanken an Widerstand, den jene noch übrig gelassen hat. Die Befreiung, die Amusement verspricht, ist die von Denken als von Negation.“ (Horkheimer/Adorno 2003; 167)

„Selbst wenn wir beisammen sitzen /
In unsrem Lieblingsbrauereilokal /
Dann sollten wir wissen / Dass mit
jedem Bissen / Den wir wie von Sinnen /
Nahezu herunterschlingen / Ehe wir
uns versehen / Unser Stolz und unsre
Würde verloren gehen / Und die All-

täglichkeit / Die man uns jederzeit /
Aus vollen Fässern zapft / Macht uns
nicht mehr betrunken, sondern vielmehr
bewusst / Dass das Unglück überall
zurückgeschlagen werden muss“
(Tocotronic, 1999: „Das Unglück
muss zurückgeschlagen werden“)

Der Rausch re-/präsentiert die Rechnung

Aus diesen Überlegungen lassen sich zusammenfassend folgende Schlüsse ziehen: Rausch ist eine Flucht, die zum Fluch werden kann. Im Hier und Jetzt bleibt er der kapitalistischen Vergesellschaftung verhaftet. Auch wenn er als Erlösung aus der teils unerträglichen Alltäglichkeit erscheint, eine Lösung ist er nicht! Im Gegenteil, seine reflexionsfeindliche Beschaffenheit ist alles andere als harmlos, der Effekt des Affekts, das Sein ohne Bewusstsein unter Umständen sogar gefährlich. Und selbst das Vergnügen entpuppt sich schlussendlich als trügerisch: „Fun ist ein Stahlbad. Die Vergnügungsindustrie verordnet es unablässig. Lachen in ihr wird zum Instrument des Betrugs am Glück.“ (Horkheimer/Adorno 2003; 162) So gesehen erscheint der ernüchternde Kater nach einem exzessiven Rausch geradezu als Warnung vor dem Ausbleiben des Marxschen kategorischen Imperativs, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“. (Marx 1844; 385)

Literatur

- Adorno, Theodor W. (2008), *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*, Frankfurt a.M.
- Canetti, Elias (2006), *Masse und Macht*, Frankfurt a.M.
- Dany, Hans-Christian (2007), *Speed. Eine Gesellschaft auf Droge*, Hamburg.
- Debord, Guy (1996), *Die Gesellschaft des Spektakels*, Berlin.
- Freud, Sigmund (2005), *Massenpsychologie und Ich-Analyse / Die Zukunft einer Illusion*, Frankfurt a.M.
- Horkheimer, Max / Adorno, Theodor W. (2003), *Dialektik der Aufklärung*, Frankfurt a.M.
- Marx, Karl (1844), *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie*, in: MEW 1 (1976), Berlin.
- Reich, Wilhelm (2004), *Die sexuelle Revolution*, Frankfurt a.M.
- Weber, Max (2004), *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*, München.

Fortschritt

von Roger Behrens

Die vollends zur Ideologie geronnene Idee des Fortschritts hat in jener Phase des bürgerlichen Zeitalters ihren Ursprung, in der es dem Bürgertum selbst noch möglich schien, das historische Projekt einer universalen Humanisierung der Welt in seiner Fassung – eben der bürgerlichen – realisieren zu können. Der Begriff des Fortschritts bezieht sich dabei auf ein Modell von Geschichte, die insofern *modern* verstanden wird, als dass sie in einem kontinuierlich die Gegenwart aktualisierenden Bewusstsein auf die Zukunft hinsteuert: Die Vergangenheit zählt nur im geschichtslogisch erkannten Verhältnis zur fortschreitenden Gegenwart, in der sich das zukünftige Ziel der Geschichte immer mehr ankündigt. In der Geschichtsphilosophie Hegels wird das als Teleologie dargestellt: eine historische Zielrichtung, nach welcher – in dialektischen Sprüngen – die Gesellschaft notwendig, weil logisch, orientiert ist. Insofern war das bürgerliche Zeitalter revolutionär: weil in der revolutionären Idee des Fortschritts die radikale Weltveränderung zugleich mit der Erneuerung verbunden wurde. Anders gesagt: Historischer Fortschritt ist jene Veränderung, bei der in der Geschichte etwas Neues eintritt.

Mit Marx wird das Neue im Geschichtsbegriff selbst progressiv durch die materialistische Aufhebung der idealistischen Philosophie eingeschrieben: die Revolution wird zur wirklichen Bewegung, zur Praxis, der gegenüber alle bisherige Geschichte, weil sie eben nicht *wirkliche* Bewegung ist, als Vorgeschichte erkennbar wird; und das Neue ist dann die Geschichte selbst. Sie ist nicht nur Kommunismus, weil der Mensch sie selbst bewusst und selbstbewusst macht, sondern weil mit ihr und durch sie der Mensch überhaupt erst als Mensch hervortritt. Marx' historischer Materialismus zeigt indes aber auch, weshalb die bürgerliche Gesellschaft aus sich heraus diesen realen Humanismus weder verwirklichen noch aufheben kann: weil nach einfacher materialistischer Einsicht die Welt eben nicht von guten Ideen abhängt, sondern von den schlechten Verhältnissen; und in diesen ist der Fortschritt von Anfang an gebrochen, nämlich bloß die Durchsetzung der Kapitallogik, nach der Fortschritt tat-

sächlich nur noch als Idee erkennbar beziehungsweise schließlich als Ideologie zu behaupten ist.

Die bürgerliche Gesellschaft, die schon im neunzehnten Jahrhundert ideologisch an ihrer eigenen Idee des Fortschritts scheitert (weil diese im fortschreitenden Kapitalismus gar nicht realisiert werden kann, wenngleich sich aber umgekehrt ohne Weiteres der Kapitalismus mit der Fortschrittsidee legitimieren lässt), versucht den gesamten Komplex der Ideen und Ideale des bürgerlichen Humanismus vor der Wirklichkeit zu retten: in einer von dieser Wirklichkeit abgehobenen Sphäre der Kultur – in einem Idealreich, in dem die bürgerlichen Werte samt ihrer revolutionären Radikalität ein Asyl finden. Der gesellschaftliche Fortschritt wird derart entmenschlicht auf den technischen Fortschritt reduziert, während die fortschreitende Humanisierung zur Idee und zum Ideal der Kultur und der Künste erhoben wird. Die progressiv-revolutionäre Kategorie des Neuen wird entweder verdinglicht zum Etikett für technische Errungenschaften des Kapitalismus, oder ästhetisiert zum Gütesiegel in den Künsten. Das spiegelt sich drastisch in der Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts.

Und dazu gehört, dass in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts die Idee des Fortschritts keineswegs durch den Vernichtungsterror desavouiert ist; nur die avancierten Künste, denen das Progressive ohnehin ideologisch verdächtig war, weshalb sie es als Avantgarde überholen wollten, reflektierten auf die Kapitulation des ästhetischen Materials. Nach Fünfundvierzig erfuhr der Fortschritt seine futurologische Wiederbelebung, die Moderne überhaupt eine Renaissance: „This is Tomorrow“ hieß 1956 eine Londoner Kunstausstellung, nach der sich der Begriff „Pop“ etablierte; und mit „Roll over Beethoven“ wurde zur selben Zeit der neue Takt historischer Zeit vorgegeben: Rock 'n' Roll. Maßstab des Fortschritts war nun endgültig die technologische Rationalität; Fortschritt selbst ein *terminus technicus*, der nicht nur von der Gesellschaft abgelöst wurde, sondern auch von der Geschichte: Begriffe wie Revolution oder „das Neue“ haben seither ideologisch nur noch eine ästhetisch-techni-

sche Bedeutung. Fortschritt wurde von jeder Teleologie abgelöst und stattdessen zum Rhythmus der Mode. Wenn Walter Benjamin einmal notierte, die Mode ist die ewige Wiederkehr des Neuen, dann bezeichnet das exakt diesen progressiven Rhythmus der Epoche, der sich kulturell im Pop manifestiert. Es kommt nicht von ungefähr, dass im Namen dieses Fortschritts zwei Begriffe gleichzeitig entstehen, nämlich der *Modernismus* und die *Postmoderne*.

Das sind die Parameter, die zu berücksichtigen sind, wenn man erklären möchte, wieso Ende der sechziger bzw. Anfang der siebziger Jahre von der Entwicklung der avancierten Kunst völlig isoliert und ohnehin auch theoretisch-begrifflich gänzlich unbeholfen auf einmal wieder vom Fortschritt die Rede war, nämlich von „Progressive Rock Music“, oder kurz „Progrock“. Fortschrittlich sollte diese Musik gegenüber solcher Musik sein, die sich angeblich gar nicht bewegt; und das hieß, dass man sich Gedanken über den historischen Stellenwert der musikalischen Produktion machte – in einer Zeit, in der auch die musikalische Produktion schon der Geschichte entho-ben war. Fortschritt wurde identifiziert mit „künstlerisch wertvoll“ – gelegentlich wurden die Begriffe Progrock und Art-Rock auch synonym benutzt –, hatte aber mit dem, was sich aktuell in der Gegenwartskunst vollzog, fast nichts zu tun: Zeitlich war die Idee des Fortschritts nämlich nicht auf die Zukunft orientiert, sondern auf die Vergangenheit: „Living in the Past“ (Jethro Tull, 1972). Fortschrittlich am Progrock war paradox der regressive Rückbezug auf Derivate ästhetischer Formen der Kunst- und Bildungsmusik jener Epoche, wo das Bürgertum noch affirmativ den Fortschritt verteidigte. Diese Idee des Fortschritts konnte aber auch deshalb um Neunzehnhundertsiebzig von Bands wie Yes oder Genesis proklamiert werden, weil das Kollektivbewusstsein selbst noch dieser Ideologie des Fortschritts verhaftet war – was etwa darin seinen Ausdruck findet, dass noch heute bürgerliche Kunstmusik pauschal als „Klassik“ bezeichnet wird. Und „progressive“ war dann häufig nicht mehr als das Zitieren klassischer Musik, inhaltlich

und formal, durch Floskeln oder in Formaten wie der Rock-Oper oder der Rock-Suite; adaptiert wurden kompositorische Elemente und Instrumente der großen sinfonischen Musik der Romantik; Klanggewalt und Illusionismus waren entscheidende Effekte des Progrock, die nur durch den Einsatz von fortgeschrittener Technik präsentiert werden konnten – allerdings zählte hier der technische Fortschritt nur in Hinblick auf eine mittlerweile ebenfalls antiquierte, regressive Ästhetik der Virtuosität, das heißt spieltechnische Beherrschung der Instrumentaltechnik. Der Progrock kulminierte im Kitsch, die von ihm musikalisch umgesetzte Idee des Fortschritts indes in einer kruden Mythologie: Rick Wakeman, Keyboarder der Gruppe Yes, trat als Magier und Lichtgestalt im silbernen Umhang auf die Bühne und regierte als „Tastengott“ eine ganze Burg an Instrumenten, vom Moog-Synthesizer über die Hammond-Orgel bis zum Mellotron. Bezeichnend ist, dass alles, was Wakeman jenseits seiner Fingerfertigkeit zu bieten hatte, von der technologischen Entwicklung der Instrumente selbst eingeholt wurde: Wofür um Neunzehnhundert-siebzig noch Können nötig war, reicht heute ein Knopfdruck (das betrifft auch die kurzen Passagen, wo bei Yes wirklich Fortschritt anklingt, etwa bei dem durch riesige Tonbandschleifen erzeugten Vogelgezwitscher zum Beginn und zum Schluss von „Close to the Edge“: heute ist das ein Preset-Sound in der sogenannten General-Midi-Datenbank, über die jedes Keyboard verfügt – und auch Yes benutzen natürlich dafür bei Konzerten schon seit Jahren einen Sampler).

Nur für einen kurzen Augenblick schafften es Bands wie Emerson, Lake & Palmer, Pink Floyd, Gentle Giant, selbst Soft Machine modern im Sinne der Mode zu sein – weil das, was sie an progressivem Material zu bieten hatten, eben nur für einen kurzen Augenblick neu war. Genau in dem Moment, wo jedoch dieses Konzept auf den Begriff der „Progressive Rock Music“ fixiert wurde, regredierte der Progrock zur Unmode, wurde lächerlich und gerade in seinem zwanghaften Wunsch, „gute Musik“ sein zu wollen, bloß „schlechte Kunst“, banal und zeitlos: die ewige Wiederkehr des Alten. Mithin blieb Fortschritt eine rein ästhetische, ja ästhetizistische Kategorie, die gerade in der esoterischen wie unreflektierten Wiederholung eines *l'art pour l'art* alles andere als progressiv war; Progrock folgte damit einem falschen For-

malismus, mit dem der Inhalt annulliert und die Form als Inhalt verwechselt wurde: Musik sollte um ihrer selbst willen legitimiert werden – als Kunst, der jede Relation zur Gesellschaft Anathema bleibt. Damit ist allerdings der Progrock schon in seinem Ursprung von jeder ernst zu nehmenden Debatte um das Problem des Fortschritts abgeschnitten: Nicht nur der allgemeine Bezug zur Geschichte fehlt, sondern auch jede Berührung mit einer Realität, die Ende der Sechziger und Anfang der Siebziger auch die Kunst und die Künste mit ganz anderen Fragen konfrontierte als eben der, wie sich Rockmusik selbst aufwerten und gegen den Verdacht behaupten kann, bloß Schund zu sein: Aber auch auf diese, einem regressiven Kulturpessimismus entspringende Diskussion – „Ist Rockmusik Verdummung, Teufelswerk und Sittenverfall oder einfach nur schäbige Unterhaltung einer orientierungslosen Jugend?“ – sich eingelassen zu haben, führte schon im Ansatz die Idee des Fortschritts, wie der Progrock sie verteidigte, ad absurdum. Bemerkenswerterweise gelang dann auch nur denjenigen Bands eine progressive Entwicklung von Musik und Material, die offensiv das ästhetische Legitimationsproblem ignorierten und sich zur Gesellschaft kontextualisierten: Das unterscheidet etwa „Sgt. Pepper's Lonely Hearts Club Band“ der Beatles (1967) von Progrock-Konzeptalben von Yes oder Genesis und anderen.

Nachgerade ironisch ist es zudem, dass sich neben dem Progrock eine progressive Popmusik entfaltete, die gleichsam affirmativ sich auf die technischen Möglichkeiten, aber auch die ökonomischen Anforderungen an die Kunst konzentrierte: Während der Progrock mit allen Mitteln der längst obsoleten bürgerlichen Ästhetik sich als bürgerliche Kunst behaupten wollte (und damit dem Bürgertum kulturell einen Bärendienst erwies), operierte die Popmusik vom Jazz aus, über Soul, über Disco, schließlich bis zum Punk explizit modern, aber antibürgerlich – zumindest im Umgang mit dem ästhetischen Material: Fortschritt ist hier, dass die Ideologie des Fortschritts selbst infrage gestellt wurde; Fortschritt ist hier die destruktive Kraft, mit der den herrschenden Verhältnissen ihre eigene Melodie vorgesungen wurde: Fortschritt nicht als verkappter Rückschritt, sondern als nihilistischer Angriff auf die bestehende Ordnung – „No Future“ hieß das im Punk, und zwar gerade, weil es um die Definition der Zukunft ging beziehungsweise um die

Gewissheit, dass die gegenwärtige Gesellschaft keine Zukunft hat, aber eben auch Erbe der Vergangenheit da ist, nach dem die Zukunft gestaltet werden könnte. Neu konnte einzig die radikale Ablehnung des Alten sein.

Die Entwicklung des Progrock ist dem diametral entgegengesetzt: Ende der Siebziger rekonstituierte sich diese Musik als Neoprog, behauptete also einen „neuen Fortschritt“, der allerdings faktisch eine nochmalige Wiederholung der alten Regression war: Bands wie Marillion oder IQ versuchten an frühe Yes und Genesis anzuschließen, während diese Bands erstmalig vom Erfolg des progressiven Mainstreams profitierten, von dem sie mitgerissen wurden: bei Yes war das die Zusammenarbeit mit Trevor Horn und das allein schon im Titel postmodernistische Album „90125“ mit dem Hit „Owner of a Lonely Heart“ (1983). Damit war Progrock das erste Mal Pop.

Aber wieder spalteten sich im Verlauf der achtziger Jahre die Linien, bis in den Neunzigern schließlich das Wort Progrock vollends zur abgeschmackten Warenmarke wird. Bezeichnend ist dabei, dass ausnahmslos alle Bands, die für sich das Label „Prog“ bemühten und reklamierten, an den frühen Sound der „Progressive Rock Music“ anzuschließen, kaum einen einzigen Ton so zu spielen vermochten wie dereinst die Vorreiter. Selbst Yes und Genesis gelang das nicht. Stattdessen kamen aus ganz anderen Ecken Bands, in deren Musik plötzlich wieder eine Idee von Fortschritt zu hören war: und zwar Fortschritt wieder als wirkliche Bewegung auf das gemeinsam menschlich gesetzte Ziel des realen Humanismus – im Sinne einer ästhetischen Dimension, glücklicherweise nicht als Politik: Wir reden immerhin über den Fortschritt in der Kunst!

Beispiele

Guapo, „Five Suns“ (2004); Jimi Tenor, „ReComposed“ (2006); Radiohead, „In Rainbows“ (2007); Vic Chesnutt, „North Star Deserter“ (2007); Justice, „†“ (2007); Theo Parrish, „Sound Sculptures Volume 1“ (2007); The Pineapple Thief, „Tightly Unwound“ (2008); Motorpsycho, „Little Lucid Moments“ (2008)

wertlos
www.streifzuege.org

Zynismus und Gesellschaft – von den Alten zu den Zeitgenossen*

EIN PAAR BEMERKUNGEN GEGEN DIE „MORAL“

von Paolo Lago

„...wirf Rosen in den Abgrund
und sprich:

Hier mein Dank dem Unthiere,
dafür daß es mich nicht
zu verschlingen wußte!“

(Friedrich Nietzsche, *Fragmente*
Juli 1882 bis Herbst 1885, Band 4)

Vor allem in den „Totengesprächen“ Lukians von Samosata (2. Jh.) lebt der Geist des antiken Kynismus weiter, Fleisch geworden in der spröden und vorurteilslosen Persönlichkeit des Philosophen Menippos von Gadara. Im Hades, dem Totenreich, setzt Menippos den Klagen derer, die auf Erden reich und mächtig waren, als sie noch lebten, sein zynisches, schneidendes Gelächter entgegen. Im ersten Dialog z.B., dem zwischen Diogenes und Polydeukes, wendet sich der eine folgendermaßen an den anderen: „O Polydeukes, wenn du jetzt bald wieder in die Oberwelt hinaufsteigst – und morgen, denke ich, trifft dich die Reihe wieder, lebendig zu werden – so hätte ich dir einen Auftrag an Menippos den Hund (= Kyniker) mitzugeben, den du entweder im Kraneion zu Korinth oder zu Athen im Lykeion finden wirst, wo er sich über die Zänkereien der Philosophen lustig macht. Sag ihm: ‚Diogenes befiehlt dir, o Menippos, wenn du die Torheiten, die auf der Erde vorgehen, genug belacht hast, hierher zu kommen, wo du noch viel mehr zu lachen finden wirst. Denn dort bist du doch öfters unentschlossen, ob du lachen oder weinen sollst, und gar oft kommt dir doch der Gedanke: Wer weiß, wie es nach diesem Leben geht? Hier aber wirst du gar nicht mehr aufhören, ganz unbedenklich zu lachen, so wie ich jetzt, sonderlich wenn du siehst, was für eine armselige Figur die Reichen, die Satrapen und die Tyrannen hier machen, wie man sie nur noch an ihrem Geheul unterscheiden kann, und wie wehmütig und niederträchtig sie sich gebärden, wenn sie sich ihres Zustandes da oben erinnern...“ (Totengespräche I, 1).

Menippos muss dabei als die Verkörperung jenes Kynismus aufgefasst werden, der unter Gelächter und Hohn ein ernstes und trübes Herz verbirgt, das von Fatalismus und Nihilismus beherrscht wird: Im Totenreich gibt es keinen Unterschied zwischen einem Philosophen (bzw. einem angeblichen solchen) und einem Ignoranten, zwischen einem König und einem Bauern, einem Reichen und einem Armen, sondern alle sind unerbittlich gleich. Denken wir auch an das 10. Gespräch, in dem Lukian zusammen mit Menippos eine Reihe von Toten auftreten lässt, die in das Boot Charons steigen müssen. Damit dieses nicht untergeht, muss sich jeder seines überflüssigen Gewichts entledigen: So muss Lampichos, der Tyrann von Gela außer seinem Reichtum auch seine Aufgeblasenheit und seine Hoffart ablegen; der Athlet Damias muss seine Muskeln ablegen, die er sich mit viel Mühe in der Palästra antrainiert hat, der siegreiche General muss Waffen und Siegestrophäe wegwerfen; der Philosoph neben Mantel und Bart (der damals zur Mode gehörte) auch sein Gold – und die Meinung, besser zu sein als andere, Prahlerei, Gehässigkeit, Eigenliebe und noch einiges mehr. Menippos hingegen hat bloß seine Tasche, den Stock und den schmutzigen Mantel abgeworfen, er kann ins Charonsboot steigen, wo er den Ehrenplatz bekommt. Lukian spart nicht mit Angriffen und Hohn, auch nicht gegen Aristoteles, den großen Philosophen, den er im Gespräch zwischen Diogenes und Alexander als „den raffiniertesten Schmeichler“ und als „Blender“ apostrophiert (XIII,5).

Ideologiekritik in Anzug und Krawatte

Peter Sloterdijk nimmt in seiner „Kritik der zynischen Vernunft“ (Suhrkamp 1983) die Traditionslinie wieder auf und unterscheidet dabei zwischen dem modernen und dem antiken Zynismus, den er, wie im Deutschen weithin üblich, Kynismus nennt. Während Letzterer als eine Praxis

der Subversion und Verhöhnung der Mächtigen (so wie wir das eben anhand der Dialoge Lukians gesehen haben) eine grundlegend positive Bedeutung hatte, hat der moderne Zynismus einen negativen Sinn angenommen. Dieser hat sich – schreibt Sloterdijk – „verhängnisvoll losgelöst von den mächtigen Lachtraditionen des satirischen Wissens, die philosophisch im antiken Kynismus wurzeln. Die neuere Ideologiekritik erscheint schon in der seriösen Perücke und hat sogar im Marxismus und erst recht in der Psychoanalyse Anzug und Krawatte angelegt, um es in bürgerlicher Respektabilität an nichts fehlen zu lassen“ (a.a.O., S. 55).

Der neue Zyniker ist nach Sloterdijk derjenige, der eine Machtposition innehat: „Dem diffusen Zynismus gehören längst die Schlüsselstellungen der Gesellschaft in Vorständen, Parlamenten, Aufsichtsräten, Betriebsführungen, Lektoraten, Praxen, Fakultäten, Kanzleien und Redaktionen“ (S. 37). Er erinnert daran, wie Gottfried Benn, „selber einer der profilierten Sprecher der modernen zynischen Struktur“ in dieser formuliert hat: „Dumm sein und Arbeit haben, das ist das Glück.“ Was in der Umkehrung eben heißt: „Intelligent sein und dennoch seine Arbeit verrichten – das ist unglückliches Bewusstsein in der modernen, aufklärungsranken Form“ (S. 40). Dabei steht einem *Zynismus der Mittel* ein *Moralismus der Zwecke* gegenüber: Um moralisch hohe Ziele zu erreichen, kann man jedes, auch das tückischste Mittel einsetzen. Und genau so hat ja seit jeher die Macht, um ihre moralisch und demokratisch maskierten Zwecke zu erreichen, nie gezögert, unschuldige Opfer niederzumachen.

Privat und konformistisch

Dieser Neozynismus – zunächst Merkmal derer, die Macht haben – scheint jedoch durch die ganze Gesellschaft zu dif-

* Übersetzt von Lorenz Glatz.

fundieren, auch zu denen, die keine Macht haben, aber ständig nach ihr streben. Nehmen wir z.B. die Frage des „Anderen“ und des „Ausländers“. Die jüngsten *Pogrome*, die in Italien gegen Roma ausgebrochen sind, quollen aus einem neuen zeitgenössischen Zynismus, der im Namen moralischer Ideale (wie der Verteidigung des Privateigentums oder des Schutzes der eigenen Kinder, weil ja die Zigeuner angeblich sowohl materielle Güter als auch Kinder stehlen) vor keiner Art von Gewalt gegen diejenigen zurückschreckt, von denen man meint, dass sie sich nicht an diese Moral halten. Der neue Zynismus ist finster und ernst geworden und stellt, wie Sloterdijk bemerkt, die eigene *privacy* ganz und gar in den Mittelpunkt. Aus diesem Grund ist ein Fremder wie der Rom, der traditionell ein Leben führt, das sich im „öffentlichen Raum“ (ein wenig wie bei den Kynikern des Altertums) und nicht an festen Wohnsitzen nach dem Muster des westlichen Konformismus abspielt, abzulehnen und als ein unbegreifliches, widerliches *Monstrum* anzusehen. Heute sind die Sprecher und Lakaien dieses Neozynismus die Massenmedien, die Zeitungen und Fernsehsender: Sie sind es, durch welche die zynischen „Moralisten“ an der Macht ihre verseuchenden Botschaften in allen sozialen Schichten verbreiten. Vor allem bei den Arbeitern scheint diese Botschaft breite Akzeptanz zu finden. Es ist kein Zufall, dass, um in Italien zu bleiben, bei den letzten Wahlen eine außerordentlich große Mehrheit von Arbeitern die Lega Nord gewählt hat, eine neozynische Partei par excellence. Es werden so nicht nur Roma, sondern auch Marokkaner, Albaner, Polen auf dem TV-Schirm und in den Spalten der Zeitungen als neue kriminelle Attentäter auf die Moral dargestellt. Es gibt eine offensichtliche Vorliebe in der zeitgenössischen Presse, ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass ein Diebstahl, eine Vergewaltigung oder ein Mord von einem

„Ausländer“ begangen wurden (vielfach auch unter Angabe seiner Nationalität), während ein betrunkenener Italiener, der (als vermutlich zahlungskräftiger Mensch, als einer von diesen finsternen und trübsinnigen Neozynikern) am Steuer eines PS-starken Geländewagens Fußgänger oder Radfahrer niederfährt und tötet, mit Sicherheit keine besonders hervorgehobene Meldung wert ist.

Lebens- und menschheitsfeindlich

Aber der Neozynismus realisiert auch lebens- und, wenn man so sagen kann, menschheitsfeindliche Optionen. Im Namen neuer Arbeitsplätze und im Namen eines blinden Wachstums zögert man nicht wie in Livorno Wiederverdampfungsanlagen für flüssiges Erdgas ins Meer zu bauen, mit Hochgeschwindigkeitsbahnen die Berge auszuweiden und Landschaften zu entstellen, Raffinerien und AKWs zu errichten und surreale Brücken wie die über die Straße von Messina zu planen. Ganz zu schweigen von den endlosen Kriegen, die man führt, einschließlich der mit moralischen Zwecken gerechtfertigten wie des „war on terror“, gegen Terroristen, die natürlich hauptsächlich von Völkern kommen, die sehr „anders“ und von den westlichen Traditionen weit entfernt sind – alles Demonstrationen der Macht und der „heilbringenden“ Demokratie und ihrer Strukturen.

Derartige Neozynismus der heutigen Epoche ist kulturelle Tatsache geworden, d.h. Teil der Kultur eines Volks, einer Nation, ja man kann ohne Gefahr einer falschen Generalisierung sagen: aller Nationen, die zum entwickelten postneokapitalistischen Westen gehören. Er verbreitet sich unter ihnen wie an einem Sommertag die Musik des aktuellen Hits auf den überfüllten Stränden oder wie der Lärm und Smog der zahllosen vorbeifahrenden Autos und Mopeds in der allgemeinen Gleichgültigkeit und Gewöhnung.

Gegen die Moral und den Moralismus der Zwecke!

Gibt es aber ein Gegenmittel? Eigentlich ja, und Sloterdijk selbst lässt es uns erahnen: „In dem Augenblick, in dem unser Bewusstsein reif wird, die Idee des Guten als eines *Zieles* fallen zu lassen und sich dem, was *schon* da ist, hinzugeben, wird eine Entspannung möglich, in der das Auf-türmen von Mitteln zugunsten imaginärer, immer ferner Ziele sich von selbst erübrigt. Nur vom Kynismus her lässt sich der Zynismus eindämmen, nicht von der Moral her. Nur ein heiterer Kynismus der Zwecke ist nie in Versuchung zu vergessen, dass das Leben nichts zu verlieren hat außer sich selbst“ (S. 367).

Die „Heilsbotschaft“ kommt gemäß dem deutschen Philosophen von den Alten, von jenem antiken Kynismus, der die Mächtigen verspottete und die Macht verlachte. Die antiken Kyniker sind gegen die Moral und gegen den *Moralismus der Zwecke* zu wenden: Diese sollten wir mit jenen verlachen und neue Bedingungen der *conviviality* zu schaffen – um sich auf das Werk Ivan Illichs, des großen Wissenschaftlers und Kritikers der heutigen Gesellschaft, zu berufen, der sich damit eines Ausdrucks bedient, der ebenfalls an die Antike anknüpft (*Tools for Conviviality*, Harper & Row 1973; dt.: *Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik*, C.H. Beck 1998). Die heutigen Instrumente der Moral und der Macht sind zu kritisieren und zu überwinden: der industrielle Wildwuchs, ein verheerendes Schul- und Erziehungssystem, ein Wirtschaftswachstum, das eben an seine Grenzen stößt. Frei, autonom und kreativ sein, sagt Illich; ein Netz der Zuneigung, Freundschaft und Schönheit schaffen, könnte man hinzufügen, gegen die Tristesse und Selbstbezogenheit des Neozynismus. Kurzum, es ist etwa so zu machen wie Protesilaos, der es im 23. Totengespräch des Lukian schafft, wenn auch nur für einen Tag, der Unterwelt zu entkommen, um zu seiner Laodamia zurückzukehren, die er noch am Hochzeitstag verlassen musste, um in den trojanischen Krieg zu ziehen, wo er dann als erster den Tod finden sollte. Dieser antike Kynismus, vermittelt durch einen großen Schriftsteller wie Lukian, war imstande, diese Liebe aus dem Mythos wieder aufzunehmen, eine Liebe, so stark, dass sie imstande war, die Mauer der Dunkelheit einzureißen und zum geliebten Menschen zurückzukehren, von dem sie für immer durch Krieg und Tod getrennt schien.



309

iz3w ◀

Die Schraube anziehen – Arbeit macht das Leben schwer

Außerdem: ▶ NGOs in Afrika ▶ Konflikt im Kaukasus ▶ Opposition in Bolivien ▶ Literatur über Reisen ▶ Debatte über den Genozidbegriff ... 52 Seiten, € 5,30 + Porto

iz3w · PF 5328 · 79020 Freiburg · Tel. 0761-74003 · www.iz3w.org

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

Wer bitte sind hier die Bildungsfernen?

von Erich Ribolits

Wer heute schwerwiegende Mängel in den Grundkompetenzen des Lesens, Schreibens, Rechnens sowie der Verwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien hat, gehört zu den programmierten Verlierern des Arbeitsmarktes. Denn zum einen haben die technologischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte den Großteil jener Tätigkeiten zum Verschwinden gebracht, bei denen derartig gehandicapte Personen früher problemlos eingesetzt werden konnten, und zum anderen haben die erreichten Produktivitätsfortschritte den Bedarf an menschlicher Arbeitskraft generell verringert. Das dadurch bedingte Überangebot an Arbeitskräften erlaubt Arbeitgebern heute durchaus auch schon bei der Besetzung anspruchloser beruflicher Positionen wählerisch zu sein. Die Grenzqualifikation für das Ergattern eines Erwerbsarbeitsplatzes steigt auf diese Weise sukzessive an – zunehmend rückt schon der „bloße“ Pflichtschulabschluss in die Nähe des Analphabetentums. Der deutsche Soziologe Ulrich Beck beschrieb dieses Phänomen, das zwischenzeitlich allerdings noch deutlich an Dynamik gewonnen hat, schon vor mehr als 20 Jahren: „Im achtzehnten Jahrhundert war es noch ‚selbstverständlich‘, ohne Kenntnis des Alphabets seinen Lebensunterhalt verdienen zu können. Im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts wird die Beherrschung des Lesens und Schreibens mehr und mehr zur Einstiegsvoraussetzung in das expandierende industrielle Beschäftigungssystem. Im letzten Viertel des zwanzigsten Jahrhunderts reicht schließlich sogar der Hauptschulabschluss *allein* immer weniger hin, um arbeitsmarktvermittelt die materielle Existenz zu sichern“ (Beck, U.: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt a.M. 1986, S. 245/246).

Auch die Statistik spricht hier eine ganz eindeutige Sprache: Von der nachlassenden Fähigkeit des Kapitalismus zur Verwertung menschlicher Arbeitskraft sind – logischerweise – an erster Stelle diejenigen betroffen, die am Arbeitsmarkt das relativ geringste Verwertungspotential einbringen können. Auf der Strecke bleiben die „Verwertungsgehandicapten“ – Behinderte, Alte, z.T. Frauen und in beson-

derem Maße Personen, die nicht oder nur gering qualifiziert sind. Zwischen der Höhe des Bildungsabschlusses, den jemand nachweisen kann, und seinem statistisch zu erwartenden Arbeitslosigkeitsrisiko besteht eine enge Korrelation. So waren in Österreich im September 2007 13,3 Prozent jener Personen arbeitslos, die über maximal einen Pflichtschulabschluss verfügen, was bedeutet, dass sich aus dieser Bevölkerungsgruppe nahezu die Hälfte aller Arbeitslosen rekrutiert. Und selbstverständlich sind innerhalb dieser Risikogruppe jene Personen, die nicht einmal das letzte Pflichtschuljahr positiv abgeschlossen haben oder gravierende Mängel in den oben genannten Grundkompetenzen des Lesens, Schreibens, Rechnens und der Verwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien haben, noch um ein Vielfaches mehr gefährdet arbeitslos zu werden. Trotzdem liegt es auf der Hand, dass diese Menschen bloß „Symptomträger“ eines gesamtgesellschaftlichen Problems sind, dass ihre „Auffälligkeit“ also nicht als isolierte, individuelle Störung betrachtet werden kann, sondern sie quasi stellvertretend für das „kranke“ System, in dem sie existieren. Gelingt es ihnen, sich von ihrem Verwertungshandicap zu befreien, kann das ihre persönliche Situation zwar deutlich verbessern, am allgemein stagnierenden Arbeitskräftebedarf ändert sich dabei jedoch gar nichts – es sind dann eben bloß andere, die wegen irgendeiner Verwertungseinschränkung vom System der Arbeitskraftverwertung ausgesondert werden.

In diesem Sinn müssen auch die aktuell kolportierten Prozentsätze von – funktionalen – Analphabet/innen in den Industrieländern interpretiert werden. Sie ergeben sich nicht in Relation zu einem aus dem kulturellen Status quo abgeleiteten Standard, sie spiegeln bloß die relative „Unbrauchbarkeitsrate“ des Arbeitskräfteangebots im Verwertungsprozess wider. Mit dem Begriff „Grundbildungsmangel“ wird nicht ein kulturelles, sondern ein arbeitsmarktspezifisches Handicap angesprochen! Schwierigkeiten, einen komplexen Text sinnverstandend zu lesen – etwa einen solchen, der mit dem Begriff „klassische Literatur“ angesprochen wird –,

haben wahrscheinlich (nicht nur hierzulande) wesentlich größere Teile der Bevölkerung als jene, die in der Statistik als funktionale Analphabet/innen ausgewiesen werden. Nicht umsonst finden Zeitschriften, die in ihrer Berichterstattung um eine differenzierte und damit notgedrungen auch schwieriger zu lesende Darstellung bemüht sind, keine großartige Verbreitung. Dennoch gelten derartig um ihre „kulturellen Teilhabemöglichkeiten“ geprellte Menschen noch lange nicht als Analphabet/innen – mit diesem Etikett werden sie erst gebrandmarkt, wenn sie den aktuell bestehenden Verwertungsbedingungen nicht ausreichend entsprechen. Das heißt nichts anderes, als dass der (Arbeits-)Markt definiert, wer ein/e Analphabet/in ist, bzw. was als (Grund-)Bildungsmangel zählt – damit letztendlich aber auch, was überhaupt als Bildung gilt!

Funktionale Analphabet/innen

Das nicht aus den Augen zu verlieren, ist insofern wichtig, als ja sehr oft darauf hingewiesen wird, dass funktionale Analphabet/innen nahezu durchwegs aus sogenannten „bildungsfernen“ Bevölkerungsgruppen stammen. Mit dem Begriff „Bildungsferne“, der in den letzten Jahren – vielfach im Zusammenhang mit den Detailauswertungen der PISA-Studien – Eingang in die bildungspolitische Diskussion gefunden hat, soll hervorgestrichen werden, dass bei den diversen Schulleistungsvergleichsuntersuchungen besonders häufig solche Heranwachsende schlecht abschneiden, deren Eltern über keinen oder nur über einen sehr niedrigen Schulabschluss verfügen. Die dem Begriff innewohnende These lautet: Da bildungsferne Eltern das in weiterführenden Bildungsgängen vermittelte Wissen sowie die dort für ein erfolgreiches Bestehen notwendigen Einstellungen selbst nicht besitzen, ist es für sie auch nicht möglich, ihren Kindern das für das „höhere“ Bildungssystem nötige Wissen bzw. die dort herrschenden Praktiken und Möglichkeiten zu vermitteln, was dazu führt, dass deren Schulleistungen auf niedrigem Niveau stagnieren. Abgesehen davon, dass durch die Fokussierung auf die Tatsache der Bildungsferne die Schuld für die Be-

nachteiligung von Kindern aus niedrigen sozialen Schichten klammheimlich auf deren Eltern abgewälzt und von Übervorteilungsmechanismen in der Gesellschaft bzw. im Bildungssystem abgelenkt wird, transportiert der Begriff Bildungsferne auch eine aus der Interessenslage sozial Benachteiligter äußerst problematische Sichtweise von Bildung: Bildung wird gleichgesetzt mit dem Erreichen höherer Schulabschlüsse bzw. dem Nachweis der im Rahmen von Schulleistungsvergleichsuntersuchungen getesteten funktionalen Kompetenzen; als gebildet gilt, wer den – oftmals mit kulturellem Nimbus verbrämten – Brauchbarkeitsvorgaben des Verwertungssystems entspricht.

Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass der Begriff Bildungsferne so neu gar nicht ist. Er wurde schon vor etwa einem dreiviertel Jahrhundert im Roman „Schöne neue Welt“ von Aldous Huxley (Fischer TB-Verlag, Frankfurt a.M. Bd. 26) verwendet – jedoch mit einer weitgehend anderen Sinnzuschreibung. Der Sinngehalt, mit dem Huxley den Begriff Bildungsferne eingesetzt hat, sollte meines Erachtens allerdings zu einem kritischen Hinterfragen seiner heutigen Verwendung anregen. In seinem Roman beschreibt Huxley ein Gesellschaftssystem, in dem es gelungen ist, ein (nahezu) friktionsfrei funktionierendes – friedliches – Zusammenleben der Menschen zu erreichen. Neben einer Reihe von Maßnahmen, die zur Verwirklichung dieses Ziels beitragen, wie die frühe Konditionierung der Menschen im Sinne des herrschenden Menschen- und Gesellschaftsbildes, ein durch strikte Zuchtwahl quasi genetisch abgesichertes Kastensystem, hedonistische Freizügigkeit sowie ein politisches System, das in verführerisch-freundlichen Formen totalitär ist, trägt in der schönen neuen Welt das Prinzip der Bildungsferne ganz wesentlich zum „friedlichen“ Zusammenleben bei. Gemeint ist damit, dass Bildung sich auf einen pragmatischen, eindimensional aus den Erfordernissen des Funktionierens innerhalb der gegebenen Gesellschaft abgeleiteten Wissenserwerb beschränkt. Ihr Ziel ist es nicht, Menschen zu befähigen und anzuregen, Unzulänglichkeiten der Gesellschaft entdecken oder verändern zu wollen. Ziel von Bildung ist die Übernahme von Funktionen innerhalb der gegebenen Ordnung und nicht die Befähigung zum Hinterfragen derselben. Die Methode, um eine kritische Sichtweise auf die Welt – die ja nur auf Basis des Wissens um ihre Geschichtlichkeit möglich ist – zu verhindern, besteht darin, Bildung im

Sinne einer bewussten Auseinandersetzung mit Überliefertem (Geschichte, Kultur, ...) systematisch zu unterdrücken. Konsequenterweise lautet daher einer der Leitsätze der „Weltregierung“: „Geschichte ist Mumpitz“ – übrigens ein bekannter Ausspruch von Henry Ford, den Huxley in seinem Roman nicht zufällig als den allgemein verehrten *Godfather* der schönen neuen Welt fungieren lässt.

Der Begriff Bildungsferne bei Huxley korreliert somit stark mit dem, was Adorno viele Jahre später mit dem Begriff Halbbildung umschrieben hat. Halbbildung äußert sich nach Adorno nicht in irgendwelchen gravierenden Wissensmängeln, sondern darin, dass jemand, der möglicherweise sogar sehr viel gelernt hat, sein Wissen – im Gegensatz zu jemandem, auf den die Bezeichnung Bildung zu Recht angewandt wird – bloß in verdinglichter, domestizierter Form gebraucht. Es dient ihm nicht dafür, das „gute Leben“ anzustreben, sondern stellt nur ein Überlebensmittel im Rahmen vorgegebener Verhältnisse dar. Indem Wissen bloß strategisch eingesetzt und nicht in Relation zu einem selbst erkannten Sinn gesetzt wird, ist der Mensch diesem ausgeliefert. Anstatt dass ihm sein Wissen ermöglicht, sich zum Gestalter der Welt zu machen, unterjocht es ihn und macht ihn zum Sklaven der Verhältnisse. Nach Adorno ist „Bildung [...] nichts anderes als Kultur nach der Seite ihrer subjektiven Zueignung“ (Adorno, Theodor W.: *Theorie der Halbbildung*. Suhrkamp Verlag, Frankfurt

a.M. 2006, S. 9), und Kultur selbst wieder durch einen unauflöslichen Doppelcharakter bestimmt – „Geisteskultur“ einerseits und „Gestaltung des realen Lebens“ im Sinne einer „Bändigung des animalischen Menschen“ andererseits, also seine Anpassung zum Zwecke der Stärkung des „fortdauernd prekären Zusammenhang[s] der Vergesellschaftung“ (Ebd. S. 11). Als Prozess der Aneignung von Kultur darf sich in diesem Sinn dann auch Bildung nur solange als solche bezeichnen, als sie den Doppelcharakter von Widerstand und Anpassung aufrechterhält.

Verwertungsdiiktat

Allerdings konstatierte Adorno bereits Ende der 1950er Jahre, dass Anpassung im Zuge der fortschreitenden Ausweitung des kapitalistischen Prinzips auf alle Lebensbereiche in anwachsendem Maß totalitär wird. Heutzutage bedarf es keiner besonderen Analysefähigkeit mehr, um zu erkennen, dass Bildung im alltäglichen Diskurs nahezu völlig mit der Fähigkeit gleichgesetzt wird, sich auf allen Ebenen möglichst optimal den Bedingungen des marktgesteuerten Systems unterwerfen zu können; Bildung ist im allgemeinen Bewusstsein zur kauf- und verkaufbaren Ware im allumfassenden Konkurrenzkampf geworden. Genau genommen war es um den Doppelcharakter von Bildung allerdings schon sehr bald, nachdem sie als Legitimation für den Befreiungskampf des Bürgertums ausgedient hatte, schlecht bestellt gewesen. Denn mit der Etablierung der bürgerlichen Gesellschaft – die hierzulande ja nicht das Ergebnis einer siegreichen Revolution war, sondern über den Weg des „Scheiterns der revolutionären Bewegungen, die in den westlichen Ländern den Kulturbegriff als Freiheit verwirklichen wollten“ (Adorno, Theodor W.: *Negative Dialektik* (1966); in: Ders.: *Gesammelte Schriften*, Band 6; Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1998, S. 94), stattfand –, mit dem Entstehen des Proletariats und der bald erfolgten Abgrenzung des Bürgertums gegenüber den lohnabhängig Arbeitenden wurden die dialektische Verschränkung der beiden Momente Geist und Anpassung aufgelöst und beide Aspekte zum Fetisch jeweils unterschiedlicher Statusmöglichkeiten degradiert. Für alle, die es sich leisten können, gibt es das prestigeträchtige Dekor einer wertfreien „Allgemeinbildung“ – am „Wahren, Guten und Schönen“ orientiert und vom Anspruch gesellschaftlicher Relevanz weitgehend „ge-

schulheft Nr. 131

Schriftlos = sprachlos? Alphabetisierung und Basisbildung in der marktorientierten Gesellschaft

Hrsg. von Antje Doberer-Bey,
Eveline Christof, Erich Ribolits,
Hannes Zuber
Studien Verlag Innsbruck, 2008.
Erhältlich im Buchhandel.

schulheft

Pädagogische Taschenbuchreihe
www.schulheft.at
Studienverlag Innsbruck, Erlertstr. 10 6020 Ibk
order@studienverlag.at

reinholt“. Im Übrigen fungiert „Ausbildung“ als Anpassung an das Verwertungs-diktat – sie stellt die Grundlage für Entfremdung und das hilflose Bemühen dar, im Konkurrenzkampf um optimale Verwertbarkeit möglichst gut abzuschneiden.

Wie schon weiter vorne angesprochen, stellt unter diesen Umständen auch die Bezeichnung „Bildungsferne“ bloß einen Hinweis auf die mangelnde Verwertbarkeit derjenigen dar, die mit diesem Etikett versehen werden. Was in einer bestimmten historisch-gesellschaftlichen Epoche mit dem Begriff Bildung bzw. seiner Negation angesprochen wird, steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der jeweiligen Vorstellung über das Wesen des Menschen, darüber also, was ihn definiert und aus der restlichen Natur heraushebt. Heute nehmen sich Menschen selbst aber nahezu ausschließlich nur mehr als Träger von „Wert“ wahr – die aktuellen gesellschaftlichen Umstände zwingen ihnen ein derartiges Selbstverständnis geradezu auf. Die Sichtweise ihrer eigenen Person und die anderer Menschen leitet sich – kaum je hinterfragt und nahezu unmittelbar – aus ihrer Rankingposition im Bereich von Arbeit und Konsum ab. Auch im Rahmen politischer Maßnahmen kommt der Mensch heute faktisch nur als (Human-) Ressource im Rahmen einer Ökonomie in den Fokus, die sich darin erschöpft, aus allem und jedem Profit zu schlagen. In dieser Situation wirkt es entsprechend antiquiert, darauf zu bestehen, dass das Problem einer Distanz zu Bildung bzw. einer Distanz zu Kultur nicht primär in reduzierten Verwertungsmöglichkeiten

kulminiert, sondern in eingeschränkten Möglichkeiten, Selbstbestimmungsfähigkeit entwickeln zu können. Der noch von Adorno urgierte Aspekt von Bildung, Freiheit inmitten der und vor allem im Widerspruch zu den jeweils bestehenden Vergesellschaftungszwängen zu ermöglichen, ist heute weitgehend verdrängt. Verdrängt ist damit aber auch die Vorstellung, dass Bildung etwas zu tun hat mit einer die „politischen Herrschaftsverhältnisse und -interessen einbeziehenden und enthüllenden emanzipatorischen Befreiung des Menschen zu sich selbst“ (Brockhaus-Enzyklopädie unter Bezugnahme auf Herwig Blankertz).

Würde man Bildung nämlich derart fassen – als die Befähigung, sich gegenüber den aus den aktuellen Machtverhältnissen resultierenden Systemzwängen der Gesellschaft behaupten zu können –, bekäme auch der Begriff Bildungsferne eine völlig andere Notation. Sich gegen die totalitäre Ausrichtung des Lebens an einer möglichst erfolgreichen Performance in Arbeit und Konsum zu stellen, würde implizieren, die Natur nicht bloß als Ausbeutungsobjekt und Mitmenschen nicht nur als Konkurrenten wahrzunehmen. Menschen, die in einem derartigen Sinn gebildet wären, würden es nicht zulassen, dass die Zahl der Ausgesonderten und Überflüssigen in der Gesellschaft immer mehr anwächst und die soziale Kluft zwischen den in beispiellosem Euphemismus zu Gewinnern und Verlierern Schöngeredeten immer größer wird und dabei immer mehr Menschen um jene Lebensmöglichkeiten betrogen werden, die aufgrund des aktuellen Standes der Produktivkraftentwicklung möglich wären. Dann dürften aber auch nicht jene als bildungsfern bezeichnet werden, die aufgrund eines niedrigen Schulabschlusses oder unzureichender Grundbildung nur eingeschränkt verwertbar sind. Es würde offensichtlich, dass Bildungsferne ein Massenphänomen ist, das einen bestimmenden Faktor der gegenwärtigen Gesellschaftsformation darstellt und von dieser systematisch produziert wird. Wenn Kultur in der oben angedeuteten Form als eine Gestaltung der Welt nach humanen Gesichtspunkten gesehen und der Zusammenhang von Kultur und Bildung im Sinne von zwei Seiten ein- und derselben Medaille ernst genommen wird, dann ist Bildungsferne nämlich nichts anderes als Ausdruck kultureller Verarmung. Einer kulturellen Verarmung, die sich darin zeigt, dass soziale Ausgrenzung und Inhumanität in einer

Gesellschaft stillschweigend hingenommen werden, ja letztendlich von denen, die vom Verwertungssystem (noch) nicht ausgespuckt wurden, sogar mit klammerheimlicher Freude quittiert werden müssen. Schließlich ist in einem Gesellschaftssystem, in dem die Lebensmöglichkeiten der Gesellschaftsmitglieder per Konkurrenzmechanismen geklärt werden, die eigene gute Position nur um den Preis des Untergangs anderer zu haben!

Der vorliegende Text geht von der Aussage aus, dass, wer heute schwerwiegende Mängel in den Grundkompetenzen des Lesens, Schreibens, Rechnens sowie der Verwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien hat, zu den programmierten Verlierern des Arbeitsmarktes gehört. Dem entsprechend, was innerhalb der Konkurrenzgesellschaft an Gerechtigkeit möglich ist, kann nur gefordert werden, diesen Menschen jedwede nur mögliche Unterstützung angedeihen zu lassen, um ihre Grundbildungsmängel reduzieren und auf diese Art ihr Verwertungspotential steigern zu können. Selbst eine solche Forderung bedeutet ja schon, über den eigenen durch den Gesellschaftscharakter gebildeten sprichwörtlichen Schatten zu springen. Dennoch ändert eine derartige Hilfe – wie schon dargestellt – nichts am grundsätzlichen Problem, dass in einer Gesellschaft, die den Prämissen von Verwertung und Profitmaximierung unterworfen ist, mit rückgängigem Arbeitskraftbedarf nur durch Ausgrenzung der jeweils am wenigsten Verwertbaren umgegangen werden kann. Diesen Skandal zu überwinden und Bedingungen zu schaffen, in der sich Produktivitätsgewinne in Form erweiterter Lebensmöglichkeiten und weniger Arbeit für alle niederschlagen, bedarf es gebildeter Menschen. Solcher nämlich, die ein Bewusstsein über die wirklichen Verhältnisse der Gesellschaft erworben haben und sich – aufgrund ihres unverstellten Konnexes zu ihren Lebensbedürfnissen – mit den Surrogaten des Kapitalismus im Tausch für reale Lebendigkeit nicht zufrieden geben. Dazu bedarf es tatsächlich einer Überwindung der gesellschaftlich geförderten Bildungsferne, indem – wie es Hartmut von Hentig in einem seiner Texte ausdrückt – Menschen durch „Belebung und authentische Erfahrungen Selbstfindung und Selbstbestimmung gegenüber dem Systemcharakter der Gesellschaft ermöglicht“ wird (Brockhaus-Enzyklopädie unter Bezugnahme auf Hartmut von Hentig).



Der Slang der Versprecher

von Birgit v. Criegern

„Fairgeben“ und „Fairsorgen“.

Der Kalauer verspricht, ohne auszusagen,
hat aber weniger mit Satire als mit
gesellschaftlichen Verhältnissen zu tun.

Die Werbesprache im öffentlichen Raum, der neoliberale Manager-Sprech, hat sich längst für den Kalauer entschieden. Die Branche der Promoters zieht mit ihrer Wortklitterung und Begriffsbasterei noch die letzte Sinnfälligkeit an den Haaren herbei. Die Ergebnisse, die von Homepages und Straßenplakaten witzeln, geben jedoch Mitteilung von der gesellschaftlichen Sprechsituation. Vorweg: Man sollte den Kalauer boykottieren. Und zwar solange, bis er abgespeckt hat und wendig genug ist, der Satire zu nützen. Als Germanistin hat die Autorin ihre persönliche Plage mit der Gallert-Sprache. Um der Dissoziation zu entkommen, muss ich die gesellschaftliche Aussage von den Lettern ablesen, die sich mir in die Sicht stellen. Um nur einmal selbst dem Doppelsprech zu verfallen: Der Werbekalauer verschreibt sich seinem Mieter, der damit nichts anderes verspricht als sich. So gibt er die Verhältnisse in der Vermarktungsgesellschaft getreu wieder, in der täglich ohne Verbindlichkeit versprochen wird. In der Wirklichkeit bleiben die Inhalte ohne Worte bei den Regierten.

Raffiniert: „Ein heißer Sommer!“

Eau wie gut!“ (http://www.bwb.de/content/language1/downloads/BWB-08_Blume.pdf) werben die Berliner Wasserbetriebe auf ihren Plakaten und setzen für ihren kommerziellen Lobruf auf das Wasser Französischkenntnisse („Eau“ = Wasser, spricht: „O“) bei den BerlinerInnen voraus. Das Wortspiel und die irrsinnige Bebilderung (Blümchen klammert sich an Gießkanne fest) dürften diejenigen nicht zum Lachen bringen, die gegen die Geheimverträge bei der Teilprivatisierung des Wassers protestierten (<http://www.berliner-wassertisch.net/>). Jämmerlich wirkt die Sprach-Schote vor dem Wissen, dass der Trinkwasserzugang für 1,1 Milliarden Menschen längst konkretes Problem ist. Witz und Irrwitz sind

oft dasselbe in dem, was die Kapitalisten den Kundenmenschen noch mitzuteilen haben: Das ist nur mehr die Übertreibung des Wörtlichen durch das Wörtliche. Der Kalauer ist bestenfalls eine Brücke. Im Gleichlaut verbindet er zwei inhaltsfremde Wörter, oder Wort und Sache, und verweist von einem auf das andere. Die Ohren klingeln vom Echo der Dinge.

Mit jedem Bus oder Taxi bin ich „voll abgefahren“, weil es da drauf steht, in der U-Bahn versprechen mir Plakate eines Spracheninstituts, „besser anzukommen“, oder man lässt mich mit der Riester-Rente „besser fahren“. Der Kalauer ist flexibel wie ein zeitgemäßer Jobber. So macht man sich noch die Sprache zum Hire-und-Fire-Objekt. Mitgeteilt wird nichts als Assoziation von der Bewährung des Angepriesenen. Die Sinnanknüpfungen bilden eine fortgängige Nonsense-Landschaft, während der Alltag der JobberInnen, die darin herumlaufen, kaum noch Beständiges hat. Ist Sommer, wird raffiniert auf die Tatsache Bezug genommen, dass die Temperaturen hoch sind („Ein heißer Sommer – Preise für lau“, so ein Mobilfunkunternehmen). Ist EM, kann ich bei der Berliner Stadtreinigung BSR den „Einwurf“ in den Abfalleimer machen. Besonders die BSR klittert mit Wörtern, dass denen, die noch Lust haben, Buchstaben aufzulesen, Verb und Substantiv vergeht. Auf einem Reinigungswagen heißt es „We kehr for you“, auf einem anderen „Poliertesse“.

Wer soll wem „fairgeben“, und was?

Ein Flug- und Reiseportal kündigt, dank Verdinglichung der Sprache, „verflucht günstige“ Flüge an. Mir schwebt vor, ich wäre sieben Jahre alt, womöglich mit migrantischem Hintergrund, und hätte den deutschsprachigen Anforderungen dank Bologna-Korsett an der Schule nachzukommen. In dem Wissen, dass CDU und auch Teile der SPD die raschere Ausweisung für Migrantinnen und Migranten androhen, die ihre sprachliche „Integration“ nicht schnell genug hinkriegen, täte ich gut daran, mich in mein Kinderzimmer mit Büchern (in neuer deutscher Rechtschreibung) einzuschließen, und den Kauderwelsch auf der Straße toben zu lassen, der das Privileg der Firmenpromoter ist und bleibt.

„fairgeben. fairsorgen. fairteilen. Gottes Spielregeln für eine gerechte Welt.“ (http://www.globaleslernen.de/coremedia/generator/ewik/de/03__Aktionen/Brot_20f_C3_BCr_20die_20Welt_20Adventsaktion.html) Das ist das diesjährige Motto von Brot für die Welt, um für Bepflanzungs- und Ernährungsprogramme in den Armutsländern zu werben. Der Tribut an den öffentlichen Lifestyle, ohne den nichts mehr geht, wird mit „Gottes Spielregeln“ erbracht, und EM und Olympia sind damit in die christliche Promotion eingetütet. Außerdem wird das neoliberale Sprachdenkmal der „Fairness“ erbarungslos zu Wortkalauern verwurstet. Dass die reichen Industriestaaten, deren Regierungen auf Senkung der Importzölle, etwa in Afrika, drängen, durch individuelles Spenden der „Fairness“ genügen, ist so eine Gedankenassoziation, wie sie recht gut in den Konsens der Weltbankpolitik passt. Bleibt viel zu hinterfragen: Wer soll wem was „fairgeben“, wenn „Fairsorgen“ und „Fairteilen“ recht deutlich auf die abgebildeten afrikanischen Landesbewohnerinnen bezogen sind? Kann es denn eine Vergebung für die westliche Monopolpolitik in den Dritte-Welt-Staaten geben, oder, ganz anders: kann von einem „faires“ Geben unter diesen Verhältnissen gesprochen werden? Politische Erörterungen lässt der Doppel-Slang nicht zu. Ihm ist alles im Lot, selbst „The Boat People“ haben jetzt ihren Platz in der sprachlichen Normalität eingenommen. Unter diesem Wort wirbt eine Segelschule in Berlin – zynisch und zeitgemäß: Die Komik über verheerende Sachverhalte ist die Absage an Änderung. Das sichert Erfolg.

Der Slang des Einverständnisses

So ist der Kalauer zwar nicht nur auf der Comedy-Bühne vertreten, doch diese macht den Rahmen augenfällig, in dem die Eliten Welt aufgefasst haben möchten.

Der Polit-Kalauer gehört zum Repertoire bei Lucky Strike: „Die Grünen sind jetzt käuflich“ – da klingt der Abklang der Polit-Satire, und zeigt sich die Etikette: Der Joke über den Rahmen bestehender Ordnung. In der Literatur, auch der Satire, haben Autoren der Doppeldeutigkeit aber immer ihren Platz zugewiesen. Einen

Sonderstatus nimmt dabei zwar wohl Robert Gernhardt ein, der den Kalauer zu seiner bevorzugten Kunst machte, lange bevor die Promoter diesen entdeckten und auswalzten. Aber das weniger virtuose Nonsense-Spiel erlangte im kommerziellen Verschleiß klägliche Popularität und ist der Slang des Einverständnisses geworden. Da dürfte zutreffen, was Karl Kraus über die doppeldeutige Phrase schrieb:

„Ein Volk, sage ich, ist dann fertig, wenn es seine Phrasen noch in einem Lebensstand mitschleppt, wo es deren Inhalt wieder erlebt. Das ist dann der Beweis dafür, dass es diesen Inhalt nicht mehr erlebt.“

Allerdings war sein gesellschaftlicher Bezug dabei kein geringerer als der deutsch-österreichische Bündniskrieg, für den die Presse im Kalauer Stimmung schürte. „Ein U-Boot-Kommandant hält die Fahne hoch, ein Fliegerangriff ist zu Wasser geworden,“ zitiert der „Nörgler“ in Kraus' pazifistischem Monumentalstück „Die letzten Tage der Menschheit“ aus der Presseberichterstattung – und entgegnet diesem Wortspiel mit einem eigenen:

„Papier brennt und hat die Welt entzündet. Zeitungsblätter haben zum Unterzünden des Weltbrands gedient. Erlebt ist nur, dass die letzte Stunde geschlagen hat. Denn Kirchenglocken werden in Kanonen verwandelt.“

Das Wortspiel bei Karl Kraus – ein Werk des Hohns

Kraus übte per Stil eine hämische Verachtung der sinnleeren Doppelphrase. So erwidert er den Kalauer der Presse mit einem Wortspiel, das die gedankliche Metapher von der Verantwortung der schreibenden Zunft aufbürdet. Und er lässt es nicht beim Wortspiel bewenden. Der „Nörgler“ als einzige Urteilsstimme gegen den Krieg wird noch deutlicher, etwa wenn er von der Rolle der Kirche spricht: „Wohl, es kann von ihr nicht verlangt werden, dass sie Gottes Segen für die feindlichen Waffen herabfleht, aber zu einem Fluch für die eigenen hätte sie sich immerhin aufrufen können.“

Dennoch lebt sein Werk auch von den Wortspielen. Die sind, in einer Art Abtragsarbeit am gesellschaftlichen Konsens, zumeist ein Werk des Hohns – „Dies Wiener Herz, es ist aus purem Gold / drum möchte ich es gern für Eisen geben!“. Oder: „Du großer Gott, vertreib

mir diese Zeit! / Hilf mir zurück in meine Kindheit“ („Die letzten Tage der Menschheit“, Suhrkamp 1986).

Als Kalauer ist solches nicht zu bezeichnen: Wenn Kraus ein Wort doppeldeutig anwendete, beschwerte er es mit dem Gegenstand wieder, und bezeugte so die Kraftlosigkeit der Phrase. Seine Intention ist bekannt: Die verhasste Wiener Sinnfälligkeit anzugreifen und das Absoluturteil auszusprechen – wenig wortspielerisch und manchmal ausgesprochen bibellastig – gegen sein Umfeld, die moralistische Donaumonarchie, und gegen den inhumanen Zeitgeist.

„Blühende Neurosen“ betitelte etwa die Autorin Irmgard Keun (www.fembio.org/biographie.php/frau/biographie/irmgard-keun/) ihre Zeitsatire, in der sie die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft aufs Korn nahm. Der Inhalt lässt es nicht bei Kalauern bewenden, wenn Keun die Selbstgefälligkeit im marktwirtschaftlich hochstrebenden Deutschland schildert.

Sehr sprachwendig verfuhr etwa auch der Satiriker Walter Mehring. Wie pointiert immer er in seinen Reimen Zeitjargon bündelte, wäre er auf heutiger Poetry-Bühne doch wohl ausgepiffen worden. Ein Motor ist der Kalauer in seiner Schreibe ganz und gar nicht. In seiner Dichtung gegen den manifesten werden den deutschen Faschismus bis zum Hitlerdeutschland, gegen das er vom Exil aus weiter anschrieb, verbindet er das Zeitgenössische mit Elementen aus der Welt der Spuk- und Meereslegenden, versucht, „das Unsägliche“ (laut Bloch) im nazistischen Zeitgeschehen mit Metaphern aus Natur und Mythen einzukreisen.

In seinen „Briefen aus der Mitternacht“ sucht er nach Entsprechungen für das erlebte Deutschland: „Was sich da tummelt, das verdammt / wer nicht dem braunen Schlamm entstammt, / nicht folgt der glitschigen Moral: / Bist du nicht Hai, sei glatter Aal.“

Noch der Mond, zu dem Verliebte hinaufsehen, erscheint dem Erzähler als Bild für den Gesinnungswahn der Zeitgenossen: „Der tausendfältige Kuppler ist / der Welt verdächtig als Trotzki / Wenn Liebespäpchen Radio hören, / um Linientreue sich zu schwören.“

Sein Doppelsinn, bald wetterleuchtend, bald trocken, spricht doch von einer Tatsache eindeutig: dass der Verfemte nicht

aus seiner Haut kann – und es nicht will. Auch Kalauer begegnen – seltener: „Die Wache gab ihm einen Stoß. / Da stand der Mann im Staatenlos.“ („Mirakel des heiligen Bürokratus“) Wer sich am bloßen Reiz der Dopplung aufhält, mag über so etwas herzlich lachen. Doch die Dichtung ist ungeeignet für Kabarett-Junkies in der abgeklärten Gegenwart. Der Exil-Bericht in den „Briefen aus der Mitternacht“, die Mehring 1937 bis 1941 schrieb, ist von der Suche nach Metaphern für den eigenen Abscheu, von Selbstbehauptung gegen die politische „Polarnacht“ und von persönlicher Verlassenheit auf der Flucht getragen. („Staatenlos im Nirgendwo“, Claassen-Verlag 1981)

Der Positiv-Sound gibt die Richtung an

Die sich mit Standpunkten herumschlagen, haben den Kalauer bei Zeiten verschmäht. Wenn Eindeutigkeit uncool ist, gibt der Dauer-Kalauer jedoch seinen eigenen Aufschluss über gesellschaftliche Stagnation. Als Erzeugnis aus den Thinktanks begleitet er längst politische Veränderungen und wirkt suggestiv. Der Positiv-Sound gibt die Richtung an. Etwa, wenn die Schulumstrukturierungsprogramme der Bertelsmannstiftung für Public Private Partnership „Schule machen“. Die Slogans gehen rascher ins Hirn als die Erörterung der Inhalte. Und Gegner der gesellschaftlichen Vermarktung parierten dann in diesem Sommer: „Bildung ist Mehr Wert“ (www.gew-koeln.de/02/aktuell/themen/personalratswahlen/bk_pv_infoblatt_2008.pdf) – so das Motto der GEW zum Protest gegen die Sparpolitik an Schulen. Selbst Gewerkschaften können heute nicht anders – das zweideutige Label bedeutet nun Mehrheitsfähigkeit. Die GEW, die die Folgen (www.gew.de/Privatisierungsreports.html) der Privatisierung mit der wachsenden Abhängigkeit der Schulen von den kommerziellen Sponsoren und der Verknappung der Lernmittel dokumentiert hat, forderte eine bessere Personalausstattung. Verständigung im Protest gegen die kapitalistischen Gesellschaftsverwalter und ihre Regierung würde aber vielleicht noch bestärkt werden, wenn wir wieder so viel Vernunft aufwenden, einen Satz nicht zu verschmähen, nur weil er eindeutig ist. Überlassen wir den Kalauer ganz den Eliten und der Regierung – ihnen eignet die Unverbindlichkeit als Prinzip, und sie wird auch täglich in ihrer Politik praktiziert, wenn sie allein sich selbst verbindlich bleiben.

Demokratieveressen

ÜBER EINIGE NEUE GEBETSBÜCHER DER DEMOKRATIE

von Franz Schandl

Das mit der Demokratie etwas nicht stimmt, ist heute Konsens, dass sie jedoch das stimmige Konzept für alle Zukunft sei, ebenfalls. Prinzipielle Kritik an der Demokratie ist nicht erlaubt. Gerade deswegen findet sie sich in diesem Organ so oft. Diesmal demonstrieren wir unsere Kritik an drei aktuellen Publikationen, die zwar sehr unterschiedlich sind, aber doch ein Bekenntnis eint.

Originelles suchen wir in den aktuellen Debatten vergebens. Will einer mal besonders amüsan sein wie Florian Felix Weyh, geht das meistens völlig schief (vgl. *Streifzüge* 41, S. 40–41). Im Regelfall sind unsere Publizisten emsig und bieder wie der englische New-Labour-Ideologe Anthony Giddens (vgl. *krisis* 23, S. 150–154), bei dem man sich fragt, wie er jemals in den Ruf gekommen ist, ein renommierter Theoretiker zu sein. Giddens ist nicht einmal ein Blender, er ist bloß langweilig. Er hat nichts zu sagen und er sagt es nicht einmal geschickt.

Aber möglicherweise ist es so, dass Sozialwissenschaft ein selbstreferenzielles Spiel darstellt, das nur sich selbst und seinen akademischen Teilnehmern verpflichtet ist. Auch auf dem theoretischen Gebiet hat solch eine „scientific community“ eine riesige wissenschaftliche Blase gebildet, wo freilich von außen und wahrscheinlich noch weniger von innen her kaum jemand zu unterscheiden vermag, was denn da überhaupt Gehalt hat und was Luft ist. Ist eins irgendwo Prof, hat eins gar in Harvard oder Cambridge unterrichtet und dann noch bei Suhrkamp publiziert, muss das doch ein Kapazunder sein und die Kritiker lediglich Neider und Nörgler.

Postanalytisch

Ähnliches gilt für Colin Crouch. Auch wenn sein Band sympathisch schmal ist, hat der in Warwick „Governance and Public Management“ Lehrende ein geschwätziges Buch veröffentlicht. Da wird immer um den Brei herumgeredet, nur selten kommt da einer auf den Punkt. Die Konturen verschwimmen, nichts prägt sich ein, kaum etwas bleibt hängen. Posttheorie ist postanalytisch. Sie gleicht einer

Gallerte. Was lese ich da gerade?, frage ich mich des Öfteren und lese anderswo, dass es sich hier um ein Standardwerk politischer Theorie handelt. Sprachlos macht das nicht, eher sprachwütig. In der Politik geht es um das Verkaufen markttauglicher Markenprodukte, um die „perfekte Präsentation“ (S. 130), behauptet Crouch. In der Wissenschaft ist das wohl nicht anders.

„Auf Werbung kann man nicht antworten“, schreibt der Autor. „Ihr Ziel ist es nicht, jemanden in eine Diskussion zu verwickeln, sondern ihn zum Kauf zu überreden.“ (S. 38) Richtig, nur dann sollte man sofort weiterdenken und könnte entdecken, dass Werbung als Kommunikation eindimensional funktioniert, nur eine Richtung kennt, sich gar keine Fragen stellen lassen will, weil sie alle Antworten schlagfertig parat hält. Die Debatte ist ihre Sache nicht, sondern das Dekret. Reklame ist auch dazu da, jedes Registrieren auf einen Reflex zu minimieren, Denken als Reflexion gar nicht erst zuzulassen. Wenn sich Politik auf Sager, also „sound bites“ (S. 36) reduziert, dann ist genau dieser Zustand erreicht. Es ist schon richtig, dass der Politik das Selbstvertrauen abhanden gekommen ist (S. 57), nur was ist da weswegen abhanden gekommen? Und ist es irgendwo hingekommen oder ist es einfach untergegangen? So weit dringt Crouch nie vor.

Mit „Postdemokratie“ bezeichnet Colin Crouch „ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, Wahlen, die sogar dazu führen, dass Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle, sie reagieren nur auf Signale, die man ihnen gibt. Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten.“ (S. 10)

Die Vorsilbe „post“ indes ist heikel. Auch wenn man ihr nicht ganz entgehen kann, verweist sie stets auf ein analytisches Defizit, das sich darin ausdrückt, keine aussagekräftigen Begriffe zu finden, und diese daher durch eine zeitliche Bestimmung ersetzt. Das ist nicht falsch, aber es ist ziemlich dürftig. Crouch steht wie viele andere Autoren für dürftige Theorie in bedürftigen Zeiten.

Demokrat, der er ist, beschreibt er die Leute ausschließlich auf der Interessensebene ihrer Charaktermasken. Subjektkritik ist seine Sache nicht. Da haben Freiberufler und Manager dann gute Gründe „sich mit den politischen Interessen des Kapitals zu identifizieren“ (S. 78). Doch wer sagt, dass sie in ihrer Rolle aufgehen? Nicht selten mögen sie gar nicht, was sie tun. Ich kenne unzählige Freiberufler, ja sogar einige Manager, die sich alles andere als mit dem Kapital identifizieren. Und selbst viele, die es tun, empfinden es eher als Unterwerfung denn als Selbstbestimmung.

Böse Unternehmen

Da ist viel abgeschmackte Litanei: Der Markt darf zwar „keinen Zweck an sich“ (S. 108) darstellen, aber der Zweck für sich ist schon in Ordnung, denn „ganz offensichtlich wären Kaufleute nicht bereit, Läden aufzumachen, wenn wir die Kassen und die Prozedur, Ware gegen Geld zu tauschen, nicht akzeptieren würden“. (S. 110) Als Warenhändler zweifellos nicht, denn als solche definieren sie sich über ihre Geschäfte. Aber wozu benötigt man Kauf und Geschäft? Für den gesellschaft-

Colin Crouch, *Postdemokratie*. Aus dem Englischen von Nikolaus Gramm, edition suhrkamp, Frankfurt am Main 2008, 160 Seiten, 10 Euro.

Emanuel Richter, *Die Wurzeln der Demokratie*. Velbrück Wissenschaft, Weilerwist 2008, 342 Seiten, 39,90 Euro.

Robert Kagan, *Die Demokratie und ihre Feinde*. Wer gestaltet die neue Weltordnung? Aus dem amerikanischen Englisch von Thorsten Schmidt, Siedler Verlag, München 2008, 128 Seiten, 16,95 Euro.

lichen Stoffwechsel oder für den Geldkreislauf? Die Frage stellt sich doch anders: Würden wir Mehl und Stiefel nicht nehmen, wenn sie nichts kosten? Und würden die Produzenten sie behalten, wenn sie kein Geld dafür bekämen?

Abwegige Gedanken sind des Autors Stärke nicht, im Gegenteil, er ist geradezu beseelt von einer alten Idee: „Ich habe in diesem Buch zu zeigen versucht, dass die wichtigste Ursache für den Niedergang der Demokratie heute in dem Ungleichgewicht zwischen der Rolle der Interessen der Unternehmen und denen aller übrigen Gruppen der Gesellschaft besteht.“ (S. 133) Das Problem ist ihm also die Überwertigkeit der Unternehmer, nicht die Strukturierung der Gesellschaft nach Wert und Arbeit, Tausch und Profit.

Unternehmer und Manager haben zu viel Macht, ja Crouch sieht sogar eine „postdemokratische Verschwörung“ (S. 141). Daher: Lasset uns „reglementieren“ (S. 139)! Doch nicht Behörden und private Beratungsfirmen sollen das machen, sondern – dreimal darf man raten – die aktiven und interessierten Bürger sollen ran. „Wir müssen daher diese beiden auf den ersten Blick unvereinbaren Formen des politischen Engagements – soziale Bewegungen und Parteien – miteinander kombinieren.“ (S. 142) GO und NGO schlagen Unternehmer k.o. Zweifellos, solcherlei bahnbrechende Erkenntnis ist in den letzten hundert Jahren tatsächlich niemandem eingefallen. Das ist so originell wie ein abgetragener Socken in der Schmutzwäsche.

Was ein echter Sozialdemokrat ist, der bezweifelt natürlich nicht, dass jemand schuld sein muss. Aber eben nicht die Immigranten, auch nicht die Politiker und Beamten, sondern die großen Unternehmen, die seien die „wahre Ursache dieser Probleme“. (S. 151) Wahrlich, es ist ein Abgesang: „Für frühere Generationen radikaler politischer Denker wäre diese Aussage der Anlass gewesen, die Abschaffung des Kapitalismus zu fordern. Diese Option steht heute nicht länger offen“ (S. 133), resümiert ein Autor, der seine Illusionslosigkeit mit einer Perspektive verwechselt. Der Kapitalismus muss hingegen gefesselt werden, das ist die sexuelle Phantasie, die alle reformistischen Sadisten aus- und erleben wollen. Utensilien werden bereits gesucht. „Daher muss es darum gehen, Instrumente zu finden, die die Dynamik und den Unternehmensgeist des Kapitalismus bewahren und zugleich die Firmen und ihre Spitzenmanager daran hindern, in

einem Ausmaß politische Macht auszuüben, das nicht mit demokratischen Prinzipien vereinbar ist.“ (S. 134)

Einmal mehr soll die Politik den Markt vor seinen Konsequenzen retten. Es ist ein Aufruf, ja ein Gebet, doch die alten sozialdemokratisch-keynesianischen Strukturen wieder herzustellen. Alles läuft auf die grandiose Banalität hinaus, dass da eine falsche Politik gemacht wird. Seichtester Sozialdemokratismus inszeniert sich als Alternative zum Neoliberalismus. Man ist bei der Lektüre nicht nur ungeduldig, man wird zusehends unlustig. Muss man Colin Crouch gelesen haben? – Nein, diese Rezension reicht.

Ontologische Fallen

Die Frage, ob die Menschen von Natur aus Freunde oder Feinde sind (S. 32), ist als Entscheidungsfrage eine falsch gestellte. Zu fragen wäre vielmehr, welche Bedingungen welche Dispositive begünstigen oder gar schaffen. Die Frage nach der Natur des Menschen ist kein zielführende. Sie will etwas finden, wo es nichts zu suchen gibt. Von einer Naturalisierung der Verhältnisse sprechen wir, wenn etwa Krieg, Geld, Tausch, Politik oder eben auch Demokratie als apriorische Bestimmungen des Menschseins angegeben werden. Wenn das, was sich gesellschaftlich konstituiert, als natürlich begriffen wird, das Gesetzte als Vorausgesetztes auftritt.

„Meistens zehrt die Plausibilität entsprechender Modelle von den Verhaltensweisen, die Menschen gegenwärtig zum Ausdruck bringen und die Rückschlüsse auf die allgemeinen menschlichen Charaktereigenschaften nahelegen“ (S. 32), schreibt auch Emanuel Richter, Professor für Politikwissenschaft in Aachen, der kein Vertreter einer „Fiktion eines Naturzustandes“ (S. 68) sein will. Umso erstaunlicher, dass er selbst vorsätzlich in die ontologische Falle tappt, indem er schlicht behauptet, dass Demokratie „dem grundlegenden menschlichen Selbstverständnis am ehesten entspricht“ (S. 14), und somit jede Historisierung der Demokratie strikt zurückweist.

Sind jene vordemokratischen Menschen also keine Menschen gewesen? Wahrscheinlich. Schon der auf die Natur verweisende Buchtitel „Wurzeln der Demokratie“ lässt ahnen, dass sie mehr als eine spezifische Kommunikationsform des Gesellschaftlichen sei: „Demokratie ist Bestandteil jener Sozialintegration, die unabkÖmmlich zum Menschen gehört, sie ist Teil unserer Identität. De-

mokratie ist also kein beliebiger Mechanismus der politischen Entscheidungsfindung, sondern eine dem Menschen angemessene Form der Selbstkonstituierung in kollektiven Lebenszusammenhängen.“ (S. 16)

Solche Formulierungen wiederholen sich andauernd, Demokratie gerät zur Anrufung, Postulat geht vor Analyse. Während draußen ein deziderter, wenn auch unartikulierter Abgesang tönt, wird in den akademischen Hallen ein Heldenlied angestimmt. Der Autor kategorisiert Demokratie gar als „unendliches Projekt“ (S. 15). Gleich im Vorwort legt er ein umfassendes Bekenntnis zur „Demokratieveressenheit“ (S. 9) ab, die er ganz prononciert gegen die Demokratieverdrossenheit setzt, wobei er allerdings nicht sagt, worin denn nun diese „wurzelt“. Es geht ihm jedenfalls um die „Stärkung der Demokratie“ (S. 14), die Rekonstruktion derselben (S. 21), nicht deren Dekonstruktion ist seine Sache.

Sein Buch soll eines sein gegen „träge Akzeptanz oder ignorante Apathie“. Wichtig und notwendig sei eine aktive Bürgerschaft (S. 245 f.). Demokratie hat in dieser Vorstellung nicht eine bloß teleologische Komponente, sie ist vielmehr Essenz des menschlichen Wesens, Richter spricht gar von einer „anthropologischen Verankerung“ (S. 15). Unter solchen Voraussetzungen wird jede grundsätzliche Kritik an der Demokratie nicht nur schwierig, sie wird unmöglich, ist gleichbedeutend mit einer Kritik der Verdauung.

Kaprizierte Blicke

Entscheidungen statt Lebensumstände sollen das Leben prägen (S. 78): „Durch diese Wahlfreiheit wird das Individuum zugleich potenziell zu einem Akteur demokratischer Prozesse“ (S. 88), schreibt der Autor. Nur, ist dem so? Ist es mit der viel gelobten Autonomie wirklich so weit her? Ist diese Freiheit nicht (frei nach Hegel) allzu oft bloß Einsicht in die Notwendigkeit? Wäre es nicht naheliegend, sich insbesondere den Charakter unserer Möglichkeiten näher anzusehen? Nicht nur Mangel und Einschränkung der Freiheit sind zu betrachten, sondern auch deren spezifische Qualität. Denn wo oder was sind Freiheit und Demokratie in Büro oder Fabrik? Ist es nicht eher so, dass Freiheit und Unfreiheit mehr Identität aufweisen, als sie dürfen, und daher solche Aspekte einfach ausgeblendet werden? Hier herrscht Verdrängung. Auch unser Autor bewegt sich ganz in den konventionellen Bahnen seiner

Wissenschaft. Er folgt einem stark kaprizierten Blick.

Es klingt ja sympathisch, wenn „möglichst alle Bürger in die Regelung ihrer demokratischen Belange integriert“ (S. 15) werden sollen. Doch überlegen wir, was das heißt, denn schon die Fragen, die den Bürgern gestellt werden, können nicht demokratisch entschieden werden, sondern sind vorentschiedene Angebote. Es gibt auch keine unendliche Partizipationskapazität, sondern eine begrenzte. Könnte es nicht sein, dass gerade in der Informationsgesellschaft zu viel statt zu wenig kommentiert und diskutiert wird? Und jetzt sage niemand, es kann gar nicht zu wenig debattiert werden. Es ist keine Frage der Quantitäten. Richters diesbezügliche Einwände gegen die elektronische Demokratie sind ja durchaus plausibel. (S. 160 ff.)

Auf jeden Fall ist es ein, wenn auch etwas mühsam zu lesendes, so doch materialreiches Buch. Verblüffend ist aber, dass Richter die inneren Probleme der Demokratie mit großer Akribie behandelt, nicht jedoch ihre äußeren gesellschaftlichen Bedingungen. So fehlt der Zusammenhang von Nationalstaat und Demokratie völlig. Nichts auch zum Verhältnis von Geld und Demokratie. Diese wird eher als Modell (siehe z.B. das Kapitel über „Deliberation“, S. 111 ff.) denn als Wirklichkeit erörtert. Krisenerscheinungen der Demokratie werden bloß als konjunkturelle oder organisatorische suggeriert, nicht als strukturelle. Dass die Demokratie als Form an ihre Grenzen stößt, wie das etwa Jean-Marie Guéhenno in seinem aufschlussreichen Band „Das Ende der Demokratie“ (1993) beschrieben hat, solchen Erwägungen steht Richter nicht nur fern, er findet sie anscheinend nicht einmal diskussionswürdig. Guéhenno fehlt übrigens auch bei Crouch.

Lokführer der Demokratie

Wer es gerne primitiv hat, ist mit Robert Kagan gut bedient. Kagan zählt zu den bekanntesten US-amerikanischen Neokonservativen, er ist Mitbegründer der Denkfabrik „Project for the New American Century“ (PNAC) und schreibt eine monatliche Kolumne in der „Washington Post“. Der vorliegende Essay ist weder prägnant noch pointiert, ja nicht einmal besonders schrill, aber umso mehr ein lautes Inserat. Die Aufteilung in „Gut“ und „Böse“ setzt den Maßstab und sanktioniert die Abweichung. Was übrig bleibt, ist eine kleine Kampfibel, die allen analyti-

schen Kriterien und Ansprüchen spottet. Es ist ein Band, der sich in demokratischen Beschwörungen und freiheitlichen Stoßgebeten ergeht.

Theoretische Dürftigkeit ist freilich kein Hindernis für überzeugte Dreistigkeit. Im Gegenteil, ohne jene könnte man diese kaum aufbringen. Abgespult wird das alles in einem selbstgefälligen Plauderton: „Bei Nationen, die miteinander Handel trieben, wäre die Gefahr gering, dass sie einander bekämpften“ (S. 12), behauptet er allen Ernstes. Oder Henry Kissinger zitierend: „Der internationale Wettbewerb sei Bestandteil der menschlichen Natur und werde früher oder später wieder ausbrechen.“ (S. 16) Russen als auch Chinesen lebten in anderen Jahrhunderten. (S. 24, 40) Sie sind hintennach, aber da alle Modernisierung sowieso Richtung Liberalismus laufe, ist das nicht so tragisch. Die USA hingegen werden vorgestellt als „Lokomotive an der Spitze der Menschheit“ (S. 13). Und Robert Kagan ist als Berater der gegenwärtigen US-Regierung wohl ein Lokführer derselben.

„Indiens Diplomaten spielen die anderen Großmächte gern gegeneinander aus und erwärmen sich manchmal für Russland, manchmal für China.“ (S. 80) Zweifellos, geht es gegen China, ist man auch mal für Burma, geht es gegen Pakistan, ist man auch für die USA, wie die neuesten Annäherungen zeigen. Indes, machen die das nun, weil sie Inder oder weil sie Diplomaten sind? Und kommt so was in den USA gar nicht vor? Gehören solche Praktiken und Taktiken nicht zum ehernen Rüstzeug jedweder staatlichen Geopolitik? In Kagans „Konzert der Demokratien“ (S. 105) wird vergessen, dass diverse Schurken (Staaten wie Banden) eine durchaus positive Rolle spielen, wenn sie nur als ‚unsere Schurken‘ verwendbar sind. Und das kann wechseln, siehe Irak, dem daher Folgendes passieren musste: „Der Irak ist vom unversöhnlichen Anti-Amerikanismus unter Saddam Hussein zur Abhängigkeit von den USA übergegangen.“ (S. 98) Nicht anders kann dieser Prozess von der Erwärmung bis zur Entzündung eines Landes gedeutet werden.

DNA und USA

Aufgetischt wird einmal mehr das alte Märchen, dass der Liberalismus nicht autokratisch sei. Das geht deswegen rein, weil dessen primäre Zwänge derart in Fleisch und Blut übergegangen sind, dass sie nicht als solche, sondern als unhintergebar er-

scheinen. Indes hat bloß Selbstbeherrschung personale Herrschaft als erste Vollzugsinstanz ersetzt, wobei auch Letztere vorhanden ist. Die Marktgesetze reproduzieren sich in den westlichen Metropolen auf hohem Niveau durch die verinnerlichte Selbstläufigkeit menschlichen Handelns. Autokratische Systeme können dieses Niveau nicht halten und müssen es daher durch restriktive Politiken substituieren. Das ist ein Unterschied, aber er ist einer innerhalb des akkordierten Modus globaler Verwertung und Selbstverwertung.

Dass die Welt viel zu komplex ist, um sie in einem kruden Gegensatz Demokratie–Autokratie aufzulösen, dass vielleicht historische Entwicklungen, räumliche Gegebenheiten, politische, kulturelle und vor allem auch wirtschaftliche Verhältnisse als gewichtige Aspekte im Kontext zu berücksichtigen wären, derlei Gedanken will Kagan gar nicht erst zulassen. Die Welt ist für ihn sonnenklar, weil sonnenklar ist, wo er hingehört. Er ist ein schneidiger Offizier der Freiheit, ein entschlossener Propagandist der Demokratie. So legt die Position die Passion fest und jede differenzierte Beurteilung erstickt schon mal vorab im nationalen Interesse. Bevor er das Hirn einschaltet, hat er die Fahne schon geschwenkt.

Die Nation wiederum entwächst bei ihm den natürlichen Regungen, die da wären „Liebe, Hass, Ehrgeiz, Furcht, Ehre, Scham, Patriotismus, Ideologie und Glauben, lauter Dinge, für die Menschen kämpfen und um ihretwillen sie sterben, heute wie in den vergangenen Jahrtausenden.“ (S. 80) Und in Ewigkeit, Amen! Die Natur hat es unserem Autor überhaupt angetan. Wo es kein Argument gibt, und das gibt es selten, ist jene stets parat. In einem Artikel für „Die Welt“ vom 28. Oktober 2006 heißt es: „Der Drang der Vereinigten Staaten zur Expansion ist weder neu noch ein Verrat an ihren Idealen. Er ist Teil von Amerikas DNA. Seit der erste Pilger seinen Fuß auf den Kontinent setzte, war Amerika eine expansive Macht.“ Und noch einmal, weil’s so schön ist: „Amerikas Expansionsdrang und sein Hang zur Dominanz sind kein Verrat an unserer wahren Natur – sie sind unsere Natur.“ – Sollte da wirklich nur noch Genmanipulation helfen?

jenseits
www.streifzuege.org

Penetranz zur Potenz

von Maria Wöflingseder

Seit mit der Strategie „Immer-weiter, Immer-höher, Immer-schneller“ keine Beute mehr zu machen ist, werden die verzweifelten Versuche, das Business auch am Totenbett noch aufrechtzuerhalten, höchst penetrant. Business as usual is over – seine Adepten schlagen umso wilder um sich. Sie treffen jeden, keiner entkommt dem irren Treiben.

Kaum habe ich mich zum PC gesetzt, um diese Kolumne zu schreiben, läutet – am Samstag Nachmittag! – das Telefon: „Hier spricht Herr XY von der Zeitung Österreich, spreche ich mit Frau Maria Wöflingseder?“ ... „Frau Wöflingseder, ich rufe Sie an, weil Sie ja einmal Österreich getestet haben...“ „Nein, diese Zeitung habe ich sicher nicht getestet!“ „Aber Sie kennen doch die Zeitung Österreich, Frau Wöflingseder...“ – Wer nicht spätestens jetzt die Notbremse zieht, wird den Anrufer so schnell nicht mehr los.

Sie gehören mittlerweile zum Alltag, unzählige ungebetene AnruferInnen, die einem von Tageszeitungen und Magazinen übers Spezialbett bis zum Lottoschein oder zur Versicherungsüberprüfung alles nur Erdenkliche andrehen wollen, genauer gesagt: andrehen wollen müssen. – Jede Privatperson, die eine andere in solch ungebetener Weise behelligt, hätte sofort eine Stalking-Klage am Hals! Aber im geheiligten Namen des Business ist fast alles erlaubt, und was nicht erlaubt ist, wird trotzdem gemacht und kaum geahndet.

Tagtäglich sind wir – auch im ansonst in jeder Hinsicht sehr streng reglementierten öffentlichen Raum – gezwungenermaßen mit Plakat-, Fernseh-, Radio- und Kinowerbung konfrontiert, mit jener in Zeitungen, Zeitschriften sowie im Internet, und mit all den SMS- und Mail-Zusendungen, der Werbeflut im Postkasten, an der Wohnungstür und an der Windschutzscheibe des Autos. Die Papierberge können nicht einmal ignoriert werden, sie müssen zumindest entsorgt werden. Überdies werden Autofahrer an Straßenkreuzungen immer öfter von aufwendig kostümierten Mädels vom Werbezirkus bestürmt. Penetranz ist zu einem neuen Leitmotiv geworden. Bisher haben wir uns „nur“ der akustischen und visuellen Werbebotschaften erwehren müssen. All die diesbezüglichen Konsumenten-

tenschutzaktivitäten hecheln permanent den immer kruder werdenden Methoden hinterher oder sie sind sowieso für die Katz. So wird etwa das offizielle „Bitte keine Werbung“-Pickerl an der Wohnungstür oder im Postkasten zunehmend ignoriert. Der Konsumentenschutz rät zu Besitzstörungsklagen. Welch Aufwand für den Einzelnen! – Neuerdings haben wir Werbung aber nicht nur zur Kenntnis zu nehmen und Konsum zu absolvieren, sondern ab sofort müssen wir uns bei Unwilligkeit ungehaltenen, mitunter aggressiven Keilern gegenüber *rechtfertigen*, warum wir etwas *nicht* konsumieren wollen. Von Konsumzwang zum Zwangskonsum?

Eine ganze neue Branche hat sich dazu formiert – die der Call-Center. Wie viele Call-Center-Agents es in Österreich gibt, weiß nicht einmal die Gewerkschaft, obwohl sie sich – reichlich spät – der höchst „prekären“ Arbeitsverhältnisse ein wenig angenommen hat. Die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung sind großteils so mies, dass sogar ansonst schwervermittelbare überqualifizierte AkademikerInnen hier einen Job finden. Nach mehreren Versuchen ist es auch mir gelungen, mich im letzten dreiviertel Jahr in zwei dieser Penetrier-Anstalten zu erproben.

Der Arbeitsvertrag war schlicht illegal. Punkt 1 lautete: „Der Arbeitsort und die Arbeitszeit sind frei wählbar.“ Was mitnichten der Fall war, aber nur so wird jemand ein freier Dienstnehmer, der de iure ein Angestellter sein müsste. Damit ist auch das Arbeitsinspektorat nicht zuständig für die Arbeitsplätze der „Prekären“, die in viel zu beengten lauten Räumen sitzen – zu zwanzig auf ca. 40 m², Schulter an Schulter lautstark um die Wette telefonierend, bereichert durch den Lärm einer stark befahrenen Straße, bei sommerlicher Hitze oder vor dem Tiefkühlgebläse der Klimaanlage. Der PC gibt den Telefonier-Takt vor, Pausen werden nicht bezahlt. Für erfolgreiche Probe-Abos gibt es eine geringe Provision, wobei allerdings nie überprüft werden kann, ob die Angaben über die Stornos stimmen. Der Clou: In den anzurufenden Datensätzen befinden sich *nicht* ausgewiesen auch solche Personen, die bereits ein Abo beziehen oder gerade ein Gratis-Test-Abo hatten. In Call-Centern ohne solchen Datenschrott, wo der-

selben Tätigkeit nachgegangen wird (Krone- und Kurier-Gratis-Test-Abos keilen), ist die Verdienstmöglichkeit um einiges höher. Aber der Verdienst ist ohnehin selten der Anreiz. Für viele Frauen, denen noch etliche Jahre bis zur Pension fehlen, ist es die Versicherung, die sie zwingt hierher zu kommen; auch hochqualifizierte Freiberufler, die sich aber keine Versicherung leisten können, – etwa ein ausgebildeter (Radio-)Sprecher – verdingen sich hier wohl oder übel.

In die Rolle einer Telefonkeilerin zu schlüpfen, kostet große Überwindung. In der Hitze des Sommers waren oft nur Alte und Kranke erreichbar. Manchmal erlaubt man sich, ein paar nette Worte auszutauschen – z.B. mit einem 100-jährigen Kärntner, oder einer 80-jährigen Tirolerin, der die verbleibende Lebenszeit zu schade zum Zeitunglesen ist, da noch viele gute Bücher warten. Aber in der Früh oder am Nachmittag Leute aus dem Schlaf zu läuten oder mehrmals an eine Frau zu geraten, dessen Gatte gerade einen Schlaganfall oder einen Herzinfarkt erlitten hat oder dessen Kind einen Unfall hatte, führt einem die Penetranz der Unternehmung klar vor Augen – zumal man ja nicht im einzigen Call-Center sitzt, das diesen „Kunden“ auf den Wecker geht.

Wer sich mit Fragen zur Legalität des Arbeitsvertrages oder der Arbeitsbedingungen an die Arbeiterkammer wendet, erhält den weisen Rat, bei Ungereimtheiten diese Firma am besten zu meiden...

Angesichts des Lärms, des Stress' und der Widersinnigkeiten wird einem hautnah bewusst, warum der Verbrauch an Schlafmittel, Antidepressiva und Blutdrucksenkern ständig steigt. Oft gibt es auch in der Freizeit wenig Möglichkeit zur Entspannung, weil der Lärmpegel selten sinkt: Baustellen- und Fluglärm, dazu Gedröhn und Gekreische (unerklärlicherweise „Musik“ genannt) aus den Nachbarwohnungen, in den Geschäften und auch in den Öffis aus ständig ein bis drei Paar Kopfhörern. Wer vor all dem für eine rare Stunde ins Gänsehäufel, das Freibad an der Alten Donau, zu entkommen hofft, den empfängt dort der allerlauteste Radau – ein PR-Event von Radio Wien – noch am äußersten Inselzipfel qualvoll vernehmbar!

Brüder, zum Gesetze, zur Freiheit

ÜBER DEN ZUSAMMENHANG VON ISLAMISMUS UND WESTLICHEN WERTEN

von Karl-Heinz Lewed

Im Jahre 1936 sandte Hasan al-Banna, Grundschullehrer, Gründer und Führer der Muslimbruderschaft, eine Schrift mit dem Titel „Aufbruch zum Licht“ an den ägyptischen König Faruq. Darin forderte al-Banna eine Neuausrichtung, ja eine Wiedergeburt der ägyptischen Nation: Nur durch die Stärkung der „arabischen“ und „islamischen Einheit“ könne die „verlorene Unabhängigkeit und Souveränität“ gegenüber dem Einfluss des verkommenen Westens wiedergewonnen werden. Zeitgeschichtlicher Hintergrund war die damalige Loslösung Ägyptens von englischer Kolonialherrschaft und die Ausrufung nationaler Souveränität. In seinem Traktat verknüpfte al-Banna die Ideologie des „Erwachens der Nation“ mit einem strikt politisch formulierten Programm, das nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche umfasste, von Justiz und Verwaltung bis hin zu Bildung, Sozialwesen und Ökonomie.

Islamismus und Modernisierung

Wenn man einmal von der Anrufung Gottes als politischer Legitimationsinstanz absehen, unterscheiden sich die dort formulierten Leitlinien in keiner Weise von der ideologischen Programmatik der Disziplinierung und Formierung, die die Durchsetzung der Moderne insgesamt begleiteten. In der modernistischen Strömung des Islamismus, deren wichtigster Repräsentant die Bewegung der Muslimbruderschaft in Ägypten war, wurde der Prozess der Modernisierung und Säkularisierung bloß im Vokabular eines religiös gewendeten Fundamentalismus formuliert. Bei der totalitären Programmatik des Islamismus handelt es sich also um nichts anderes als um die „islamische Variante des modernen ‚Zeitalters der Ideologien‘“, wie der Islamwissenschaftler Andreas Meier treffend bemerkt hat (Meier, S. 169). Das zentrale Ziel, das im Zuge des Modernisierungsprozesses angestrebt wurde, war – wie al-Banna proklamierte – die „Gewöhnung des Volkes an die Respektierung der öffentlichen Sitten“ (zit. nach Meier, S. 181), die „Bekämpfung derjenigen Volkssitten, die in wirtschaftlicher, moralischer oder sonstiger Hinsicht

schädlich sind“ und die „Umlenkung der Massen zu nutzbringenden Bräuchen oder Korrektur jener Sitten in dem Sinn, dass sie mit dem öffentlichen Interesse in Einklang stehen“ (ebd., S. 182).

Da für die Ideologen der Modernisierung die durchgreifende Unterwerfung aller Lebenszusammenhänge unter die Logik der modernen Form auf der historischen Tagesordnung stand, versuchte man die hergebrachten Sitten bis in die letzten Winkel hinein aufzulösen und durch neue, an der Moderne orientierte zu ersetzen. In diesem Sinne formulierte al-Banna eine Vielzahl reglementierender Anweisungen, Gesetze und Verordnungen, die noch die feinsten Verästelungen alltäglicher Lebenspraxis betrafen. So forderte er beispielsweise die „Festsetzung der Öffnungs- und Schließungszeiten für die öffentlichen Cafés“ und die „Kontrolle der Aktivitäten ihrer Besucher und ihre Anleitung zu nützlichen Beschäftigungen anstatt die viele Zeit zu verschwenden“ (ebd., S. 182). Diese von ihm so genannten „praktischen Schritte“ des national-religiösen Erweckungsprogramms lesen sich über weite Strecken wie schwarze Pädagogik im Sinne der Disziplinierung des neu zu bildenden Nationalkörpers. Wie bei allen Modernisierungsbewegungen war dieser Formierungsprozess ideologisch bezogen auf einen „höheren“ und sinnstiftenden Zusammenhang der Nation, nur mit dem Zusatz einer in Gott verbürgten Souveränität. Das Disziplinierungsprogramm der Muslimbrüder wurde deswegen auch ergänzt durch einen irrationalen Rahmen „spirituelle(n) Empfinden(s) ..., welches die Nation (umma) bei ihrem neuen Erwachen beflügeln muss“ (ebd., S. 180).

Freiheit versus Kollektivismus

Für den westlichen Aufklärungsstandpunkt bildet nun gerade die Auffälligkeit repressiver staatlicher Gewalt den Einsatzpunkt für dessen Kritik am Islamismus. In diesem scheint das gänzlich ausgelöscht, was für das westlich-aufgeklärte Denken als Inbegriff zivilisierter und fortschrittlicher Verhältnisse gilt, nämlich die individuelle Freiheit. Die repressive und totali-

täre Verwirklichung einer Ideologie sei das Gegenbild westlich-moderner Gesellschaftlichkeit, die auf der Selbstbestimmung und dem freien Willen des Einzelnen gründe. Dies gelte umso mehr, wenn diese Ideologie nicht mehr wie im untergegangenen Realsozialismus ein politisches System repräsentiere, sondern sich auf religiös-regressive Traditionen stütze, die direkt einer „archaischen Hirtenkultur“ (Ralph Giordano) entstammen würden. Laut Aufklärungsstandpunkt ist die Autonomie des Einzelnen und die Vernunft der bürgerlichen Gesellschaft mit Totalitarismen aller Art gänzlich unvereinbar.

Diese Frontstellung, totalitäre Ideologie versus individuelle Freiheit, repressive Herrschaft versus persönliche Autonomie, ist indes ein Evergreen bürgerlicher Selbstlegitimierung und überdies die klassische Methode, deren eigenen Herrschaftscharakter unsichtbar werden zu lassen. Natürlich handelt es sich bei totalitären Systemen und dem dazugehörigen Kollektivismus, auch oder besonders wenn sie sich ein religiöses Mäntelchen umhängen, um repressive Herrschaftsformen. Doch der Umkehrschluss, die Kategorie des „freien Willens“ wäre dagegen der Anknüpfungspunkt emanzipativen Versprechens, verkennt völlig die innere Struktur der modernen Herrschaftsbeziehungen. Kollektivismus und Totalitarismus einerseits, abstrakte Freiheit und „ungesellschaftliche Gesellschaftlichkeit“ (Marx) andererseits gehören einem gemeinsamen und übergreifenden Bezugssystem moderner Herrschaftsverhältnisse an. Sie sind die unzertrennlichen Geschwister der modernen gesellschaftlichen Form.

Ein wesentliches Moment totalitärer Herrschaftspraxis bestand gerade darin, traditionelle Lebenszusammenhänge aufzulösen und diese durch die abstrakte Beziehungsform zwischen den „vereinzelt Einzelnen“ (Marx) zu ersetzen. An die Stelle diversifizierter Herrschaftsverhältnisse trat das abstrakte Prinzip von Ware, Arbeit und Recht, während sich der gesellschaftliche Zusammenhang in ein anonymes Verhältnis innerhalb einer homogenen Massengesellschaft verwandelte. Im Zuge der Durchsetzung der modernen Warengesellschaft trat die äußerliche

Herrschaft von Staat und nationaler Politik freilich zurück, um als abstrakte Herrschaftsform des freien Willens unmittelbar mit diesen „vereinzelt Einzelnen“ identisch zu werden. Am Ende dieses Prozesses bedarf es kaum noch der staatlichen Lenkung und Kontrolle, um die Einzelnen der Diktatur von abstrakter Arbeit und abstrakter Zeit zu unterwerfen, sondern diese folgen den Vorgaben moderner Logik quasi von selbst.

Für den spezifischen Mechanismus von abstrakter Herrschaft heißt dies, dass die individuelle Form subtiler dimensioniert ist und jene deshalb viel weniger angreifbar macht als die dem Einzelnen offen gegenüberstehende staatliche Gewalt. Das moderne Individuum ist im Regelfall nicht mehr der offenen Repression unterworfen, sondern den Gesetzen verselbstständigter Gesellschaftlichkeit und deren Sachzwängen, für die keiner mehr persönlich verantwortlich gemacht werden kann. Mit diesem historischen Vorsprung im Rücken konnte indes der Standpunkt individueller Selbstunterwerfung, alias bürgerliche Autonomie, die äußerliche Herrschaft der Modernisierungsdiktaturen stets als Kontrapunkt darstellen.

Nun ist der Realsozialismus zwar längst Geschichte, was jedoch überdauert hat, ist das Bedürfnis nach Legitimierung des Standpunkts individueller Freiheit. Im islamischen Fundamentalismus hat die aus Zeiten der Blockkonfrontation eingeschleifte Selbstimmunisierungsstrategie der bürgerlichen Werte einen aktuellen Widerpart gefunden. Der ständige beschwörende Hinweis auf die besondere Würde der westlichen Werte verdankt sich wohl auch dem Umstand, dass diese selbst immer repressivere Formen annehmen. In einer Zeit, in der sich das Selbstunternehmertum der Arbeitskraft verallgemeinert, trägt schließlich der Einzelne selbst das Risiko des Scheiterns und damit seiner Verelendung. Die Herrschaft der bürgerlichen Vergesellschaftung geht unvermittelt durch die Individuen hindurch und ist nicht mehr ein bloß äußeres Verhältnis zwischen Einzelnem und einem repressiven Staatsorgan. Insofern kann mit dem Bedrohungsszenario einer totalitären Herrschaft des religiösen Fundamentalismus trefflich davon abgelenkt werden, wie totalitär die westlichen Werte der Freiheit selbst sind.

Das Panier der Freiheit ist das Gesetz

Doch gerade was die Kategorie der Freiheit und Selbstbestimmung als herausge-

hobenes Moment der Aufklärung angeht, bahnt sich schon seit geraumer Zeit ein Umschwung in den westlichen Gesellschaften an. Auf verschiedenen Ebenen wird eine Tendenz sichtbar, die Einzelnen strikt an die reglementierende und kontrollierende Funktion des Gesetzes rückzubinden und die Freiheit auf ihre Kerndimension, die Bindung an das Recht, zu reduzieren. Im Zuge dieser Entwicklung sieht sich die bürgerliche Subjektivität zunehmender individueller Disziplinierung und einer Stärkung öffentlicher Ordnung unterworfen. So wird die Überwachung zum Alltäglichen, die Kontrolle via Sozialsystem und Arbeitszwang zur Normalität, das Bildungssystem zur Selektionsanstalt und der politische Ausnahmezustand zum Graubereich staatlicher Praxis. Ergänzt und komplettiert wird diese äußere Disziplinierung von einer nach innen gewendeten Dimension: Man muss sich selbst härter an die Kandare nehmen, diszipliniert an Qualifikation und Profil arbeiten, sich insgesamt also möglichst stromlinienförmig dem Diktat von Angebot und Nachfrage und den repressiven Vorgaben des Marktes unterwerfen.

1989 konnte Thomas Meyer in seiner Kampfschrift gegen den „Fundamentalismus“ und der Verteidigung der Aufklärung als „kultureller Moderne“ noch schreiben: „Niemals zuvor (vor der ‚Aufklärung‘, K.L.) in der Geschichte der Menschheit kannte der Einzelne eine solche Befriedigung materieller Lebensbedürfnisse und solche Chancen der Ausbildung und Entfaltung seiner Persönlichkeit. Niemals zuvor hatte er wie heute die Chance der Selbstbestimmung über sein persönliches Leben und der Einflussnahme auf die gemeinsamen Angelegenheiten“ (Meyer, S. 155f.). Gegenüber solchem Enthusiasmus über die Segnungen moderner Vernunft und der bürgerlichen Form ist derweil Ernüchterung eingetreten.

Vor allem die Versprechungen, die das gesellschaftliche Klima der letzten Jahrzehnte entscheidend geprägt hatten, die postmoderne Lebensweltperspektive mit überall verfügbaren Möglichkeiten und Chancen, haben neuer Sachlichkeit und neuen Zwängen Platz gemacht. Die Perspektive individueller Selbstverwirklichung entpuppt sich angesichts von Prekarisierung, Selbstunternehmertum und sozialem Ausschluss immer mehr als Strafanstalt des abstrakten Ichs. Aus den Karriereträumen in innovativen Zukunftsbranchen ist oftmals nur eine Existenz als Call-Center-Agent, Milchaufschäumer bei Starbucks oder als 1-Euro-Jobber

übrig geblieben. Angesichts der unübersehbaren sozialen Marginalisierung bestimmt den gesellschaftlichen Horizont nicht mehr das überschäumende Versprechen individueller Freiheit, sondern das Einfügen in den verbindlichen Kanon gesetzesförmiger Repression. Ob als repressive Selbstbestimmung und frei gewählte Disziplinierung oder als strenger Arm des Gesetzes.

Die Erfahrung wachsender sozialer Verwerfungen lässt das moderne Subjekt dabei aber keineswegs an der gesellschaftlichen Matrix zweifeln, in der es sich bewegt. Ganz im Gegenteil: Die individuelle Freiheit kann sich angesichts von Krise und sozialer Unsicherheit, verrückt wie sie ist, sogar noch als Heroismus und Standpunkt der Stärke abfeiern. Davon wusste auch schon T. Meyer: „Die Chance der Selbstbestimmung gewährt sie (die Moderne, K.L.) nur um den Preis der Auflösung aller Sicherheit ... Sie setzt für die Entfaltung ihrer Möglichkeiten eben jene Ich-Stärke, Orientierungssicherheit und Selbstgewissheit voraus, deren zuverlässige und breitenwirksame Ausbildung sie ohne Absicht fortwährend untergräbt“ (ebd., S. 156). Wo immer man diese Unsicherheiten und Risiken verortet, im grandiosen Selbstentwurf seiner Existenz werden dessen Gestehungskosten deutlich sichtbar: die bedingungslose Affirmation des männlichen Durchsetzungs- und Konkurrenzsubjekts.

Gerade das Absehen und die Trennung von allen konkreten Umständen und Beziehungen ist das beständige Lebenselixier des männlichen Subjekts, und die Selbstdisziplinierung war schon immer sein intimstes Betätigungsfeld. Doch so jugendfrisch und überzeugend kommen die Versprechen des selbstbezüglichen Standpunkts männlicher Unabhängigkeit und Freiheit nicht mehr daher, wenn sich Selbstbestimmung in blanke (Selbst-)Repression transformiert. Wohin aber rettet sich die moderne, männliche Vernunft, wenn die Freiheit sich nicht mehr auf Chancen reimt, sondern nur noch auf Selbstunterwerfung? – Richtig, zum Gesetz.

Dass der Inbegriff der Freiheit nicht individuelle Möglichkeiten und Chancen meint, sondern auf Recht und Gesetz zielt, mag für die postmoderne Subjektivität verblüffend klingen. Die Rechtswissenschaft, die die Gesellschaft als quasi naturgegebenen, gesetzesförmigen Zusammenhang reflektiert, wusste dies freilich schon immer. Der Verfassungsrechtler Ernst-Wolfgang von Böckenförde hat diese Grundeinsicht jüngst erst noch ein-

mal fürs Stammbuch der Kämpfer für Aufklärung und westliche Kultur wiederholt. Als die geplante Errichtung einer Moschee in Köln-Ehrenfeld zum „Kulturkonflikt“ zwischen „Westen“ und „Islam“ hochstilisiert wurde, ein Vorgang, der bundesweit für mediales Aufsehen sorgte, schrieb er: „Freiheitsbezogene Gesetze, werden sie konsequent und unparteiisch angewandt, können eine neue Art von einigendem Band über einer pluralen, teilweise auseinanderstrebenden religiös-kulturellen Wirklichkeit hervorbringen: die Gemeinsamkeit des Lebens in und unter einer vernunftgetragenen gesetzlichen Ordnung, die unverbrüchlich ist. ... Der wichtige Satz Montesquies: ‚Freiheit heißt, alles tun zu dürfen, was die Gesetze erlauben‘ erhält auf diese Weise eine neue Bedeutung und legitimierende Kraft – das Gesetz, nicht die Beliebigkeit, ist das Panier der Freiheit“ (Böckenförde, S. 142).

Wenn Chancen und Möglichkeiten, also die Pluralität der Beliebigkeit, nicht mehr das Medium sind, in dem sich Freiheit verwirklicht, weil die Integrationskraft des warenförmigen Zusammenhangs schwindet, so offenbart sie ihren repressiven Kern: Sie gründet „unverbrüchlich“ im Gesetz. Der Bezug auf das „einigende Band“ der Gesetzesform bedeutete aber schon immer auch repressive Selbstzurichtung unter staatlicher Kontrolle. Die Aufklärungsverunft war in ihrer Durchsetzung stets nicht nur rein formales Gerüst in der Beziehung der Einzelnen, sondern auch inhaltliches Programm der Disziplinierung. Die besondere Errungenschaft der bürgerlichen Vernunft bestand und besteht dabei in der Freiheit, sich dieser Gesetzesform in freier Selbstbestimmung zu unterwerfen, ergänzt durch entsprechende staatliche Kontrollmechanismen. In dieser Weise stimmen dann Freiheit und Gesetzlichkeit überein. Eine wahre Großtat emanzipativen Versprechens.

Das Fundament im Sturm der Aufklärung

Darin schließt sich indes der Kreis zum Islamismus, dessen Ausrichtung wesentlich durch die Orientierung an den „islamischen“ Gesetzesvorschriften und der damit verknüpften Moralisierung, Disziplinierung und Kontrolle gekennzeichnet ist. Den Bezugsrahmen der Gesetzgebung und der allgemeinen Prinzipien bildet allerdings nicht die von der Aufklärung geltend gemachte abstrakte Vernunft, sondern diese ist aufgehoben in einem größeren kollektiven Zusammenhang der

umma, also der Gemeinschaft der Gläubigen. Der gesetzliche Kanon, der die Lebenswirklichkeit regulieren und ordnen soll, wird damit gleichzeitig auf ein festes Fundament einer höheren Sinnsphäre bezogen. Thomas Meyer hat in seinem Kulturalismus-Essay merkwürdig offenherzig den Fundamentalismus als eine der modernen Vernunft immanente Fluchtbewegung aus Freiheit und Selbstbestimmung bezeichnet und damit deren wechselseitige Beziehung durchaus eingeräumt: All denjenigen, so schreibt er, die sich dem Fundamentalismus „ergeben haben“, sei gemeinsam „die Weigerung, die Zumutungen von Aufklärung und Moderne ... als Gesetz *ihres* Denkens und *ihres* Lebens anzunehmen ... Der Sturm, welcher des Menschen Geist durch die in der Aufklärung auf sich selbst zurückgewendete Denkbewegung entfacht und in den Umwälzungen der Moderne, in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Lebenswelt vertausendfacht und in jeden Winkel der menschlichen Existenz gelenkt hat, hat nach und nach fast alles hinweggefegt, womit sich die Menschen zum Schutz gegen Kälte, Unwirtlichkeit und Ohnmacht umgeben hatten“ (Meyer, S. 8, Hervorheb. K.L.). Bei all der zur Schau gestellten Differenz des hell erstrahlenden Aufklärungsstandpunkts gegenüber dem finsternen Fundamentalismus wird also durchaus eingeräumt, dass mit der modernen Vernunft alles andere als eine stabile und ihrer selbst mächtige gesellschaftliche Form installiert wurde, ja dass dessen „Zumutungen“ und die produzierte „Ohnmacht“ geradezu nach einem festen Fundament drängen. Insofern ist die aufklärerische Opposition zum „Islam“ durchaus ambivalent. In projektiver Weise ist er auch das, was man als Eigenanteil nicht zulassen darf. Insofern blickt man gewissermaßen mit „Phantomschmerzen“ und „eine(r) gute(n) Portion Identifikation mit dem vermeintlichen Aggressor“ (Leggewie in: Sommerfeld, S. 228) auf seinen Gegenüber.

In dem schon angesprochenen „Kulturkampf“ um die Errichtung einer Moschee in Köln kommt dies besonders deutlich zum Ausdruck. Der Stein des Anstoßes, die Moschee also, wird hierin als ein starkes Symbol für ein feststehendes Fundament religiösen und identitären Eingebundenseins wahrgenommen, das dem bedrohlichen Gegenüber zukommt, das einem selber aber abgeht. „In der Empörung gegen ihn steckt auch verstohlener Neid“. Der Fundamentalismus ist der große „Versucher der modernen Welt“,

wie C. Türcke meint. In der Kritik am steinernen Fundament der Moschee externalisiert die Vernunft des westlichen Kulturkämpfertums die eigenen nicht eingestanden Wünsche und Sehnsüchte. Es liegt wohl alles andere als fern anzunehmen, dass dem post-postmodernen Wertesubjekt das Fundamentale der muslimischen Sakralbauten dazu dienen könnte, den vermeintlich eigenen symbolischen Kanon christlicher Tradition als Grundlage seines Daseins wieder zu entdecken und anzurufen. War nicht Petrus, also der „Stein“, „Fels“, das Fundament, auf dem Jesus Christus seine Gemeinde bauen sollte? Mit der Verallgemeinerung dieser Grundsteinlegung ließe sich dann der Streit zwischen abendländisch-christlicher Kultur und islamisch-archaischer „Hirtenkultur“ auf einem neuen Niveau führen. Derweil bleibt den Kulturkämpfern der Aufklärung immerhin die Disziplinierung und Unterwerfung unter das einigende Band des Gesetzes. Auf dieser Ebene sind die Islamisten und der Vernunftstandpunkt schon mal Brüder im Gesetze und in der Freiheit.

Anmerkungen

- 1 <http://www.2muslims.com/directory/Detailed/227102.shtml>
- 2 Meier, Andreas (1994): *Der politische Auftrag des Islam. Programme und Kritik zwischen Fundamentalismus und Reformen. Originalstimmen aus der islamischen Welt; Wuppertal.*
- 3 Siehe dazu die Beiträge in *krisis 26 und krisis 27, die sich ausführlich der Kritik moderner Vernunft und der Aufklärung widmen; www.krisis.org.*
- 4 Meyer, Thomas (1989): *Fundamentalismus. Aufstand gegen die Moderne; Hamburg.*
- 5 Böckenförde, Ernst Wolfgang: *Säkularer Staat und Religion. In: Sommerfeld, Franz (2008): Der Moscheestreit. Eine exemplarische Debatte über Einwanderung und Integration; Köln.*
- 6 Bei Kant ist diese Selbstunterwerfung klar formuliert: „Der Wille wird also nicht lediglich dem Gesetze unterworfen, sondern so unterworfen, dass er auch als selbstgesetzgebend, und eben um deswillen aller erst dem Gesetze (davon er selbst sich als Urheber betrachten kann) unterworfen, angesehen werden muss“ (Kant, Immanuel (1998, zuerst 1788): *Grundlegung der Metaphysik der Sitten, in: Werke Bd. IV, Darmstadt.*)
- 7 Siehe dazu: Lewed, Karl-Heinz (2008): *Finale des Universalismus. Der Islamismus als Fundamentalismus der modernen Form; in: krisis 32; Münster.*
- 8 Türcke, Christoph (2003): *Fundamentalismus – Maskierter Nihilismus; Springe.*

Maseltov!

AUF BESUCH IN ISRAEL – EINIGE RANDGLOSSEN

von Lorenz Glatz

Die junge Frau von der Security am Busbahnhof in Haifa will meinen Pass sehen. Die alte Dame neben ihr erkennt mich: groß, graues Haar, Brillen und einen großen schwarzem Rollkoffer. Sie streckt mir die Hand entgegen. Die junge ist beruhigt, winkt mich durch samt dem Gepäck – nicht einmal der Detektor schlägt an. Ich bin der erste Mensch aus meinem Heimatdorf, der sich seit 1938 bei ihr gemeldet hat, sagt Frau Lilli A. Sie war seit Krieg und Shoah zweimal wieder dort, das erste Mal ist sie nicht ausgestiegen aus dem Auto, das zweite Mal hat sie mit niemandem geredet. Sie sagt, sie weiß nicht warum. Sie kann sich auch nur an wenig erinnern aus ihren ersten zehn Lebensjahren. Sie wundert sich darüber, ich wundere mich über ihr Staunen. Erinnern ist auch in der Ortschaft meiner Kindheit nicht angesagt. Im Heimatbuch steht viel über Geschichte, auch über die Dreißigerjahre und den Krieg, bloß dass hier einmal Juden lebten und was man ihnen angetan hat, ist mit keinem Wort erwähnt.

„Niemandem wollen wir zu nahe treten, allen wollen wir die Freude vermitteln, die wir in der Auseinandersetzung mit unserer Geschichte gefunden haben“, steht im Vorwort. Klar, dass da die Geschichte der Juden nicht so recht dazu passt. Niemandem zu nahe treten ist auch meine Stärke. In Summe habe ich im Lauf der Jahre einiges erfahren, aber nie beharrlich nachgefragt, wenn ich in den Ferien aus dem Internat nach Hause gekommen bin. Es hätte mir ja vielleicht die Freude und das Vertrauen verdorben, die ich so dringend gebraucht habe. Aber es ist viel länger so geblieben. Ich war schon Ende fünfzig, bis mir die Erinnerung an den März 38 unter die Haut gegangen ist. Und das war weit weg von daheim. Keine Ahnung, warum es mich ausgerechnet im Holocaust Museum in Washington DC gepackt hat, als ich in einem Computer unter den Daten von „survivors of the Holocaust“ den Namen einer Nachbarin gefunden habe, von der ich meine Eltern habe reden hören. Viel neu war mir da nicht, aber wissen und spüren ist nicht dasselbe. Wissen ist eher harmlos. Jedenfalls tut es nicht weh. Ich habe mehr als ein Jahr gebraucht, bis ich Frau A. ausfindig ge-

macht hatte. Die Verzögerung hatte mit äußeren Schwierigkeiten weniger zu tun als mit Empfindungen. Gedrängt danach habe ich mich nicht, mit sechzig noch die einigermaßen heile Welt der Kindheit zu demontieren.

Ich wohne zuweilen noch im Elternhaus, sogar meine Babysachen sind noch dort. Die paar Fotos und das bissl Pofel der Familie von Frau A., mit denen sie es bis in Haifas Hafen geschafft hatten, liegen seit November 40 auf dessen Grund. Der Vater wollte nach England, es ist eine Flucht nach Palästina geworden. Vor Haifa lud die britische Mandatsmacht die Flüchtlinge – zur Beruhigung der militanten Araber – auf die „Patria“ um, für die Weiterfahrt nach Mauritius. Leute der Haganah haben das Schiff mangels Erfahrung mit Explosiva nicht bloß seeuntüchtig gemacht, sondern gleich gesprengt. Lillis Familie hat – anders als 270 Schicksalsgenossen – auch das noch überlebt. Die Schwester allerdings ist im 48er Krieg durch ägyptische Flieger umgekommen.

Vom Balkon des komfortablen Altenwohnheims sieht man Bucht und Hafen, auf dem Tisch des Zimmers liegen die Kopien der Dokumente, mit denen die Juden unseres Dorfs ihre Besitztümer der Gemeinde „geschenkt“ haben. „Dann tun wir euch nichts“, hat der Ortsgruppenleiter gesagt, erinnert sich Frau A. an die Räuberparole. Ich habe ihn gekannt. Auch den Volks- und Parteigenossen, der diese Art, die Heimat judenfrei zu machen, in einem Brief nach oben als vorbildlich preist. Die Bevölkerung war eingeladen, die beiden Geschäfte leer zu räumen. Ein Freund, sagt Frau A., hat ihrem Vater den Termin verraten. Der Mann, so kommen wir drauf, war mein Opa. Mein Vater – und daher auch ich – hat das nicht gewusst, schließlich war er schon mit allen andern Buben frisch und fröhlich bei der HJ.

Eine meiner Tanten hat von der Patin ein Kostüm bekommen aus dem „verschenkten“ Stoff. Zu Lilli ist der Oberlehrer in die Klasse gegangen und hat sie vor allen fortgeschickt. Man werde es ihr sagen, wenn sie wieder kommen darf. Sie kennt keinen Namen, kein Gesicht mehr von denen, die dabei waren, bloß das Faktum. Sie sagt, das ist ihre schlimmste Er-

innerung. Sie hat den Vater mit Erfolg bestürmt, sie sofort zur Tante nach Wien zu bringen. In der relativen Anonymität der Großstadt hat es ihr gefallen, die Beschimpfungen, Drohungen und die paar Male, wo sie bloß mit Masel der Verhaftung und Deportation entgangen sind, gingen ihr nicht mehr so nah, erzählt sie im Plauderton. Doch wer kein Masel hatte und nicht rechtzeitig fortkam, ist heute schon über sechzig Jahre ausgerottet, tot. So wie die Familie ihres Mannes, der als Einziger überlebt hat.

Nach meiner Heimkehr habe ich an Bürgermeister und Pfarrer geschrieben, sie mögen den bevorstehenden 80. Geburtstag von Frau A. nutzen, um mit ihr nach 70 Jahren wenigstens noch Kontakt aufzunehmen. Der Bürgermeister hat gratuliert, der Pfarrer hat geschwiegen.

Immer „auf gepackten Koffern“?

„Es könnte so ausschauen, dass ich immer lustig bin“, meint Aryeh, 70, Sohn eines sozialdemokratischen Wiener Ehepaars, das 34 vor Dollfuß nach Palästina floh. Es ist der Abend nach einem schönen Nachmittag in Yafo mit einigen alten Freunden. Er wache oft nächtlich auf, sagt er, und sei verzweifelt. Er glaubt nicht so recht, dass es auf die Dauer gut geht mit Israel. So viel sei falsch gemacht worden, aber die Araber wollten nicht sehen, dass das auch für sie gilt. Es gebe ein Cafe in Yafo in gemeinsamem jüdisch-palästinensischen Besitz und mit Besuchern von beiden Seiten. Und doch gebe es kein Gespräch unter den Gästen, das diesen Namen auch verdiene.

Im letzten Libanonkrieg, berichtet Daniela S. in Tel Aviv, habe sie seitens eines Internet-Frauenportals Kontakt mit palästinensischen Frauen in Haifa aufgenommen, aber bei der Diskussion seien diese nichts als anklagend und abweisend gewesen. Dass Israelis sich bedroht fühlen, verstehen die nicht. Die Israelis verstehen nicht, dass dies für die Palästinenser kein horizontaler Konflikt sei, meint dazu Roger Heacock, amerikanischer Diplomatensohn und seit 25 Jahren Historiker an der Palästinenseruni in Birseit. Der Konflikt ist vertikal, Besitzer gegen Be-

setzte. Und es gebe daher keine wirklichen Gespräche außer darüber, die Besetzung zu beenden. Für die Palästinenser eine Selbstaufgabe, davon abzurücken, für die Israelis die Angst davor, sich selbst zu schwächen. Mir fällt ein, dass mit den Palästinensern nicht einmal dann über den Abzug geredet wurde, als die IDF Gaza geräumt hat. Vertikalität bis zum Schluss?

Wie stark das israelische Militär auch ist – die meisten, mit denen ich rede, sprechen von Angst. Und wer von ihnen aus der EU oder den USA stammt, hat einen zweiten Pass oder denkt daran, um ihn anzusuchen. „Man spricht nicht drüber, es ist zur Sicherheit“, sagt mir Edna, Frau eines rechten Zionisten, beide mit Schweizer Pass. „Fear is in the genes of Jews“, meint Ruth El-Raz, grand old lady von Bat Shalom, viele rechnen stets mit dem Schlimmsten. Es passt zu Moshe Zuckermans Auffassung, dass ein Krieg mit fünfzigtausend toten Zivilisten das Ende Israels wäre – zu viele würden die Koffer packen (Interview in *Streifzüge* 43).

Heiliges Land

Von der Stadtmauer in der Altstadt von Jerusalem sieht man das Heilige, vor allem den Tempelberg mit der Al-Aqsa-Moschee und dem Felsendom, die muslimische Herrscher dort errichtet haben, wo Jahrhunderte davor der jüdische Tempel stand, von dem schon seit bald 2000 Jahren nur noch die Klagemauer am Rand des Berges steht. Und die Kirchen, Klöster, Patriarchate und Schulen der diversen christlich-europäischen Mächte. Die Religionen und ihr Personal, die Gläubigen, Märtyrer, Verwalter und Schutzherrn (ge)brauchen einander, um sich zu spüren. Und nirgendwo sonst im Land sind die Religiösen so in Uniform unterwegs.

Ich wohne im armenischen Hospiz, direkt an der 3. Kreuzwegstation. Ein paar Mal am Tag laufe ich irgendwo in eine Pilgergruppe mit ihrem Pfarrer und Vorbeter und den Lattenkreuzen, die man bei den Franziskanern, den custodes terrae sanctae, mieten und ohne allzu viel Leid mittragen kann. Die Grabeskirche gehört alle paar Meter einer anderen Konfession, sie ist voll von Gläubigen, die den Stein, auf dem die Leiche gelegen sein soll, abküssen, Öl ausgießen, Tücher darin wälzen und sich dabei filmen lassen oder in den diversen heiligen Ecken und Winkeln um die Wette beten und singen. Bloß die Schlüssel stehen außer Streit – die werden angeblich von einer Muslimfamilie verwaltet. Die Österreicher haben neben

ihrem Hospiz noch ein Spital, die Franzosen ein viel größeres, außerdem sind sie die Geldgeber der Armenier, die Russen haben vor hundert Jahren ein zusätzliches Stadttor für die Pilger durchgesetzt, der Vatikan hat ein lateinisches Patriarchat und auch ein griechisch-katholisches auf der Gehaltsliste, der Kaiser Willem hat die Erlöserkirche eingeweiht, für was Älteres waren die Protestanten etliche Jahrhunderte zu spät dran, auch in dem teutonisch-neuromanischen Kloster auf dem Zionsberg steckt deutsches Geld. Dort steht auch der Abendmahlsaal. Eine nigerianische Pilgergruppe singt und tanzt sich weg. Einige reife deutsche Damen tun begeistert mit. Mir gefällt der Tanz, bis mir ein unguter Gedanke kommt. Meine Gastgeberin, eine Fremdenführerin, sagt, dass die afrikanischen Pilger oft fanatisch wundergläubig sind und bei jedem „angeblich“ heftig protestieren. Ob die Fanatics von der Lord's Resistance Army, wenn sie im Bluttausch singen und tanzen, auch so klingen?

Vom 7. Jh. bis zum Ende von WK I herrschten hier Araber, dann Osmanen. Zwischendurch kamen die Kreuzritter. Nach Meinung nicht weniger Araber ist jetzt wieder so ein Zwischendurch. Die Bausubstanz der Altstadt ist großteils osmanisch, die meisten Leute sprechen arabisch. Die goldene Kuppel des Felsendoms auf dem Tempelberg neben der Al Aqsa-Moschee ist das herausragendste Gebäude, die Zugänge sind streng bewacht. Zutritt die meiste Zeit nur für Moslems, sagt mir ein diensthabender Soldat, als ich zusammen mit ein paar Männern zum Eingang gehe. Ich muss draußen bleiben. Moslemische Pilger gibt es kaum, Arabien ist Feindesland. Unterm Berg an der Klagemauer wippen Juden im Gebet (dahinter gehen Leute mit ihren Handys auf und ab), sortiert nach zwei Drittel Platz für Männer, eines für die Frauen. Jede Menge jüdische Besucher aus dem Ausland, wohl kaum weniger als Pilger bei den Christen. An Heiligtümern freilich haben die Juden definitiv die wenigsten. Aber dafür ist Israel hier der Platzhirsch, nur seine Fahnen wehen – vor der Klagemauer und auch sonst an vielen Stellen der Stadt. Ostjerusalem, darunter die Altstadt, ist annektiert, überall trifft man auf Trupps Soldaten, die aber trotz ihrer Gewehre ziemlich lässig daherkommen oder herumlümmeln. Schon länger nichts passiert? Von Arabern werden sie demonstrativ ignoriert.

Wenn hier Sharon auf al-Haram Asch-Scharif (den Tempelberg) ging, war das die Demonstration eines eigentlich religiösen

Anspruchs und zugleich eine Vereinnahmung der Juden/Israelis gegen die Palästinenser. Und wenn sich die dann folgende zweite Intifada nach der Moschee benannte, war das der Versuch, alle gläubigen Moslems hinterm Aufstand zu vergattern. Auf der symbolischen Ebene wird Krieg und Sieg schnell zum göttlichen Gebot. Es ist ein Fluch, wenn eins ein heiliges Land ist.

Tödliche Nation

Wo Nation ist, ist Ausgrenzung und Gewalt. Eine Ausnahme kenne ich nicht. In ruhigen Zeiten erstarrt Gewalt zu Struktur und Institution. Im Nahen Osten waren die Zeiten seit einem Jahrhundert nie ruhig. Man hat dort beides, sowohl Struktur als auch Blut und Bomben. Bei ihrer Schaffung sind die Nationen meist über die Religionen hinweggegangen. Inzwischen werden sie von diesen wieder eingeholt, oder soll man sagen: heimgeholt.

Das Tel Aviver Diaspora-Museum stellt Jude-Sein dar als den Leidensweg eines religiös bestimmten „Volkes“, der von der Zerstörung des Tempels im Jahre 70 an durch die Finsternis von Diaspora, Machtlosigkeit und Verfolgung über das Entsetzen der Shoa ziemlich zielgerichtet zur säkularen zionistischen (Er-)Lösung des nationalen Problems durch die Gründung des Staates Israel geführt hat, der Heimstätte der Nation und des Orts des Schutzes und der Sammlung für die weltweit Zerstreuten und Verfolgten. Im Foyer wird das in einer temporären Ausstellung aktuell für die sowjetischen Juden noch einmal durchdekliniert.

Doch vom „neuen, reinen Leben“ „im Zeichen der Arbeit“ im „Altneuland“

Mehrjahresabo der *Streifzüge*

Einzelheft 6 Euro

1-Jahres-Abo: 18 Euro

2-Jahres-Abo: 33 Euro

3-Jahres-Abo: 45 Euro

3 Hefte pro Jahr

(Herzl) ist nur die Arbeit geblieben, denn die passt zur Nation, die aus dem Projekt geworden ist und sich in Einwanderung und blutigem Kampf gegen die arabische Konkurrenz zu konstituieren hatte. Nationale Ansprüche und ihre Begründungen und gegenseitigen Verurteilungen sind so unreal und irrational wie unmenschlich. Aber zeitweise ungemein wirksam und mörderisch. Leider ist jetzt so eine Zeit. Nation dehnt sich, konglomeriert sich mit „Kultur(kreis)“, lädt sich auf mit Religion. Und es ist schwer in dieser Gegend, sich der berüchtigten „Schicksalsgemeinschaft“ zu entziehen – wenn eins erschossen oder in die Luft gesprengt werden kann, bloß weil man bei den einen oder den andern wohnt.

Es wird schon stimmen, was meine Gastgeber mir unisono sagen, dass die Wahrscheinlichkeit im Straßenverkehr zu Tode zu kommen noch immer um einiges höher ist, als von Terroristenhand zu sterben. Vielleicht stimmt das mutatis mutandis sogar auch „drüben“ bei den Palästinensern, auch wenn deren Todesrate im heiligen Kampf ums Land gut zehnmal höher liegt. Aber die aktuelle Gefahr, getötet zu werden, einfach weil eins Jude ist oder Araberin, ist nirgends größer als hier im Land der Väter usw.

Generell steht die Nation wohl weltweit weit vorne auf den ersten Plätzen bei Todesarten durch Gewalt. Nur logisch, dass ihre Pioniere heutzutage sich auf Gott berufen und aufs Jenseits hoffen. Die Menschen sollen leben dürfen, hier und überall, nicht sterben müssen an der Nation und ihren Metastasen. Wie groß der Beitrag dieser historischen Gewaltkonstruktion zum Schutz der Juden und Jüdinnen gegen den Antisemitismus sein kann, scheint mir jedenfalls recht zweifelhaft. Es ist doch eine nach Nationen und dergleichen sortierte Menschheit, die den Antisemitismus „braucht“.

Gegeneinander leben, miteinander sterben?

Topographische Angaben sind in ganz Israel dreisprachig: hebräisch, arabisch und englisch. Alle jüdischen Israelis lernen in der Schule drei Jahre Arabisch. Ich reise mit Servas, einer internationalen Organisation (servas.org) von Hosts und Travelers, die durch Kennenlernen und Verständigung der Menschen zum Frieden beitragen will. Unter den israelischen Hosts finden sich kaum welche, die auch nur Grundkenntnisse in Arabisch angeben, kaum wer, der von sich mitteilt, dass

er es flüssig spricht. Der erste von diesen raren Leuten, zu dem ich komme, unterrichtet sogar Arabisch an der Uni. Aber dass es alle in der Schule lernen, hält er für nutzlos. Die Sprachen sind zwar recht nah verwandt, aber kaum jemand könne nachher sprechen, meist nicht einmal die Wörter lesen. Es sei auch unnötig: Überall müssten die Minderheiten die Sprache der Mehrheit lernen und nicht umgekehrt. Punkt. Auch das scheint so ein Unterschied zu sein zwischen dem Traum eines Herzl und früher Pioniere und der Realität eines Nationalstaats, noch dazu eines mit einer starken Minderheit und Nachbarn, die den nicht wollen, vielfach nicht akzeptieren.

Ruth El-Raz in Jerusalem ist eine von den Israelis, die, so gut sie können, Soldaten überwachen beim Kontrollieren der Palästinenser und bei Einsätzen in den besetzten Gebieten – und nicht selten dafür angepöbelt und bespuckt werden. Moshe Zuckermann meint, diese Leute bewahren einen vor Verzweiflung an den Menschen, sie ändern aber nichts. Ruth sieht das nicht viel anders. Aber sie müsste sich schämen, täte sie nicht, was sie tut. Ihr Vater hat ihr gesagt, Juden könnten nicht foltern. Die Psychotherapeutin meint, es sei wie mit geschlagenen Kindern: Sie werden selbst leicht zu Schlägern. Eine Gesellschaft, deren Menschen unter der Erinnerung einer furchtbaren Tradition von Gewalt leiden, kann zum Paradox leicht selbst in diese kippen.

Den zweiten, der gut arabisch kann, treffe ich in Haifa. Auch Gil war wie der Dozent beim Militär mit dem Auswerten arabischer Medien und mit dem Übersetzen bei Verhören beschäftigt. Er glaubt nicht mehr, dass er Israels Sicherheit damit gedient hat. Er und Chava tun mit bei Sadaka-Reut („Freundschaft“ auf Arabisch und Hebräisch) „for social and political change in Israel through the promotion of a bi-national, multicultural and egalitarian society based on social justice and solidarity“ (reutsadaka.org). Sie meinen, mit der herrschenden Politik geht es in den Untergang, das Zusammenleben mit den Palästinensern muss vom Alltag her geändert werden. Sie gehören offenbar auch zu den ca. 5000 Leuten, von denen Moshe Zuckermann sagt, dass sie wie er zur nicht-zionistischen Opposition gehören, die machtlos ist.

Gil arbeitet beruflich als Coach, er möchte die Methoden auf Sadaka-Reut anwenden, aber mit dem Konkurrenzdenken, das auch das Coaching durchsuche, müsse Schluss gemacht werden. Er

scheint unbekümmert, aber Chava, seine Frau, hat eine dünne Haut, sie leidet sichtlich unter dem, was sie ändern will. Die beiden Söhne haben es schwer gehabt in der Schule mit den Ansichten und Umgangsweisen, die sie von den Eltern haben. Sie haben schließlich im Ausland maturiert. Fürs Militär war der Ältere untauglich, der Jüngere hat die Prozedur der Wehrdienstverweigerung bestanden und arbeitet als Zivildienstler in einem Jugendzentrum in einem „Problemviertel“ von Yafo. Wir fahren hin, denn an diesem Abend tritt die Rapperband des Zentrums auf. Chava würde in diesem Viertel abends nicht allein auf die Straße gehen. Die jungen Banditen sind der Zivi, ein Immigrant aus Russland, ein arabisches Mädchen, ein ebensolcher Bursch. (Dass dessen Gang die gestohlenen Computer zurückgebracht hat, war der Durchbruch fürs JZ.) Ein amerikanischer Soulsänger, ein Profi, jammt mit ihnen. Die Texte greifen an, was die jungen Leute in ihrem Leben stört: Konformitätsdruck in Schule und Familie, Polizei, Machismo, soziale und nationale Segregation. „Wir wollen unser Haus von Grund auf neu bauen“, ist ein Refrain. Ist sehr jugendlich, aber es soll ja vorkommen, dass die Jungen einfach recht haben.

Vor allem, wenn die Alternative so schaurig ist, wie sich im Nahen Osten abzeichnet. Die Nuklearisierung der Region ist eine Frage von Jahren, meint Zuckermann. Er und Heacock hoffen auf den Überlebenswillen der Menschen, der realistischen Politikern doch noch zu einem Deal mit einer Zweistaatenlösung verhelfen könnte, bevor die Region in Flammen steht. Dann wäre vielleicht auch die nötige Zeit gewonnen für Ruth, Gil, Chava und ihresgleichen. Auf beiden Seiten.

Auf dem Flughafen lese ich vom Überfall eines palästinensischen Kommandos auf einen Treibstoff-Terminal an der Grenze zum Gazastreifen. Sie haben zwei israelische Arbeiter erschossen, die ihnen unerwartet über den Weg liefen. Die Armee griff ein, ein Teil der Angreifer kam auf der Stelle zu Tode. Zwei Tage nach meiner Rückkehr, meldet Ha'aretz, hatte es bei der Verfolgung der Attentäter und ihrer Hintermänner schon 14 Tote gegeben, zivile und kindliche „Kollateralschäden“ inklusive. Wieviele es noch geworden sind, weiß ich nicht. Roger Heacock sagt, für die Aufständischen gelte die Regel von General Giap: Jedes Opferverhältnis unter 10:1 ist ein Sieg für die Guerilla. Business as usual. Noch?

AutorInnen

Birgit v. Criegern, geboren 1976 in München, zeichnet und schreibt seit 1996 in Berlin, wo sie Germanistik, Islamwissenschaft und Kunstgeschichte studierte und nicht umhin konnte, die klassenhierarchischen und rassistischen Zerschneidungen des Lebensraumes zu bemerken. Es folgten daher diverse Versuche des Tätigwerdens. Zugleich erste Veröffentlichungen von Prosa und Lyrik. Heute zugehörig zu einem praktisch wirkenden Syndikat im Bereich Sozialwesen, sowie mit Anarchafeminismus, Gender- und Kommunikationstheorie befasst. Seit 2006 freie Journalistin, Autorin und Übersetzerin.

Andreas Exner, geb. 1973 in Niederösterreich. Studium der Ökologie. Gesellschaftskritischer Publizist. Arbeitet derzeit in der Sozialbetreuung. In den 1990ern Öko-Aktivist. Von 2000 bis 2005 bei Attac. Seit 2003 Mitglied der Redaktion der *Streifzüge*. Engagiert bei www.social-innovation.org und www.grundeinkommen.at. Mitherausgeber von „Losarbeiten-Arbeitslos. Globalisierungskritik und die Krise der Arbeitsgesellschaft“ (Unrast-Verlag, 2005). E-Mail: andreas.exner@chello.at

Paolo Lago, geb. 1974, lebt in Livorno und Verona. Er promovierte in Klassischer Philologie an der Universität Pisa, schließt eben sein „dottorato di ricerca“ in Literaturwissenschaft an der Universität Verona mit einem Projekt über Pasolini

und die klassische Literatur ab. Er beschäftigt sich mit der modernen und zeitgenössischen Rezeption der Antike sowie mit Literatur und Film und hat zu diesen Themen verschiedene Artikel in Zeitschriften verfasst

Karl-Heinz Lewed, geb. 1960, freier Publizist und Mitarbeiter der Zeitschrift *krisis*, lebt in Nürnberg mit Partnerin und Sohn. Studierte in Erlangen. Arbeitsschwerpunkt in den letzten Jahren: Aufklärungskritik und Kritik der Rechtsform unter der Perspektive der Abspaltung.

Christoph Wendler, geboren 1984, lebt und studiert in Wien. Zu seinen Studienschwerpunkten zählen Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie. Er beschäftigt sich bevorzugt mit gesellschaftskritischen Analysen. Sein theoretisches Hauptaugenmerk gilt dabei der Kritik der politischen Ökonomie und der Kritischen Theorie, mit welcher er gerne seine Auffassung von „Theorie als Praxis“ verteidigt: „Praxis, welche die Herstellung einer vernünftigen und mündigen Menschheit bezweckt, verharrt im Bann des Unheils ohne eine das Ganze in seiner Unwahrheit denkende Theorie.“ (Theodor W. Adorno) Darüber hinaus setzt er sich intensiv mit gesellschaftlichen Transformationsprozessen und sozialen Bewegungen (u.a. in Lateinamerika) auseinander, die er mit großem Interesse zu verfolgen pflegt.

AutorInnen aller Ausgaben siehe www.streifzuege.org unter „Redaktion und AutorInnen“.



Die Grenzen des Kapitalismus. Wie wir am Wachstum scheitern

Andreas Exner, Christian Lauk & Konstantin Kulterer

Die Lebensmittel- und Erdölpreise steigen drastisch, das Klima spielt verrückt. All diese unterschiedlichen Phänomene zeigen uns eines: Die Natur stößt an ihre Grenzen. Trotzdem halten die Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Politik an ihrem Glauben fest, dass ohne Wachstum die Krise droht. Die Krise aber ist das Wachstum selbst.

Andreas Exner (Ökologe, Publizist), **Christian Lauk** (Biologe) und **Konstantin Kulterer** (Ökonom, Umwelttechniker) brechen mit der Ideologie wirtschaftlicher Allmacht und zeigen, wie wir „Die Grenzen des Kapitalismus“ hinter uns lassen können.

Verlag Ueberreuter, 220 Seiten, EUR 19,95 CHF 34,80

Weitere Infos unter: www.social-innovation.org

Gerhard Hanloser /
Karl Reitter
Der bewegte Marx
Eine einführende
Kritik des
Zirkulationsmarxismus

64 Seiten, 7,80 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-486-1



Georg Schön
Somos viento
[Wir sind der
Wind]
Globalisierte
Bewegungswelten in
Lateinamerika

192 Seiten, 16 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-033-7

Siegfried Jäger (Hg.)
**Wie kritisch ist
die Kritische
Diskursanalyse?**
Ansätze zu einer
Wende kritischer
Wissenschaft
Edition DISS

272 Seiten, 24 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-749-7



Torsten Bewernitz
(Hg.)
Die neuen Streiks
Geschichte.
Gegenwart. Zukunft.

192 Seiten, 14,80 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-480-9

Grada Kilomba
**Plantation
Memories**
Episodes of Everyday
Racism

152 Seiten, 16 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-485-4



Christian Jakob /
Friedrich Schorb
Soziale Säuberung
Wie New Orleans nach
der Flut seine
Unterschicht vertrieb

228 Seiten, 13,80 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-484-7

UNRAST Verlag

Postfach 8020 · 48043 Münster

Tel.: (0251) 666-293 Fax: -120

Besuchen Sie uns: www.unrast-verlag.de



Krise?

Unumgänglich

von Franz Schandl

Das sie gar nicht ist, wird wohl niemand mehr behaupten. Dass ihr aber durch gezielte politische Maßnahme Einhalt geboten werden kann, davon sind fast alle überzeugt. Die Ökonomie ist mehr erschüttert als der gesunde Menschenverstand. Der glaubt nach wie vor seine Plattheiten, ja er fühlt sich sogar bestätigt. Kapitalismus, das ist ihm Machenschaft, Verschwörung. Sein Antikapitalismus ist wahrlich eine Facette marktwirtschaftlicher Affirmation.

„Die Marktwirtschaft schafft als bestes Wirtschaftssystem Wohlstand“, sagt der österreichische Bundeskanzler Alfred Gusenbauer. Nur regulieren müsse man ihn. Die beste aller Wirtschaften darf nicht den Neoliberalen überlassen werden. Nein wirklich nicht. Der Organismus sei gesund, nur den Blutkreislauf (sprich den Finanzsektor) müsse man anregen. Man braucht nicht nur an die ökologischen Zerstörungen und die Arbeitsbedingungen denken, um festzuhalten: Hier spricht der Wahnsinn.

Ausgebrochen ist ein wahres Lenkungsfieber, alle wollen regulieren oder sogar reguliert werden. Die katholische Kirche und diverse Rechtspopulisten, ATTAC und die Linksparteien, Sarkozy und Soros. „George Bush hat in den letzten Wochen mehr verstaatlicht als Hugo Chavez in seiner ganzen Amtszeit“, hält Brigitte Ederer fest. „Mehr Staat, weniger privat“, ruft auf einmal auch die Menge. Manche Formeln werden nicht richtiger, wenn man sie umkehrt.

Zu den Abhängigkeiten der Realwirtschaft von Kredit und Spekulation wird in dieser Nummer ja einiges gesagt. Dass die Realökonomie selbst so marode ist, dass sie nur durch das globale Finanzcasino aufrecht erhalten werden konnte, das will freilich nur wenigen einleuchten. Ein Zurück zu einem „normalen“ Kapitalismus, zu einer gefesselten Marktwirtschaft wird es jedoch nicht spielen. Ein Vertreter der In-

dustrie erklärt, der Staat werde mit seinen Geschenken ein Bombengeschäft machen, dann, wenn zurückgezahlt wird. Niemand lacht. Ein Ex-Finanzminister möchte mit dem Hubschrauber Geld abwerfen. Da lacht auch niemand. Noch ein anderer Ex-Finanzminister verkündet, dass die Bankgarantien dem Steuerzahler eine Stange Geld kosten wird. Da ist nun allen das Lachen vergangen. Aber vermögen die Staaten überhaupt zu zahlen, was sie versprochen haben? Ist das realistisch? Oder drücken sie ganz einfach das Geld? Oder borgen sie es sich bei den Banken, denen sie es zuschießen? Oder ist eh alles wurscht?

Ehrlich gestanden: Kennt sich jemand wirklich aus? Wahrscheinlich nicht. Vorgestern dachte niemand an eine Bankengarantie, gestern noch behauptete man, dass die Banken sie gar nicht brauchen, heute schon greifen sie zu. Was wird morgen sein? Vielleicht sollten wir Gerda Rogers fragen, die ist doch Wahrsagerin. Oder Karten legen oder in den Kaffeesud schauen. Deren Befunde sind nicht schlechter als jene der Experten. Trotzdem ist es nicht auszuschließen, dass neue Blasen sich auf-tun, die gar als Lösungen erscheinen und doch nur den großen Crash verzögern. Der größte Kredit, auf dem das Kapital gegenwärtig seine Herrschaft errichtet, ist weder seine ökonomische noch seine militärische Kraft. Es sind vielmehr die sich beharrlich reproduzierenden Fiktionen und Halluzinationen der Alltagscharaktere. Diese Krise mag fundamental sein, doch wenn wir gar nicht daran glauben, wird sie aber schön schauen, die Krise.

Der staatliche Schutzschirm hat vor allem ideologischen Charakter. Dieser kann aber durchaus zeitweilig manifest werden, und zwar dann, wenn Banken und Kunden fest darauf vertrauen. Die letzte Hochburg des Kapitals ist der schier un-

heimliche Glaube an das Geld. Denn ohne Geld kann eins nicht leben, daher brauchen wir Geld, egal woher, egal wohin, egal wozu. Und wenn der Planet vor die Hunde geht und wir uns gegenseitig in kriegerische Konfrontationen hetzen, Hauptsache der Fetisch lebt. Es ist schon eine paradoxe Situation: Das Geld stürzt ab, aber wir richten uns nach wie vor an ihm existenziell auf. Wir klammern und krallen uns ideologisch fest, auch wenn oder gerade weil wir zusehends vom Geld entkoppelt werden. Mit dem Geld funktioniert es nicht, also müssen wir alles tun, damit es mit dem Geld wieder funktioniert. Die ganz banale Vorstellung, dass es vielleicht auch ohne Geld ginge, ja überhaupt erst dann möglich sei, menschliche Beziehungen aufzubauen und zu verallgemeinern, will in die Birnen nicht rein.

Ökonomie ist Metaphysik der übelsten Sorte, die nur „funktioniert“, solange die Leute deren Betrieb stützen. Solange sie an ihre Erscheinungen glauben, werden sie Erscheinungen haben. Da reicht es oft, den bloßen Schein in Händen zu halten, der ja real wird, wenn sich mit ihm etwas kaufen lässt. Doch wie wir soeben erleben, ist das keine Garantie, sondern lediglich eine Voraussetzung. Stabil ist gar nix.

Neben dem Untergangsszenario spüren wir freilich auch einen „Hauch von Übergang“ (Peter Klein). Doch dieses Übergangsprogramm, das ist noch nicht geschrieben, ja nicht einmal noch richtig angedacht. Zeit also, genau den Schwerpunkt darauf zu legen. Bedingung dafür ist, dass das Nein zum Kapitalismus zu einem Nein zur Marktwirtschaft wird. Denn genau da liegt die Scheidelinie zwischen Ressentiment und Kritik. Nein zum Markt! Nein zur Konkurrenz! Nein zum Geschäft! Nein zu Karriere, Leistung, Risiko! Das gute Leben liegt jenseits davon.

Roter Punkt = bitte Abo einzahlen!

P44 = Probenummer, über ein Abo wären wir begeistert!

**Keine Politik
ist möglich!**

www.streifzuege.org